

Die Auswahl des Schwerpunktthemas fiel uns für diese Ausgabe schwer. „Drogen“ – seit einem Vierteljahrhundert ein für Lateinamerika brennendes und oft schmerzliches Thema, dem wir uns beständig und kompetent widmeten, hat es wieder einmal auf die Weltbühne geschafft. Nein, natürlich interessieren uns nicht die „Schmonzetten“ um „Chapo“ Guzmán, Sean Penn und Kate del Castillo. Uns geht es hier vielmehr um den Stand der Dinge und die Perspektiven der im April (19.-21.) bevorstehenden Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen zum Thema Drogen. Die Initiative dazu kam aus Lateinamerika – und noch nie wehten die „Winde des Wandels“ stärker.

Doch solche zeichnen sich auch mit den Wahlergebnissen in Venezuela und Argentinien ab. Man muss von einem

Rechtsruck sprechen, den es zu analysieren gilt. Wird er zu einer Zeitenwende führen? Noch ist nicht ausgemacht, wie tragfähig die neue Regierung in Buenos Aires und die rechte Parlamentsmehrheit

EDITORIAL

in Caracas sein werden. Brasilien und Bolivien gilt es in dieser Hinsicht im Auge zu behalten. Das Thema „Rechtsruck“ wird uns wohl noch länger beschäftigen.

Wir haben uns also für diese Ausgabe quasi zu einem Doppelschwerpunkt entschieden. Für den formalen Schwerpunkt zur Drogenpolitik konnten wir die „Crème“ der internationalen NGO-Szene als AutorInnen oder Interviewgäste gewinnen – darunter mit César Gaviria auch ein Ex-

präsident. Im Teil „Aktuelles und Analysen“ beehrt uns ein weiterer ehemaliger Präsident zum Friedensprozess in Kolumbien mit einem Interview.

Als Einstieg für den Drogenschwerpunkt haben wir uns für eine Reportage aus Bolivien entschieden, wo Washingtons „War on Drugs“ in den 1980er und 90er Jahren ungehemmt tobte, bevor Mitte des letzten Jahrzehnts die Wende kam. Wie zur Bestätigung der Kernaussage, dass es auch alternative Ansätze schwer haben, berichtet die Zeitung *La Razón* heute, da ich dieses Editorial schreibe, von der Beschlagnahmung von acht Tonnen Kokain in Boliviens größter Stadt Santa Cruz, versteckt in einer Lieferung des Bergbauprodukts Bariumsulfat, die für die Elfenbeinküste – und damit letztlich für Europa – bestimmt war.

Robert Lessmann

INHALT

THEMA: LATEINAMERIKA: VOR ENDE DES DROGENKRIEGS?

Ende des Drogenkriegs?	4
Globaler Reformbedarf	6
Von Robert Lessmann	

César Gaviria: „Der Drogenkrieg ist gescheitert“ Interview	7
Von Robert Lessmann	

„Der Reformzug hat den Bahnhof verlassen“ Interview mit Coletta Youngers	9
Von Robert Lessmann	

UNGASS 2016: Richtungswechsel.	11
Von Ann Fordham und Martin Jelsma	

NEBENTHEMA: RECHTSRUCK

Die Linke Lateinamerikas im Abschwung	14
Von Joachim Becker	

Neue Kräfteverhältnisse in Venezuela	16
Von Tobias Lambert	

Argentinien: „Ein von seinen Besitzern direkt verwaltetes Land“.	19
Zähmung der argentinischen Rechten?	20
Von Ernesto Semán	

Lateinamerikas Rolle rückwärts	22
Von Leo Gabriel	

AKTUELLES & ANALYSE

Guatemala: Neue Regierung, neue Prozesse	23
Von Jeff Abbott	

Kolumbien: „Friedensvertrag heißt nicht Ende der Gewalt. Interview mit Andrés Pastrana	24
Von Andreas Teltscher	
Der Friede von Havanna.	25
Von Ralf Leonhard	

Brasilien: Katastrophe mit Ansage	26
Von Jürgen Kreuzroither	
Die Verdammten dieser Erde.	27
Von Neimar Machado de Sousa und Kristina Kroyer	

Zentralamerikanische Frauen auf der Flucht	29
Von Gabriela Díaz Prieto und Sarah Gammage	

Kurznachrichten	32
---------------------------	----

Tango – ein Kulturtransfer.	34
Von Susanne Köb	

Buchbesprechungen: TerrorZones; Der Drogenkrieg in den Anden; Eva Perón; Havanna-Lesebuch.	36
---	----

Splitter	39
--------------------	----

Titelfoto: Robert Lessmann (Kokainlabor bei Yapacaní, November 2015)	
---	--

Offenlegung gemäß §25 Mediengesetz.	13
--	----



ENDE DES DROGENKRIEGS?

Ein Vierteljahrhundert lang zwangen die Vereinigten Staaten den lateinamerikanischen Ländern ihren „War on Drugs“ auf. Die Ergebnisse sind ernüchternd, die Kosten enorm hoch. Bolivien hat schon vor zehn Jahren mit dem Drogenkrieg gebrochen, doch ein Augenschein zeigt, wie schwer der Abschied von den alten Methoden fällt. Gemessen an ihren Zielen stellt die internationale Drogenkontrolle ein Fiasko dar. Im April sollen nun auf einer Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen (UNGASS) die Weichen neu gestellt werden.

Von Robert Lessmann

Das Knallen der Schüsse geht durch Mark und Bein. Schroffe Kommandos brüllend stürmen Spezialkräfte in ihren Tarnanzügen durch den Dschungel auf uns zu. Die fesche Kollegin vom *Canal Siete* wird sich hinterher beklagen: „Wer hat das rote Rucksäckchen im Bild stehen lassen?“ Ein Kommando der *Fuerzas Especiales de Lucha Contra el Narcotráfico* inszeniert die Erstürmung eines Kokainlabors. Als eine ihrer Patrouillen es vor zwei Tagen entdeckte, war es bereits verlassen. Der Chef der Spezialkräfte und der Vizeminister geben vor Ort – unter einer grünen Plastikplane in einer Senke im Regenwald mit drei strategischen Wachposten drum herum – eine Pressekonferenz. Das Labor kolumbianischer Bauart verfügt über Recyclinganlagen für die notwendigen Chemikalien und ist mittlerer Größe, d.h. mit einer Kapazität von 300-500 Kilogramm Kokain-Hydrochlorid (HCL) pro Woche. Nach den Betreibern und ihren Hintermännern werde gefahndet.

Über der Anlage liegt beißender Säuregeruch. Man braucht in dieser Phase der Weiterverarbeitung große Mengen an Chemikalien, unter anderem Salzsäure, deren Dämpfe die feuchtheiße Luft erfüllen, dass manche Kolleginnen es kaum ertragen. Wir sind in der Gegend von Yapacaní, einem 30.000-Einwohner-Städtchen, das erst 1953 gegründet wurde, in der Provinz Ichilo, benannt nach dem gleichnamigen Fluss. Subtropischer Regenwald ist heute von Viehweiden durchsetzt. Auf halbem Weg zwischen dem Kokaanbaugebiet des Chapare und Santa Cruz, der Stadt des Geldes, die über einen internationalen Flughafen verfügt, ist Yapacaní seit den 1980er Jahren ein Zentrum für die Weiterverarbeitung von Kokapaste zu Kokain-HCL. Zu jener Zeit hatte sich der benachbarte Chapare binnen weniger Jahre zum weltweit zweitgrößten Kokaanbaugebiet nach Perus Alto Huallaga entwickelt.

Die Spezialkräfte, mit denen wir unterwegs sind, tragen immer noch die US-amerikanischen M-16-Gewehre. Sie wurden im Jahr 1983 auf Initiative Washingtons geschaffen, ausgerüstet und trainiert. Ein Vierteljahrhundert lang waren sie die Protagonisten von Washingtons „War on Drugs“ in Bolivien. Hauptzielscheibe waren die Kokabauern, die *cocaleros* des Chapare. Der Anbau sollte ausgemerzt werden. Unter Sanktionsdrohungen Washingtons versuchten bolivianische Regierungen mit Entschädigungszahlungen oder Zwang die jährlichen Eradikationsvorgaben aus dem Norden zu erfüllen.

Die Bauern zogen in Abwesenheit ökonomischer Alternativen ins Hinterland weiter und legten neue Felder an. Seit Beginn der Aufzeichnungen bis 2005 wurden auf diese Weise 125.873 Hektar Koka vernichtet – das Zweieinhalbfache des historischen Maximums von 50.300 Hektar, das im Jahr 1990 gemessen worden war. Alles in allem dürfte diese Politik mindestens 200.000 Hektar subtropischen Regenwald gekostet haben. Neue Wälder wurden gerodet, Flächen erodierten, weitere Böden und Gewässer wurden durch Chemikalien vergiftet, die zur Weiterverarbeitung nötig sind: ein Nachhaltigkeitsdesaster ohne erkennbaren drogenpolitischen Erfolg.

Ein US-Projekt war auch die Militär- und Ausbildungsbasis in Chimoré, von der aus wir zu unserem halbstündigen Hubschrauberflug nach Yapacaní gestartet waren. Dort stehen noch die alten UH-1H-Helikopter, die bereits im Vietnamkrieg geflogen waren und dann vom State Department für den Drogenkrieg an Bolivien ausgeliehen wurden. Doch das ist Vergangenheit. Wir fliegen heute in einem „Super Puma“ französischer Herstellung. Unter dem Eindruck der Zwangseradikationen ihrer Felder entwickelten sich die *sindicatos* der Kokabauern des Chapare zu schlagkräftigen politischen Kampforganisatio-

nen. Konflikte um die Koka bestimmten fast ein Vierteljahrhundert lang die bolivianische Innenpolitik. Straßenblockaden, Menschenrechtsverletzungen, Verletzte und Tote waren im Chapare an der Tagesordnung. Bis im Dezember 2005 der Chef der *cocaleros*, Evo Morales, zum Präsidenten gewählt wurde und eine Wende einleitete. Die Politik der Zwangseradikation wurde beendet und im September 2008 auch die Beziehungen zu Washington. Nach dem Botschafter wurden auch die „Berater“ der *Drug Enforcement Administration* (DEA) nach Hause geschickt. Die neue Verfassung von 2009 erklärt das Kokablatt in Artikel 384 zum schützenswerten andinen Natur- und Kulturerbe.

Vom Kokabauern zum Minister

Felipe Cáceres war viele Jahre lang die Nummer zwei hinter Evo bei den *sindicatos* der *cocaleros*, dann zweimal Bürgermeister von Villa Tunari, der größten Chapare-Gemeinde. Heute ist er *Viceministro de Defensa Social y Sustancias Controladas*, oberster Drogenbekämpfer des Landes und einer der ganz Wenigen, die der Regierung Morales von Anfang an angehören. Mit dem letzten Flug nach einer langen Kabinettsitzung aus La Paz kommend, ließ er es sich nicht nehmen, persönlich den Jeep zu steuern, mit dem wir gestern von Cochabamba aus über einen 4.000 Meter hohen Pass hinunter führen in den „Trópico de Cochabamba“ oder Chapare nach Villa Tunari. Das gab uns Zeit für ein nächtliches Gespräch, das uns wach hielt: Die Reduzierung der Kokaanbauflächen geschieht jetzt in Absprache und im Konsens mit den Bauernorganisationen – „Rationalisierung“ heißt das heute.

„Früher haben die Bauern die Drogenhändler vor uns gewarnt“, beschreibt ein Oberst der Spezialkräfte am nächsten Tag beim Mittagessen in der Basis von Chimoré das neue Vertrauensverhältnis. „Heute kommen sie zu uns und zeigen sie an!“ Wenn es mit der Rationalisierung freiwillig nicht klappt, gibt es einen Mechanismus abgestimmter Sanktionen. In den ersten Jahren gab es so noch einen Nettowachstum der Anbauflächen, seit 2010 aber eine Verminderung.

Probleme macht der Neuanbau in den unübersichtlichen angrenzenden Nationalparks und Schutzgebieten, wie dem TIP-



Foto: Robert Lessmann

Bolivianische Anti-Drogen-Spezialkräfte

NIS und dem Parque Carrasco. Dort greift die soziale Kontrolle nicht. Probleme macht auch der Transit von peruanischem Kokain auf dem Weg nach Brasilien. Hier arbeitet man bilateral zusammen. Sorgen macht sich Felipe Cáceres vor allem um deutlich steigende Beschlagnahmungen sogenannter NPS – *New Psychactive Substances*, die auch im Andenland Bolivien einen wachsenden Markt zu finden scheinen. Bolivien war bei den Vereinten Nationen mit einer Initiative zum Kokablatt hervorgetreten und in einem bisher einmaligen Akt aus der Konvention aus und unter Vorbehalt wieder eingetreten. (Wir berichteten.) Darüber hinaus hält man sich aber aus der Reformdebatte erstaunlicherweise heraus. Cáceres interessiert sich für diese Debatte und fragt mich, ob ich glaube, dass eine Legalisierung kommen wird. „Langsam, abgestuft und schrittweise“, glaube ich.

Die Sprengung einer zehn Kilometer vom Labor entfernten klandestinen Flugpiste, wo das Kokain von Sportflugzeugen abgeholt wurde, scheitert an einem defekten Zünder und wird am Nachmittag auf dem Ausbildungsgelände der Spezialkräfte für die Kameras wiederholt. Ob er dabei war am 27. Juni 1988 beim Massaker von Villa Tunari, frage ich. „Selbstverständlich, als junger Führer der *cocalero*-Gewerkschaft“, antwortet Felipe Cáceres. Damals versuchten die Kokabauern, die Kaserne der Spezialkräfte zu besetzen,

nachdem bekannt geworden war, dass dort – angestiftet von US-Personal – gesetzeswidrige Tests mit Herbiziden an Koka-pflanzen durchgeführt wurden. Die Spezialkräfte eröffneten das Feuer und ein Dutzend Bauern starben im Kugelhagel. Heute ruft Cáceres dieselben Spezialkräfte zum Appell: „Patria o muerte!“ Und die Männer antworten im Chor: „Venceremos!“ „Vor zehn Jahren“, sage ich anschließend, „haben sie dich noch verfolgt.“ „Unglaublich, nicht? So ändern sich die Zeiten!“, antwortet der Vizeminister.

Vieles hat sich verändert: Der Chapare ist von einer gewaltgeplagten „roten Zone“ zu einer friedlichen und prosperierenden ländlichen Region geworden. Das Koka-/Kokain-Geschäft gibt es dort noch immer. Aber es ist unter Kontrolle. Und die Gewalt ist weg. Das ist für die Menschen das Wichtigste.

Das Elend mit der Empirie

War da noch was? Nicht alles hat sich verändert. Noch immer sind Boliviens Gefängnisse mit kleinkriminellen Drogenstraftätern überfüllt. Noch immer ist das von Washington im Jahr 1988 diktierte Drogengesetz Ley 1.008 mit seinen drakonischen Strafen in Kraft. Bolivien hat nach seinem Politikwechsel heute mit 25.000 Hektar Kokaanbau wieder das Ausgangsniveau von 2005 erreicht. In dieser Zeit wurden aber 80.000 Hektar „rationalisiert“.

Fazit: Es geht heute friedlich zu, aber nachhaltig ist es noch immer nicht.

Apropos Empirie. Zurück zu unserem Labor: Ein Ausstoß von 300-500 Kilogramm Kokain entspricht bei lokalen Großhandelspreisen von 1.000 bis 2.000 USD pro Kilo einem Umsatz von 300.000 bis zu einer Million. Bei einer hypothetischen Auslastung von 50 Wochen kann man den potenziellen Jahresumsatz rasch errechnen. Allein diese Anlage könnte so zwischen 10 und 20 Prozent der geschätzten bolivianischen Kokainproduktion (113 Tonnen, die letzte Schätzung der Vereinten Nationen stammt von 2008) erzeugen und würde dabei maximal die Hälfte der Kokablattproduktion absorbieren, die die UN auf 24.300 Tonnen (2013) schätzen. Man sieht bereits, da stimmen die Umrechnungsverhältnisse nicht. Andererseits hat man laut Rechenschaftsbericht des Vizeministeriums im letzten Jahr (2014) 74 solcher Labors entdeckt und zerstört. Entweder wurde also viel mehr produziert (was unwahrscheinlich ist) oder die Kapazitäten auch nicht annähernd ausgeschöpft, was den Sinn solcher Militäroperationen in Frage stellt.

Allen Statistiken und Hochrechnungen zum Trotz: Das illegale Drogengeschäft lässt sich nicht annähernd in befriedigender Weise in Zahlen fassen. Wie viel hier oder anderswo produziert wurde, wissen letztlich nur die Betreiber. Doch eines ist gewiss: Die Hardware, die wir sehen, entspricht maximal einer Investition von 50.000 USD und wäre im Handumdrehen an einem anderen Ort in den Weiten Amazonas wieder aufgebaut. Bei den gegebenen Gewinnspannen ist der Anreiz dazu hoch. Konventionelle Ansätze der Drogenkontrolle mögen eindrucksvoll sein, doch sie funktionieren letztlich nicht. Und auch innovative Politiken haben es da schwer.

Ernüchterung und große Herausforderungen

Wo es die nicht gibt, sind die Resultate des Drogenkriegs noch verheerender. Seit Präsident Ernesto Samper unter Korruptionsvorwürfen Washingtons im Jahr 1994 zur Einwilligung in eine Besprühungskampagne mit Pflanzengift gedrängt wurde, hat man in Kolumbien rund zwei Millionen Hektar Koka vernichtet – weit mehr als das Zehnfache des historischen Maximums (163.000 ha im Jahr 2008). Neben den ökologischen Konsequenzen muss man in Kolumbien von einer regel-

⇒ von Seite 5: ENDE DES DROGENKRIEGS?

rechten Bauernvertreibung sprechen. Zuletzt konnte so der Kokaanbau immerhin deutlich vermindert werden (im Mai 2015 wurde die Sprühkampagne eingestellt). Doch gleichzeitig gab es vor allem in Peru wieder Zuwächse.

Ertragreichere Sorten und verbesserte Verarbeitungsmethoden verhindern zudem, dass sich die verminderte Anbaufläche in ein gleichermaßen vermindertes Kokainangebot übersetzt. Nach der Zerschlagung der großen „Kartelle“ von Medellín und Cali haben sich Guerilla und Paramilitärs des Drogengeschäfts bemächtigt – und die Schaltzentralen des Kokaingeschäfts haben sich nach Mexiko verlagert. Doch weiterhin werden zwei Drittel der Kokainlabors weltweit in Kolumbien entdeckt und zerstört. Es handelt sich also nicht um eine Verlagerung, sondern um eine Ausbreitung der Probleme. Der Drogenkrieg in Mexiko hat seit der Einbeziehung der Streitkräfte im Jahr 2006 mehr als 100.000 Todesopfer gefordert und das Land in den Ruf eines „failed state“ gebracht. Und schon verlagert sich das illegale Geschäft weiter nach Zentralamerika, wo Mordraten heute 4-5 Mal (Honduras, El Salvador) so hoch sind wie in Mexiko.

Im Jahr 2009 gründete sich auf Initiative der ehemaligen Präsidenten Cardoso (Brasilien), Zedillo (Mexiko) und Gaviria (Kolumbien) eine „Lateinamerikanische Kommission für Drogen und Demokratie“, die ein Umdenken forderte und rasch zu einer „Globalen Kommission“ mutierte. Schließlich sprang der Funke der Reformdebatte im Rahmen der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) auch auf die Regierungsebene über. Anlässlich der 58. *Commission on Narcotic Drugs* der UN in Wien sprach der kolumbianische Justizminister Yesid Reyes am 9. März 2015 in ungewöhnlich deutlichen Worten davon, dass die aktuellen Politiken ihre Ziele nicht erreicht hätten, dass sie einseitig auf Eradikation und das Strafrecht ausgerichtet gewesen seien und negative Konsequenzen gehabt hätten, und er forderte, dass UN-GASS eine „Rehumanisierung“ der Drogenpolitik leisten müsse. Mexiko, Guatemala und Kolumbien waren es auch, die am intensivsten auf eine solche Sondergeneralversammlung der UN zum Thema Drogen drängten, wie sie nun für 19.-21. April in New York anberaumt ist. ■

GLOBALER REFORMBEDARF

Drogenpolitische Schlaglichter

Seit Beginn der internationalen Drogenkontrolle mit der Haager Konvention von 1912 sind die Probleme angewachsen. Waren es damals sieben, so sind es heute 234 „kontrollierte Substanzen“ – 2,75 Mal mehr als zum Zeitpunkt der Verabschiedung des heute gültigen Rahmenabkommens, der „*Single Convention on Narcotic Drugs*“ aus dem Jahr 1961. Weltweit konsumieren nun schätzungsweise 246 Mio. Menschen solche Substanzen, deutlich mehr als noch zur Jahrtausendwende (141 Mio., 1999). Rund 200.000 Menschen sterben jährlich daran, die meisten infolge Heroinkonsums, sei es durch Überdosierung oder durch Übertragung von HIV oder Hepatitis. Besonders hoch ist diese Zahl in Ländern, die keine *harm reduction*-Maßnahmen durchführen, wie der Ukraine und Russland.

Die Vereinten Nationen setzen sich heute bereits für *harm reduction*-Programme (wie die Bereitstellung steriler Nadeln) ein, kritisieren das Gefängniswesen als Katalysator für Drogenkonsum und *needlesharing*, und sie befürworten in ihrem neuesten „*World Drug Report 2015*“ die Bereitstellung des Opioid-Antagonisten *Naloxon* in Familien und Peer-Groups von Heroinsüchtigen als wirksames Mittel zur Vermeidung von Todesopfern durch Überdosen. Noch vor wenigen Jahren war dies ganz undenkbar.

Vielfach höher ist die Zahl der Opfer legaler Drogen wie Alkohol und Nikotin sowie des Medikamentenmissbrauchs. So übertrifft in den USA die Zahl der Todesopfer infolge nicht-medizinischen Gebrauchs verschreibungspflichtiger Schmerzmittel jene der Heroin- (5.000) und Kokaintoten (3.000) zusammen genommen.

Oberziel der *Single Convention* ist es, die Verwendung der auf ihren Listen erfassten „kontrollierten Substanzen“ auf den medizinischen und wissenschaftlichen Bereich zu beschränken. Dieses Ziel wird nicht nur fortlaufend verfehlt. Das hergebrachte Kontrollsystem stößt auch an Grenzen. Im Labor hergestellte, so genannte *New Psychoactive Substances* (NPS) drängen in einer Vielfalt und Geschwindigkeit auf den Markt, die ihre Erfassung in den Listen kontrollierter Substanzen unmöglich macht. Waren es Ende 2009 noch 126, so sind heute 541 solcher NPS bekannt und der Konsum dieser auch *legal highs* genannten Stoffe übersteigt den von Heroin und Kokain zusammen.

Während der Kokainkonsum auf dem wichtigsten Absatzmarkt, den USA, um 40 Prozent eingebrochen ist, nahm dort im gleichen Zeitraum die Zahl der entdeckten und zerstörten Metamphetamin-Labors rasant zu; allein zwischen 2007 und 2009 um 92 Prozent. Diese Schrumpfung des Kokainmarktes war einer der Auslöser für den „Krieg der Kartelle“ in Mexiko. Andererseits stellt sich aus US-Sicht die Frage, ob es sich hier wirklich um einen drogenpolitischen Erfolg handelt, oder ob auf dem illegalen Markt schlicht ein Stimulans (Kokain) durch ein anderes, gefährlicheres, leichter herzustellendes und schwieriger zu kontrollierendes verdrängt wurde.

Die Vereinten Nationen sehen beim Kokain einen Rückgang des Angebots. In den beiden wichtigsten Anbauländern von Schlafmohn, Afghanistan und Myanmar, dem Grundstoff für die Herstellung von Heroin, ist dagegen die Produktion in den letzten Jahren derart angewachsen, dass die UN eine Überschwemmung des Marktes durch ein Überangebot befürchten. Ob ein Rückgang der Opiumproduktion im Jahr 2015 eine Trendwende auf hohem Niveau darstellt, oder eine konjunkturelle Episode ist (Schlafmohn ist eine sog. einjährige Pflanze), bleibt abzuwarten. Afghanistan war als heute größter Produzent bis in die 70er Jahre hinein für seine Cannabisproduktion (Schwarzer Afghane) bekannt. Der Anbau von Schlafmohn in größerem Stil begann dort erst mit der sowjetischen Invasion (1979) und ging einher mit Krieg, Staatszerfall und Armut. Ein Jahrzehnt westlicher Sicherheitshilfe hat sich dort drogenpolitisch als wirkungslos erwiesen.

Illegale Drogen stellen nach Einschätzung der UNO das Rückgrat des Organisierten Verbrechens dar, besonders das Kokaingeschäft, das vergleichsweise sehr gut organisiert und zentralisiert ist. Die Grenzen zur Finanzierung bewaffneter Aufständischer sind hier fließend. Zunehmend scheint die Erkenntnis Raum zu gewinnen, dass die Hauptgefahren für eine Gesellschaft nicht von der einen oder der anderen Substanz ausgehen, sondern von den Herausforderungen für Demokratie und Rechtsstaat durch kriminelle und terroristische Organisationen. Deutlich wird auch, dass es zu deren Bekämpfung nicht ausreicht, die eine oder andere Person unschädlich zu machen, sondern dass man bei den illegalen Märkten und Kapitalflüssen ansetzen muss.

Robert Lessmann

Quelle: UNODC: World Drug Report, div. Jahrgänge

CÉSAR GAVIRIA: „DER DROGENKRIEG IST GESCHEITERT“

Kaum ein Politiker kann mit mehr Autorität für eine Reform der internationalen Drogenpolitik sprechen als César Gaviria. Er war Innenminister Kolumbiens in der Zeit des „Narcoterrorismo“. Unter seiner Präsidentschaft (1990-94) stellten sich die Köpfe des „Medellín-Kartells“. Pablo Escobar floh aus dem Gefängnis und wurde von der Polizei erschossen. Von 1994 bis 2004 war Gaviria Generalsekretär der OAS. Heute tritt er im Rahmen der „Global Commission on Drug Policy“ für einen grundlegenden Wandel in der Drogenpolitik ein. Robert Lessmann sprach mit ihm in Wien.



Es ist eine Veranstaltung der „Ehemaligen“! Wir treffen César Gaviria auf einem Podium in der Wiener UNO-City, wo er zusammen mit dem ehemaligen nigerianischen Staatspräsidenten Olusegun Obasanjo, der früheren Schweizer Bundespräsidentin Ruth Dreifuss und dem neuseeländischen Exminister Peter Dunne diskutiert: „UNGASS 2016: Herausforderungen und Chancen“. Das Podium findet im Rahmen der 58. *UN Commission on Narcotic Drugs* statt, die der Vorbereitung von UNGASS dient, der Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen zum Thema Drogen, die im April 2016 stattfinden soll.

Dass eine solche einberufen wurde, daran hatte César Gaviria starken Anteil. „Cardoso war der Initiator“, sagt Gaviria tags darauf im Interview. Die ehemaligen Präsidenten Fernando Enrique Cardoso/Brasilien, Ernesto Zedillo/Mexiko und César Gaviria/Kolumbien gründeten im Jahr 2009 die „Lateinamerikanische Drogenkommission“ für drogenpolitische Reformen. „Vor dem Hintergrund der reichen Erfahrungen in unseren Ländern bauten wir die Kommission schnell zu einer in-

ternationalen aus.“ Zahlreiche Prominente schlossen sich an: Kofi Annan, Ruth Dreifuss, Jimmy Carter, Javier Solana, George Shultz, Louise Arbour, Thorwald Stoltenberg, Aleksander Kwasniewski, Mario Vargas Llosa, Carlos Fuentes (+2012), Richard Branson, sodass sie 2011 zur *Global Commission on Drug Policy* mutierte. (www.globalcommissionondrugpolicy.org)

Das Wirken der „Global Commission“ hat sicherlich dazu beigetragen, dass schließlich auch amtierende Präsidenten die Forderung nach Reformen erhoben. Ein Präsidentengipfel der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) endete im April 2012 im kolumbianischen Cartagena beinahe in einem Eklat. Neben dem Abschluss Kubas stand die Drogenpolitik im Fokus der Auseinandersetzungen: Nach – bis dahin – mehr als 60.000 Toten seit Dezember 2006 im mexikanischen „Drogenkrieg“ und einem Überschwappen der Gewalt nach Zentralamerika kam von dort die Forderung, die herrschende Politik auf den Prüfstand zu stellen.

Guatemalas (inzwischen ehemaliger) Präsident Otto Pérez Molina hatte bereits im Februar 2012 gefordert, die Möglich-

keiten einer Legalisierung zu studieren und die (inzwischen ebenfalls abgelöste) Präsidentin Costa Ricas, Laura Chinchilla, erklärte in Cartagena, die bisherigen Strategien hätten nur zu einer Verlagerung der Probleme geführt – mit äußerst hohen Kosten: „Wir müssen das Problem von wenigstens vier Perspektiven her angehen: als Problem der öffentlichen Gesundheit, wobei man den Konsum nicht kriminalisieren soll; als Priorität unserer Erziehungssysteme, um ihm vorzubeugen; als Herausforderung für mehr Transparenz und Integrität unserer Institutionen; und als Angelegenheit von höchster Priorität für den Rechtsstaat.“

Ein merklich in die Defensive geratener US-Präsident Barack Obama stellte dazu fest: „Meine Haltung und die meiner Regierung ist, dass die Legalisierung nicht die Antwort ist.“ Es ist nicht ganz unwahrscheinlich, dass Gaviria hinter den Kulissen Strippen für diesen Prozess im Rahmen der OAS gezogen hat, schließlich war er zuvor ein Jahrzehnt lang Generalsekretär der Organisation. Auch wenn er im Interview betont, dass es sich da um einen von der „Global Commission“ separaten Prozess gehandelt habe.

Nach dem Ende seiner Präsidentschaft in Kolumbien ging César Gaviria im August 1994 nach Washington. Bereits im März war er zum Generalsekretär der OAS gewählt worden. Es war seinerzeit nicht unüblich, exponierte Politiker „aus der Schusslinie“ zu nehmen und ihnen einen Auslandsposten zu verschaffen. Und Gaviria war besonders exponiert. Im Jahr 1999 wurde er in seinem Amt bestätigt und blieb bis 2004 Generalsekretär der OAS.

Zum Interview erscheint der 68-jährige Elder Statesman mit Gehstock. Auf die Frage nach seinen Erwartungen bezüglich der UNGASS-Konferenz führt er aus: „Die alte Politik hat keinen Erfolg gebracht, aber hohe Kosten. Die neue Drogenpolitik sollte die Erfahrungen der letzten 50 Jahre berücksichtigen. Wir brauchen mehr Regulierung statt Verboten. Und vor allem müssen wir den Umfang des illegalen Geschäfts vermindern. Der Schwerpunkt muss auf Schadensbegrenzung liegen, *harm reduction*, nicht nur, aber besonders für die Drogenkonsumenten. Sie haben ein Problem, aber sie sind keine Verbrecher.“

⇒ von Seite 7: INTERVIEW MIT
CÉSAR GAVIRIA

Die USA als treibende Kraft hinter der alten, repressiven Politik haben die höchsten Konsumraten und 600.000 Drogenhäftlinge in ihren Gefängnissen. Diese Politik ist gescheitert. Die Konsumenten brauchen Hilfe. Es handelt sich um ein Gesundheitsproblem.“

Das Big Business muss ins Visier genommen werden

Sie selbst haben den Drogenkrieg in Kolumbien ja hautnah erlebt, ihn selbst geführt, frage ich. „Der Drogenkrieg ist gescheitert“, betont César Gaviria: „Die wichtigste Erfahrung ist, dass unser polizeilich-militärischer Ansatz Gewalt in ungeheurem Ausmaß hervorgebracht hat.“ Er war ab 1987 Innenminister unter Präsident Virgilio Barco. Im Kampf gegen ein Auslieferungsabkommen, das mit Washington unterschrieben werden sollte, hatte eine Gruppe der *extraditables* (der Auslieferbaren) unter Führung des erklärten Drogenhändlers Carlos Lehder Rivas (der 1987 tatsächlich verhaftet und an die USA ausgeliefert wurde) schon im Jahr 1984 erklärt, sie würden ein Grab in Kolumbien einer Zelle in den USA vorziehen. Es folgte eine massive Welle von Bombenanschlägen, Morddrohungen und Morden gegen Juristen und Politiker. Die Regierung antwortete mit einer Serie von „Verordnungen des Belagerungszustands“. Die Situation eskalierte zum sogenannten *narcoterrorismo* und einer „Kriegserklärung“ der *extraditables* an den Staat vom 24. August 1989.

Zwischen August 1989 und Januar 1990 wurden 263 Bombenanschläge registriert und mit Luis Carlos Galán, Bernardo Jaramillo und Carlos Pizarro allein drei Präsidentschaftskandidaten ermordet. Nicht für alle dieser Morde an Politikern sind Drogenhändler verantwortlich gewesen, sondern auch Kreise, die den Friedensprozess mit der Guerilla und deren Eingliederung in die zivile Politik torpedieren wollten. Innenminister Gaviria leitete unter anderem die Verhandlungen mit der Guerilla M-19, die zu deren Entwaffnung und Integration als reguläre politische Kraft führten. Er war Wahlkampfleiter für den liberalen Präsidentschaftskandidaten Luis Carlos Galán, der seinen Kampf gegen Korruption und Drogenhandel am 18. August 1989 mit dem Leben bezahlte. Als Drahtzieher seiner Ermordung gelten

Pablo Escobar und der Chef der Paramilitärs Carlos Castaño. Gaviria, der wie Galán dem linken Parteiflügel zugerechnet wurde, trat dessen Nachfolge als Kandidat an und wurde im August 1989 mit 47,8 Prozent der Stimmen zum Präsidenten Kolumbiens gewählt. In seiner Amtszeit gelang die Integration der M-19 in den politischen Prozess und die Verabschiedung einer neuen Verfassung.



„Ich habe in dieser Situation eine Politik der Verhandlungen versucht, die erfolgreich war, bis auf Escobar“, sagt Gaviria: „Der hat seine Flucht aus dem Gefängnis mit dem Leben bezahlt“. Und er fügt hinzu: „Indirekt hat uns dieser Prozess auch sehr geholfen, das Justizsystem zu stärken, damit wir solche Verfahren überhaupt durchführen können.“ Einer der ersten, die seinerzeit für Verhandlungen mit den *extraditables* eintraten, war der damalige Bürgermeister von Medellín, Juan Gómez Martínez, dessen Stadt die Hauptlast der Gewalt zu tragen hatte. So könne es nicht mehr weitergehen: „Wir bezahlen den Applaus der Welt mit Toten in Kolumbien“, argumentierte Juan Gómez. Schließlich verhandelte man ja auch mit der Guerilla! Das brachte ihm seitens seiner Gegner den Ruf ein, Sprachrohr der *extraditables* zu sein. Verzicht auf die Auslieferung und Strafmilderungen, wenn sie sich freiwillig stellen und Geständnisse ablegen, lautete schließlich die Formel für das „Friedensangebot“ der Regierung Gaviria, auf dessen Grundlage sich praktisch alle führenden Köpfe des sogenannten Medellín-Kartells stellten.

Den Anfang machte am 18. Dezember 1990 Fabio Ochoa. Ihm folgte Mitte Januar 1991 sein Bruder Jorge Luis als mutmaßliche Nummer 2 des Medellín-Kartells. Schon während der Verhandlungen um diese „Friedenslösung“ Gavirias zeichnete sich eine Spaltung zwischen Escobar und dem Rest der Gruppe ab. Escobar stellte sich am 19. Juni 1991 mit seinen Leuten. Wegen der milden Strafen blieb der fahle Nachgeschmack einer Teilamnestie, und als Pablo Escobar im Juli 1992 auch noch aus dem Gefängnis floh, geriet die kolumbianische Regierung in eine internationale Glaubwürdigkeitskrise. Escobar wurde im Dezember 1993 in Medellín von der Polizei erschossen.

„Der Kriegsansatz ist verschwunden, das Medellín-Kartell ist verschwunden, das Cali-Kartell ist auch verschwunden“, sagt Gaviria, „aber das illegale Geschäft verschwand nicht“. Er spricht vom Balloneffekt: Drückt man ihn an einer Stelle, so dehnt er sich an anderen aus. In Kolumbien haben Dutzende kleinerer Organisationen die Geschäfte der beiden großen übernommen. „Die USA kontrollierten die Gewässer der Karibik, und es entwickelte sich die Pazifikroute. Sie kontrollierten im Pazifik, und die Lieferungen gingen durch Zentralamerika über Land.“ Kolumbien ist immer noch der mit Abstand wichtigste Hersteller von Kokain, doch die Schaltzentralen der Vermarktung liegen heute in Mexiko.

„Der Gesetzesvollzug, die Politik muss sich auf das große Geschäft als solches konzentrieren“, fasst César Gaviria seine Erfahrungen zusammen, „nicht nur auf Personen.“ Auf der letzten UNGASS-Konferenz von 1999 wurde das Ziel ausgegeben: „A drug-free world, we can do it“. Eine drogenfreie Welt in zehn Jahren. Gaviria: „Das Ziel einer drogenfreien Welt ist utopisch. Es muss heute Veränderungen geben. UNGASS ist die Gelegenheit für solche Veränderungen. Aber es wird schwierig werden, einen Konsens zu finden. Viele Länder, gerade aus Europa, stimmen in vielen Punkten mit uns überein. Aber es gibt auch steifen Widerstand, nicht nur aus den Vereinigten Staaten, auch aus einer Reihe asiatischer Länder, aus Russland.“ ■

Robert Lessmann ist promovierter Politikologe und Soziologe. Sein vergriffenes Standardwerk „Drogenökonomie und internationale Politik“ aus dem Jahr 1996 wurde kürzlich neu aufgelegt: „Der Drogenkrieg in den Anden“, Wiesbaden, 2015 (siehe Rezension Seite 37).

„DER REFORMZUG HAT DEN BAHNHOF VERLASSEN“

Die Vereinigten Staaten waren stets Weltführungsmacht für einen harten, prohibitionistischen Kurs in der internationalen Drogenpolitik. Über die Position Washingtons sprach Robert Lessmann mit Coletta Youngers vom renommierten *Washington Office on Latin America* (WOLA).

an kritischen Äußerungen nun auch von höchster Regierungsebene hören und jenem, was vor Ort in Lateinamerika geschieht.

Was geschieht dort konkret?



Foto: Robert Lessmann

Coletta Youngers bei den Vereinten Nationen in Wien

Der militarisierte Ansatz der Drogenkontrolle dominiert und dauert an. Wir sehen zwar beispielsweise in Zentralamerika, das mehr und mehr zur Schwerpunktregion wird, heute auch ein stärkeres Gewicht auf Hilfe für die Justiz und die wirtschaftliche Entwicklung. Doch das deutliche Übergewicht der Mittel fließt nach wie vor in den militärischen Bereich und in den Gesetzesvollzug. Viele dieser Programme laufen über das Pentagon mit sehr geringer Transparenz und Kontrolle, so dass wir wenig Einblick haben, was tatsächlich vor Ort geschieht. Doch die USA haben dort heute wahrscheinlich einen größeren Fußabdruck denn je, was die Präsenz von Soldaten, Programmen, Schiffen und Flugzeugen betrifft. Wir haben dort eine bedeutende Militärpräsenz, die mit dem Kampf gegen den Drogenhandel gerechtfertigt wird.

Interview mit Coletta Youngers

Welche Erfahrungen gibt es mit der Marihuana-Freigabe in Colorado und in Washington State? Was sagt die Regierung heute, nach einem Jahr, dazu?

Das wird man sich über einen längeren Zeitraum ansehen müssen. Bisher sind keine ernsthaften Probleme aufgetaucht. Im Gegenteil: Eine dieser Tage veröffentlichte Studie zeigt, dass der Marihuana-Konsum unter Teenagern weiter zurückgeht. Skeptiker hatten das Gegenteil befürchtet. Und schließlich haben wir eine Entkriminalisierung des Marihuana-Konsums heute in der Hälfte der US-Bundesstaaten. Die Obama-Regierung macht mit ihrer Politik weiter, die es den Bundesstaaten erlaubt, hier ihre jeweiligen Regelungen zu treffen. Und das führt mich zurück zur Frage nach der öffentlichen Meinung: Es gibt in den USA eine wachsende Zustimmung für regulierte Cannabis-Märkte. Wir haben heute 58 Prozent Zustimmung zu diesen Entkriminalisierungsmodellen, und das beeinflusst natürlich auch die Politik in Washington. Es ist sehr deutlich, dass dies der Weg sein wird, den die Vereinigten Staaten gehen. Kalifornien, das wegen seiner Größe und seiner Nähe zu Mexiko eine besondere Rolle spielt, sowie fünf oder sechs weitere Bundesstaaten werden wohl in naher Zukunft ebenfalls legal regulierte Cannabis-Märkte haben. Und es gibt am Capitol Hill zunehmenden Druck einer kleinen aber wachsenden Gruppe von Abgeordneten, sowohl libertärer als auch liberaler Ausrichtung, die die Meinung vertreten, dass die Gestaltung dieser Politik den Bundesstaaten überlassen werden solle, auch wenn es darum geht, Cannabis von der Liste der gefährlichen Drogen zu nehmen.

Die andere Sache ist die Reformbewegung zur Strafjustiz und die Entstehung einer Bewegung „*Black Lives Matter*“ unter dem Eindruck der Polizeiübergriffe gegen Schwarze, die nicht nur auf die Drogenpolitik bezogen ist. Doch Drogenpolitik ist ein Kernproblem, weil sie aktuell

Praktisch alle Experten bezeichnen Washingtons *War on Drugs* (in Lateinamerika) als gescheitert – bei hohen Nebenkosten. Wie wird das im politischen Washington und in der öffentlichen Meinung der USA gesehen?

Unter Präsident Obama haben wir einen stetigen Wandel zu rationaleren und diplomatischeren Positionen gesehen. Man hört heute keine Offiziellen mehr vom „Drogenkrieg“ sprechen. Und es werden verstärkt auch die Schäden benannt, die er verursacht hat. Unlängst gab es ein sechzigminütiges TV-Interview mit Michael Botticelli. Der „Drogenzar“ des Weißen Hauses, sprach darin – als bisher ranghöchstes Regierungsmitglied – explizit vom Scheitern des Drogenkriegs. Die größte Veränderungsbereitschaft sehen wir in der Rechtspolitik. Präsident Obama hat bereits eine Teilamnestie erlassen und für sein letztes Amtsjahr eine Strafrechtsreform angekündigt, insbesondere im Bereich der Drogenstraftaten, weil wir so viele Häftlinge haben, die wegen kleiner Drogendelikte einsitzen.

Bezieht sich diese Selbstkritik auch auf die auswärtige Drogenpolitik?

Allenfalls sehr langsam. Besonders bezüglich Lateinamerika haben wir eine Situation, wo es Heerscharen von Regierungsbürokraten gibt, die ihre ganze Karriere über auf den Drogenkrieg eingeschworen waren. Und dann ist da das Militär, das eine ganze Palette von Programmen der Sicherheitshilfe durchführt, von denen sehr viele unter dem Etikett „Drogenbekämpfung“ laufen. Es gibt eine große Diskrepanz zwischen dem, was wir

⇒ von Seite 9: INTERVIEW MIT COLETTA YOUNGERS

dazu führt, dass so überproportional viele junge afroamerikanische Männer im Knast sitzen. Diese Bewegung hat zu einer sehr interessanten Koalition zwischen linken und rechten Politikern geführt, die im Kongress gerade einen Gesetzesentwurf vorbereiten, der Richtern zum ersten Mal einen größeren Spielraum beim Strafmaß geben würde, im Gegensatz zu scharfen obligatorischen Mindeststrafen, wie wir sie heute noch haben.



Überträgt sich dieser Reformgeist auch auf die US-Position hinsichtlich des internationalen Rahmens, das heißt der UNO-Drogenkonventionen, wie sie bei der bevorstehenden Sondergeneralversammlung zur Debatte stehen? Washington war hier ja in der Vergangenheit immer wachsender Garant für besonders harte Positionen.

Das könnte man denken. Doch bisher bleibt die US-Regierung dem Status quo verpflichtet. Hinsichtlich der bevorstehenden UNGASS-Konferenz besteht man vor allem darauf, dass mögliche Reformen im Rahmen der bestehenden UN-Konventionen bleiben müssen. Und man insistiert, dass das, was auf bundesstaatlicher Ebene in den USA mit Cannabis geschieht, keinen Verstoß gegen die Konventionen darstellt, weil die Bundesgesetzgebung ihnen ja entspreche – auch wenn viele Akademiker das ganz anders sehen. Washington lehnt Veränderungen der Konventionen ab, doch früher oder später wird man das überdenken müssen. William Brownfield, der Direktor des Büros für Internationale Drogenkontrolle und Gesetzesvollzug¹ im Außenministerium, argumentiert, dass man eine neue Konvention wohl nicht im Kongress ratifiziert bekommen würde und deshalb gegen Veränderungen sei. Das mag stimmen. Andererseits verlieren die UN-Konventionen in dem Maße an Legitimität und Effektivität, in dem immer mehr Staaten in immer mehr Punkten ihre Politik jenseits ihrer Bestimmungen machen. Über kurz oder lang wird man also an einer Reform der Konventionen nicht vorbei kommen.



Was können wir also von UNGASS erwarten?

Wir müssen realistisch sein. Es hat im Vorfeld harte Diskussionen gegeben. Die Welt ist gespalten. Wir haben einen Block von Ländern – hauptsächlich aus Lateinamerika –, die eine profunde Debatte fordern, weil sie sagen, dass die bisherigen Politiken nicht nur gescheitert seien, sondern auch enorme negative Konsequenzen hätten, wie Gewalt, Korruption etc. Sie verlangen, dass Politikalternativen diskutiert werden und dass den Ländern die Flexibilität gewährt wird, die zur Lösung ihrer jeweiligen Probleme erforderlich ist. Auf der anderen Seite gibt es Länder wie Russland, China, viele asiatische Staaten, die streng dem bestehenden prohibitionistischen System verpflichtet sind. Sie verteidigen ihre Politik der harten Strafen – manchmal sogar der Todesstrafe – bei Drogendelikten und lehnen jede Diskussion darüber ab. Und wenn wir wissen, dass Entscheidungen hier im Konsens getroffen werden, dann ist klar, dass wir nur ein sehr begrenztes Dokument erwarten dürfen.



Junge Kokabäuerin verarbeitet ihre Erlebnisse mit der Zwangseradikation (Chapare, Bolivien, 90er Jahre)

Ich glaube jedoch persönlich, dass wir schon viel erreicht haben. Wenn wir an die letzte UNGASS von 1998 oder den Aktionsplan zehn Jahre später zurück denken, dann gab es dort noch den Wiener Konsens und einen Machbarkeitsoptimismus: „Eine drogenfreie Welt in zehn Jahren“ lautete damals der Slogan. Diesmal kann von einem Konsens über die prohibitionistische Drogenpolitik keine Rede mehr sein. Es ist sehr klar, dass die Welt hier gespalten ist und dass es eine Reihe von Ländern gibt, die neue und innovative Ansätze entwickelt haben. Manche bleiben dabei im

Rahmen der bestehenden Konventionen, wie Portugal mit seiner Entkriminalisierung, und andere nicht, wie Uruguay mit seiner Cannabis-Legalisierung. Ich denke wir werden mehr Interpretationsspielräume einzelner Länder für die Formulierung ihrer jeweiligen Politiken erleben.

Daneben sehen wir heute eine Vielzahl von UNO-Organisationen in die Drogendebatte involviert, die vorher streng auf die spezifischen Unterorganisationen limitiert war. Dieser Prozess war sehr schwierig. Es gab kaum ein Themenfeld, das so isoliert war. Im Vorfeld zu dieser UNGASS waren nun mehr und mehr UN-Organisationen an der Debatte beteiligt: UNDP, UNAIDS, der UNO-Menschenrechtsrat...



Was können wir von der nächsten US-Regierung in dieser Hinsicht erwarten?

Sehr schwierig zu sagen. Auch der (Vor-) Wahlkampf ist ja noch in einem sehr frühen Stadium. Bisher gab es zum Thema „Drogen“ kaum Diskussionen. Ich denke, Hillary Clinton würde mehr oder weniger die vorsichtige Linie Obamas fortsetzen, Cannabis-Reformen erlauben und die Strafrechtsreform fortsetzen. Die Republikaner sind ein so bunter Haufen. Da ist es schwierig zu spekulieren. Doch wer immer gewinnen wird: Zu den Wahlen 2016 werden wir zusätzlich zu Washington State und Colorado womöglich vier bis fünf weitere Bundesstaaten mit legalisierten Cannabismärkten haben. Und damit hätten wir wohl eine kritische Masse, wo die Bundesregierung sich zu dem Widerspruch äußern müsste, dass eine Droge auf Bundesebene illegal, auf Länderebene aber legal ist. Der Präsident müsste dann Leadership zeigen.



Wir können also sagen, dass der Reformzug auf den Schienen ist?

Er hat den Bahnhof verlassen. Und selbst die USA fahren mit! ■

Coletta Youngers ist Senior Fellow des Washington Office on Latin America (WOLA) und Vertreterin des International Drug Policy Consortium (IDPC).

¹ *Bureau for International Narcotics Matters and Law Enforcement Affairs im State Department: Nur Weltpolizist Uncle Sam leistet sich seit 1978/79 eine solche Abteilung im Außenministerium, deren Budget allein jenes der Drogenbehörden der Vereinten Nationen stets um ein Mehrfaches übersteigt.*

UNGASS 2016: RICHTUNGSWECHSEL

Vom 19. bis 21. April 2016 werden die Vereinten Nationen zum dritten Mal in ihrer Geschichte eine Sondergeneralversammlung (UNGASS) mit dem Ziel abhalten „die Ergebnisse und Herausforderungen bei der Bekämpfung des globalen Drogenproblems zu bewerten“. Diese UNGASS hat das Potenzial, einen grundlegenden Kurswechsel des globalen Systems der Drogenkontrolle anzustoßen. Doch politische Differenzen und fest verankerte institutionelle Dynamiken haben die Hoffnungen gedämpft, dass sie als das Ende des Drogenkriegs in die Geschichte eingehen wird.

Von Ann Fordham und Martin Jelsma

Auslöser für die Einberufung der UNGASS-Konferenz war eine gemeinsame Erklärung Mexikos, Kolumbiens und Guatemalas vom Oktober 2012. Die drei Länder erklärten darin, dass eine „Überarbeitung des bisherigen Ansatzes der internationalen Gemeinschaft gegenüber Drogen nicht länger aufgeschoben werden“ könne. Dabei müssten die Vereinten Nationen eine Führungsrolle übernehmen, um „alle Optionen zu analysieren, einschließlich regulierender oder Marktmechanismen, um ein neues Paradigma zu etablieren, das den Ressourcenfluss zu Gruppen organisierter Kriminalität verhindert“.

In Form von Gewalt, Unsicherheit, Masseninhaftierung, sozialer und wirtschaftlicher Verwundbarkeit und Marginalisierung haben lateinamerikanische Länder die Hauptlast im Drogenkrieg getragen und verlangen am entschiedensten nach Reformen. Eine wachsende Gruppe lateinamerikanischer und karibischer Länder rufen zu einer wirklichen Diskussion über Politikalternativen auf. Zwischenzeitlich hat Uruguay den ersten gesetzlich regulierten Markt für den Freizeitkonsum von Cannabis geschaffen. Vergleichbare Initiativen hat es auf bundesstaatlicher Ebene in den USA gegeben. Das prohibitionistische Modell wird zunehmend in Frage gestellt. In diesem Kontext stellt UNGASS eine kritische Wegkreuzung dar, eine Gelegenheit für eine aufrichtige Evaluierung der globalen Drogenpolitik und die Suche nach Antworten für die dringendsten Frage der Zukunft. Generalsekretär Ban Ki-moon hat angesichts dieser seltenen und wichtigen Gelegenheit die Mitgliedstaaten dazu aufgefordert, im Rahmen von UNGASS 2016 eine „offene und weit reichende Debatte zu führen, die alle Optionen berücksichtigt“.

UNGASS-Vorbereitungen

Die ersten vorbereitenden Diskussionen für UNGASS waren von Meinungsverschiedenheiten über viele Verfahrensfragen befrachtet. Dazu gehörte vor allem die Frage, bis zu welchem Grad die in Wien ansässige *UN Commission on Narcotic Drugs* (CND) den Prozess leiten soll und wie die richtige Balance zwischen Wien, Genf und New York aussieht, wie man alle relevanten UNO-Organisationen, die Wissenschaft und die Zivilgesellschaft einbeziehen kann und vor allem, wie offen die Debatte sein soll. Diese Verfahrensfragen reflektierten in Wirklichkeit tiefe politische Spaltungen. Es ging eigentlich darum, ob im Rahmen von UNGASS nur diskutiert werden soll, das bestehende Instrumentarium konsequenter anzuwenden, oder ob UNGASS eine Gelegenheit sein soll, die bestehende globale Strategie zur Drogenkontrolle in Frage zu stellen, möglicherweise sogar ihr Fundament, die drei UNO-Drogenkonventionen.

Der vielzitierte Wiener Konsens wird schwächer und die Positionen mancher Länder in wachsendem Maße unvereinbar. Eine zunehmende Anzahl von Ländern glaubt heute, dass der hergebrachte, repressive Null-Toleranz-Ansatz nicht funktioniert und zu desaströsen Konse-

quenzen im Bereich der Menschenrechte, der öffentlichen Gesundheit, der Bürger-sicherheit und der nachhaltigen Entwicklung geführt hat.

Einige Länder glaubten nicht, dass eine offene und umfassende Debatte darüber unter der Führung der in Wien ansässigen UNO-Organisationen (CND, UNODC und INCB) möglich sei, die sich über die Jahrzehnte den Ruf erworben hatten, eher für konservative Positionen zu stehen. Außerdem haben wenigstens 70 UNO-Mitglieder keine permanente Vertretung in Wien und es ist von daher schwieriger für sie, gleichberechtigt Einfluss zu nehmen.

UNO-Sondergeneralversammlungen sind seltene und entscheidende Momente der Politikgestaltung auf UN-Ebene und dazu da, kohärente und globale Antworten auf wichtige Probleme der internationalen Gemeinschaft zu finden. In Sachen Drogenpolitik ist das in der Vergangenheit suboptimal gelaufen. Nach einem zunächst zögernden Engagement anderer Unterorganisationen der UNO haben nun inzwischen aber auch die WHO, UNAIDS und das Entwicklungsprogramm UNDP wich-



Der Begriff *harm reduction* war bis vor wenigen Jahren verpönt. Foto: Wiener UNO-City März 2015 während der 58. CND

tige Beiträge geleistet. Das Büro des Hohen Kommissars für Menschenrechte in Genf hat einen umfassenden Bericht über Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit Politiken der Drogenkontrolle vorgelegt. Und der UN-Menschen-

⇒ von Seite 11: UNGASS 2016

rechtsrat hat im September eine zweiwöchige Fachtagung zum Thema „Die Auswirkungen des Weltrogenproblems auf die Menschenrechte“ abgehalten.

Mit der Einberufung einer *Civil Society Task Force* (CSTF), der Vertreter aus allen Weltregionen, unter anderem auch von DrogenkonsumentInnen und bäuerlicher Organisationen angehören, die so genannte Drogenpflanzen anbauen, ist auch die bisher eher schwache Vertretung der Zivilgesellschaft nun deutlich verbessert. Der Präsident der Generalversammlung wird zusammen mit dem CSTF am 10. Februar 2016 in New York einen „Stakeholder Dialog“ zur Unterstützung des UNGASS-Vorbereitungsprozesses abhalten.

Regionale Prioritäten verändern sich

Wie übrigens auch zu den ersten beiden Konferenzen (UNGASS 1990 und 1998) kam der Anstoß zu UNGASS von den Regierungen Kolumbiens und Mexikos, diesmal war auch Guatemala mit von der Partie. Eine Gruppe von ähnlich gesinnten Ländern, zu der vor allem Ecuador, Uruguay und Costa Rica gehören, formiert sich um bestimmte Positionen, und einige Aspekte werden auch von Argentinien und Bolivien unterstützt. Die Länder der Karibik waren in der Debatte lange abwesend, nicht zuletzt weil nur wenige von ihnen eine Vertretung in Wien haben. Heute gehört auch Jamaika zum Chor der Dissidenten und auf einigen weiteren Inseln hat sich die Diskussion intensiviert.

Europäisches Engagement, besonders das der EU, unterscheidet sich deutlich von dem Lateinamerikas. Darin reflektiert sich der Umstand, dass man sich in Europa von den schärfsten Klängen des repressiven Ansatzes der Drogenkontrolle fernhalten konnte und nicht das hohe Ausmaß von Gewalt, Unsicherheit und Menschenrechtsverletzungen erleben musste wie in Lateinamerika. Viele europäische Länder hatten eine pragmatische Linie mit gesundheitspolitischen Prioritäten, *harm reduction* und dem Schutz der Menschenrechte. Wenn es verschiedentlich auch in Europa ernste Probleme mit der Kriminalisierung von Drogenkonsumenten und unverhältnismäßig hohe Strafen für kleinere Drogenvergehen gibt, so haben die meisten Länder doch Distanz zur Eskalation des Drogenkriegs der 80er und 90er Jahre in

den USA, Lateinamerika und Asien bewahrt.

Auf internationaler Ebene haben europäische Regierungen insbesondere beim Diskurswechsel hin zu gesundheitspolitischen Prioritäten, *harm reduction* und Menschenrechtsprinzipien eine wichtige Führungsrolle gezeigt. Wo gemeinsame Positionen gefunden werden, kann die EU in der globalen Debatte eine starke Rolle spielen. Das galt für die Durchsetzung des Grundsatzes, dass für Subsistenzbauern zunächst ausreichend Zugang zu Lebensalternativen gesichert sein muss, bevor man sie dazu zwingt, den Anbau so genannter Drogenpflanzen aufzugeben. Die EU hat darüber hinaus Einsatz und Einheit in der Ablehnung der Todesstrafe für gewaltfreie Drogendelikte gezeigt, wenngleich hier noch kein globaler Konsens in Sicht ist.

Unglücklicherweise gibt es aber auch Felder, wo eine starke europäische Stimme bisher fehlte und wo die EU die Dringlichkeit und Bedeutung dieser UNGASS bisher nicht gesehen und anerkannt hat. Das ist ganz klar in Bezug auf den Prioritätenwechsel lateinamerikanischer Länder der Fall, die versuchen drogenbezogene Gewalt, Organisierte Kriminalität und Korruption zu reduzieren, statt Drogenlieferungen nachzujagen und kleine Drogenstraftäter zu verhaften.

Vergleichbare Prioritätenwechsel haben in Europa unter dem Banner der *harm reduction* auf der Konsumseite stattgefunden, und es hat sich gezeigt, dass sie die Zahl der Todesopfer nach Überdosierung und jene der HIV-Infektionen bedeutend reduzieren konnten.

Eine Politik der *harm reduction* ist auch auf der Angebotsseite nötig. „Super Puma“ der Diablos Rojos, Fuerza de Tarea Aerea, Bolivien werden nicht bis 2019 „eliminiert oder bedeutend reduziert sein“, wie es eine „Politische Deklaration und Aktionsplan“ des UNODC von 2009 proklamiert, und es ist Zeit, die Illusion einer drogenfreien Welt aufzugeben. Aber das Niveau der Gewalt auf den illegalen Märkten, Organisierte

Kriminalität, Unsicherheit und Korruption können vielleicht bedeutend reduziert werden.

Cannabis-Politik und UN-Verträge

Ein weiteres Beispiel für fehlendes EU-Engagement ist die Debatte um die Entwicklungen in der globalen Cannabis-Politik. Es ist Resultat der totalen Abwesenheit einer gemeinsamen Position und von großen nationalen Unterschieden in der jeweiligen Politik. Ungeachtet der Entwicklungen auf dem amerikanischen Doppelkontinent unterstreicht die EU hierzu im Hinblick auf UNGASS nur die Notwendigkeit „eine starke und unzweifelhafte Verpflichtung auf die UN-Konventionen aufrecht zu erhalten“ und dass es in deren Rahmen „genügend Raum und Flexibilität“ gebe, „um eine große Bandbreite unterschiedlicher Ansätze unterzubringen“. Darüber hinaus genießt das Thema Drogenkontrolle angesichts der Flüchtlingskrise, der Probleme mit dem Euro und der zukünftigen Integration eine weit geringere Priorität.

Gegenüber den beiden vorangegangenen UNGASS-Konferenzen entscheidend verändert ist die Position der USA. Sie gehören nicht mehr zu den Hardlinern, sondern haben sowohl auf UN-Ebene als auch im eigenen Land erkannt, dass das



„Super Puma“ der Diablos Rojos, Fuerza de Tarea Aerea, Bolivien

übermäßige Vertrauen auf Freiheitsstrafen gescheitert ist. Im August 2013 räumte Generalbundesanwalt Eric Holder ein, dass die verpflichtenden Mindeststrafen für Drogenstraftaten „drakonisch“ seien und zu viele US-BürgerInnen ohne eine wirklich gute Begründung zu lange eingesperrt



Bolivianische Anti-Drogen Spezialkräfte

worden sind. Im Jahr 2015 begann Präsident Obama mit dem Prozess einer Begnadigung beziehungsweise Strafzeitanpassung für 6.000 Drogenstraftäter in Bundesgefängnissen.

Der Domino-Effekt von Cannabis-Regulierungen auf bundesstaatlicher Ebene schmälert die Selbstsicherheit der USA, wenn es darum geht andere Staaten dafür zu verurteilen, dass sie der Null-Toleranz-Politik nicht strikt folgen. Cannabis-Regulierungen für den Freizeitgebrauch erfolgen jenseits des Rahmens der derzeit gültigen UN-Konventionen, was die Glaubwürdigkeit Washingtons bei der Verteidigung von deren Unantastbarkeit untergräbt. Die große Frage wird sein, wie sich dies auf eine mögliche Akzeptanz Washingtons gegenüber flexiblen Ansätzen auswirkt, wie sie anderswo erprobt werden, einschließlich von Entkriminalisierung, Drückräumen, der Koka-Regulierung in Bolivien – allesamt Politik-Optionen, denen die USA sich weiterhin standhaft entgegenstellen.

UNGASS-Ergebnis: Richtungswechsel

Die letzten Jahre haben bedeutenden Wandel in der Landschaft der globalen Drogenpolitik gebracht, im Sinne eines Trends zu menschlicheren und angemesseneren Antworten, die auf gesundheitlichen, Menschenrechts- und Entwicklungsprinzipien basieren. Zu einem gewissen

Grad wird UNGASS diese Fortschritte anerkennen und damit diesen Wandel konsolidieren. Einige Länder wollen andererseits die Existenz struktureller Defizite im Hinblick auf die Kohärenz, die institutionelle Architektur und den rechtlichen Rahmen des UN-Systems offen benennen. Es sind keine einfachen Lösungen zu haben und ein Konsens wird schwer zu finden sein. Doch eine fortgesetzte Negierung der Wirklichkeit mit ihren politischen Veränderungen und den daraus resultierenden Spannungen mit dem UN-Vertragssystem wird diese nicht zum Verschwinden bringen. Vielmehr wird sie die notwendige Weiterentwicklung des UN-Drogenkontrollsystems und dessen Fähigkeit, sich den heutigen Realitäten anzupassen, behindern. In diesem Sinne könnte es nützlich sein, würde UNGASS zur Einrichtung einer beratenden Expertengruppe führen, um verschiedene Szenarien für eine Weiterentwicklung des Systems in der Zukunft zu durchdenken.

Da sich die Verhandlungen in Wien nun der Endphase nähern und den Schwerpunkt auf die Formulierungen des Schlussdokuments legen, kristallisieren sich einige wenige Bereiche heraus, bei denen es wahrscheinlich Fortschritte gibt. Dazu gehört der verbesserte Zugang zu kontrollierten Medikamenten – ein Gebiet, das zugunsten repressiver, vom Gesetzesvollzug geleiteter Ansätze zur Reduzierung des illegalen Drogenhandels vernachlässigt

wurde; die Anerkennung der Tatsache, dass unverhältnismäßige Strafen für Drogendelikte überdacht werden müssen; die stärkere Betonung der Menschenrechtsverpflichtungen und eine Anerkennung der Verbindung zwischen der sozio-ökonomischen Entwicklung und dem illegalen Drogenhandel.

Obwohl klar ist, dass der sogenannte Wiener Konsens auseinander bricht und es den wachsenden Wunsch nach tragfähigen Politikalternativen gibt, um den Drogenkrieg zu beenden, gibt es noch mächtige Länder und fest verwurzelte Bürokratien, die sich strikt gegen jede Reform wenden. Die Kluft zwischen den Mitgliedsstaaten, aber auch zwischen verschiedenen UN-Organisationen in dieser Frage ist zu offensichtlich, um sie noch länger zu ignorieren. UNGASS ist eine perfekte Gelegenheit zu einer ehrlichen Einschätzung der Leistungen des internationalen Drogenkontrollsystems und der Optionen für einen Kurswechsel. Es wäre naiv zu sagen, dass der Drogenkrieg vorüber ist, aber der Rückzug von den schädlichsten und repressivsten Aspekten dieses Krieges hat zweifellos begonnen. ■

Ann Fordham ist Exekutivdirektorin des *International Drug Policy Consortium (IDPC)*; Martin Jelsma ist Direktor des Programms „Drogen und Demokratie“ des *Transnational Institute*. Übersetzung aus dem Englischen: Robert Lessmann

Offenlegung gemäß §25 Mediengesetz

Herausgeber und Medieninhaber ist die Informationsgruppe Lateinamerika (IGLA). Der Verein, dessen Tätigkeit nicht auf Gewinn ausgerichtet ist, bezweckt umfassende und objektive Information über die soziale Wirklichkeit und politische Entwicklung Lateinamerikas und der Karibik sowie die Förderung der menschlichen und kulturellen Beziehungen zwischen diesem Kontinent und Österreich. Die Blattlinie entspricht diesen Zielen.

ZVR-Nr.: 278 710 314

Obmann: Ralf Leonhard

Schriftführer: Leo Gabriel

Schriftführer-Stv.: Brigitte Ghafouri-Schmidt

Kassier: Hermann Klosius

Kassier-Stv.: Cornelia Perle

DIE LINKE LATEINAMERIKAS IM ABSCHWUNG

Die internationale Wirtschaftskonjunktur hat sich mit dem starken Rückgang der Rohstoffpreise und dem nachlassenden Wachstum in China ungünstig für die (Mitte-)Links-Regierungen Südamerikas entwickelt. Und dies blieb auch nicht ohne Einfluss auf deren politische Perspektiven. Der folgende Beitrag beleuchtet drei Schlüsselereignisse in Argentinien, Brasilien und Venezuela, die Ende letzten Jahres ein Schlaglicht auf die Erosion der sozialen und politischen Basis der Mitte-Links-Kräfte warfen.

Von Joachim Becker

Am 22. November unterlag der Mitte-Links-Kandidat, Daniel Scioli, bei den argentinischen Präsidentschaftswahlen mit 48,6% zu 51,4% der Stimmen knapp seinem rechten Widersacher, Mauricio Macri. Es war das erste Mal in der argentinischen Geschichte, dass ein deklariertes Kandidat der argentinischen Rechten in freien Präsidentschaftswahlen siegte.

Rasanter Abstieg bei den Wahlen

Drastischer fiel die Niederlage des Chavismus bei den Parlamentswahlen in Venezuela am 6. Dezember aus. Der *Partido Socialista Unido de Venezuela* (PSUV) kam nur auf 44,1% der Stimmen gegenüber 53,1% der in der *Mesa de la Unidad Democrática* (MUD) vereinigten Rechtskräfte. Auf Grund der Besonderheiten des venezolanischen Wahlrechtes fiel die Sitzverteilung noch deutlich stärker zugunsten der massiv von den USA unterstützten Rechten aus. Sie kam unter Einbeziehung der indigenen Vertreter auf 112 Sitze, was der Zweidrittel-Mehrheit entspräche. Eine solche Mehrheit würde der Rechten erhebliche Handlungsmöglichkeiten eröffnen – unter anderem auch die Möglichkeit für die Abhaltung eines Referendums zur vorzeitigen Abberufung des Staatspräsidenten, Verfassungsänderungen, Absetzungen von RichterInnen des Obersten Gerichtes. Drei der MUD – wie auch ein PSUV-Vertreter konnten allerdings ihr Mandat wegen Verdachtes von Unregelmäßigkeiten im Bundesstaat Amazonas zunächst auf richterlichen Beschluss nicht antreten.

Sowohl in Argentinien wie auch in Venezuela schnitten die (Mitte-)Links-Kräfte in den großen städtischen Zentren bei den Wahlen besonders schlecht ab.

Zwischen diesen beiden Wahlsiegen der Rechten lag zeitlich die Einleitung

eines Amtsenthebungsverfahrens gegen die brasilianische Staatspräsidentin Dilma Rousseff. Diese hatte Ende 2014 die Präsidentschaftswahlen gewonnen. Damit hatte sich die aus den gleichzeitigen Parlamentswahlen gestärkt hervorgegangene Rechte nie abgefunden. Der *Partido do Movimento Democrático Brasileiro* (PMDB), der offiziell der Regierung angehört, hat sich de facto in eine Pro-Regierungs- und eine Anti-Regierungsfraktion gespalten. Der Parlamentspräsident Eduardo Cunha, der wegen massiver Korruptionsvorwürfe unter starkem Druck steht, ist letzterer zuzurechnen. Er hat das Amtsenthebungsverfahren in Gang gesetzt. Juristisch ist die Verfahrensgrundlage dünn. Es geht politisch um eine Schwächung und Delegitimierung der Regierung. Der brasilianische Soziologe Jessé de Souza charakterisierte das Vorgehen als eine spezielle Variante eines „Putsches“. Die Rolle des Protagonisten bei der vorgeblichen „Rettung des Vaterlandes“ komme nun im Gegensatz zu früher nicht mehr dem Militär, sondern der (konservativen) Justiz zu.

Erosion der linken Modelle

Diese jüngsten Niederlagen und Rückschläge für den lateinamerikanischen *progresismo* – unter diesem Begriff lassen sich die verschiedenen regierenden Mitte-Links- und Links-Kräfte auf dem Subkontinent subsumieren – spiegeln eine Erosion seiner gesellschaftlichen und politischen Basis wider. Der *progresismo* hatte in Wahlen Mehrheiten gewinnen können, nachdem die rechten, neoliberalen Kräfte durch die schweren Krisen der (späten) 1990er und frühen 2000er Jahre desavouiert worden waren. Er hatte in den ersten Jahren seine Position konsolidieren können, da er die durch die starken Steigerungen der Rohstoffpreise erweiterten Handlungsmöglichkeiten für eine expansive

Lohn- und Sozialpolitik nutzte. Die ärmeren Mehrheiten erfuhren eine erkennbare Verbesserung ihrer materiellen Situation. Auch ihr Zugang zu sozialen Diensten und Sozialleistungen besserte sich vielfach.

Doch mit dem starken Rückgang der Rohstoffpreise schwanden auch die vorteilhaften externen Bedingungen. Die Importkapazität ging zurück. Löhne konnten nicht mehr wie zuvor steigen. Teilweise sind die Budgets hochgradig durch Einnahmen aus dem Rohstoffsektor finanziert. Einen Extremfall stellt hierbei die Abhängigkeit des venezolanischen Staatshaushalts von Öleinnahmen dar. Die Einnahmesituation der Staaten verschlechterte sich, im venezolanischen Fall dramatisch, mit entsprechenden Folgen für Sozialausgaben.

Das wirtschaftliche und soziale Modell der Mitte-Links- und Linksregierungen hat sich als zu abhängig von der Rohstoffkonjunktur erwiesen. Sie haben sich nicht energisch genug auf die systematische Diversifizierung der Wirtschaftsstrukturen und den Abbau von externen Verwundbarkeiten konzentriert. Teils fehlten entsprechende Strategien sogar überhaupt. Je enger und einseitiger die Orientierung auf einzelne Rohstoffexporte ist, umso größer ist auch die Abhängigkeit von und die Verwundbarkeit gegenüber der Rohstoffkonjunktur. Auch hier ist Venezuela ein Extremfall.

Konzeptionslose bis kontra-produktive Reaktionen

Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die in Reaktion auf die verschlechterte internationale Konjunktur ergriffen wurden, haben nicht zuletzt auch die soziale Basis des *progresismo* negativ getroffen. So hat in Brasilien Dilma Rousseff dem Druck der großen Konzerne und Finanzgruppen nachgegeben und die bereits sehr hohen Zinsen weiter erhöht und Austeritätsmaßnahmen ergriffen. Das war das Gegenteil ihrer Wahlversprechungen. Die Austeritätspolitik hat die brasilianische Wirtschaft auf Rezessionskurs gesetzt. Die sozialen Besserungen erodieren wieder.

In Argentinien und Venezuela führten die Regierungen Devisenkontrollen gegen die grassierende Kapitalflucht ein. Im Fall Argentiniens dienten sie auch zur Überbrückung eher temporärer außenwirt-

schaftlicher Engpässe. Im Prinzip war das eine sinnvolle Maßnahme. Allerdings war die administrative Umsetzung alles andere als glücklich. In beiden Ländern genießen Importwaren in breiten Bevölkerungskreisen besondere Wertschätzung.

Die venezolanische Ökonomie ist extrem importabhängig. Venezolanische Geschäftskreise haben Versorgungsengpässe bewusst verschärft. Dies ruft Erinnerungen an die Taktiken der chilenischen Rechten gegen die gewählte Linksregierung in Chile in den frühen 1970er Jahren wach – auch dort wurden Güter gezielt gehortet, um die Versorgungslage zu verschlechtern und die *Unidad Popular* zu diskreditieren.

In Argentinien hatte bereits unter der letzten Kirchner-Regierung erneut eine informelle Dollarisierung – beispielsweise bei Transaktionen auf dem Immobilienmarkt – eingesetzt. Freier Zugang zu US-Dollars war ein zentrales Anliegen der argentinischen Mittelschichten, die – angesichts der zahlreichen Finanzkrisen – wenig Vertrauen in die heimische Währung haben.

Scharfe Verteilungskonflikte

Die scharfen Verteilungskonflikte heizen – speziell in Venezuela und Argentinien – die Inflation an. Im Fall Venezuela erreichte die Inflationsrate über 200%. Obwohl die chavistische Regierung Maßnahmen zum Schutz der ArbeiterInnen ergriffen hatte, wurden gerade die ärmsten Bevölkerungsgruppen von den starken Preissteigerungen hart getroffen.

Wie der brasilianische Journalist Gilberto Maringoni hervorhebt, hat die jüngste Verschlechterung von Lebensbedingungen dazu geführt, dass sich ein Teil der WählerInnen von den Linkskräften abgewandt hat. Dies hat es der Rechten ermöglicht, Bevölkerungsgruppen über ihre Kernbasis aus Bürgertum und gehobener Mittelschicht hinaus zu erreichen. Diese traditionellen Stützen der Rechten sind massiv gegen die (ziemlich moderate) Umverteilungspolitik des *progresismo* eingestellt und zeigen sich über die Minderung der sozialen Distanz zwischen Reich und Arm tief verstört.

Der konfrontative Stil der Regierungen in Venezuela und Argentinien hat sich als eher kontraproduktiv herausgestellt. Allerdings ist hierbei auch zu sehen, dass im venezolanischen Fall die Rechte extrem aggressiv agiert und in der Vergangenheit auch auf putschistische Praktiken zurückgegriffen hat.

Zurück zum Exportmodell und Freihandel

Die Konsequenzen der jüngsten Rückschläge und Niederlagen des *progresismo* differieren von Land zu Land etwas. In Brasilien zeichnet sich eine Lähmung der Regierung ab, eine Amtsenthebung von Dilma Rousseff erscheint derzeit allerdings als ziemlich unwahrscheinlich. Auf den verhärteten Kurs der Rechten hat die brasilianische Präsidentin mit einer vorsichtigen Wiederannäherung an ihre eigene soziale Basis reagiert. Der neoliberale, dem Finanzsektor nahestehende Finanzminister Joaquim Levy wurde durch den eher entwicklungskeynesianisch orientierten Nelson Barbosa ersetzt. Auch die Mindestlöhne wurden zum Jahreswechsel erhöht.

Im Fall von Venezuela und Argentinien sind instabile Formen der Doppelmacht zu erwarten: In Venezuela steht dem linken Präsidenten eine rechte Parlamentsmehrheit gegenüber, während in Argentinien der rechte Präsident ohne eigene Parlamentsmehrheit ist. In Venezuela ist ein offener institutioneller Konflikt bereits im Gange. Die MUD hat direkt nach den Wahlen deutlich gemacht, dass sie in „einer relativ kurzen Zeit“ einen „Regierungswechsel“ anstrebt. Der Kampf um die Staatsmacht wird in Venezuela alle anderen Fragen überschatten.

In Argentinien nutzt der neu gewählte Präsident Mauricio Macri seine Handlungsspielräume offensiv aus. Er setzt extensiv Dekrete ein, um das Parlament zu umgehen. Die Zusammensetzung seiner außenpolitisch stark US-orientierten Regierung zeigt deutlich an, welche Interessen für sie handlungsleitend sind. „Shell, General Motors, IBM, J.P. Morgan, Deutsche Bank, Lan – die Liste der Unternehmen, aus denen die meisten Minister und leitenden Mitarbeiter Macris kommen, liest sich wie ein ‚Who is Who‘ der Wirtschaft“, jubilierte die Frankfurter Allgemeine Zeitung.

Die Regierung Macri bricht mit der Politik der industriellen Imports substitution des Kirchnerismus. Ihre ersten Maßnahmen – wie die Abschaffung der meisten Exportsteuern – kommen besonders den großen Agro-Exporteuren zu Gute. Um die Abschaffung der Kapitalverkehrskontrollen, mit denen eine starke Abwertung einherging, ökonomisch durchhalten zu können, verschuldete sie sich im Ausland. Im Konflikt um die Auslandsschulden kommt sie den sogenannten „Geierfonds“, die sich nicht an der schuldenmindernden Umschuldung beteiligt und stattdessen mit Erfolg vor einem US-Gericht geklagt haben, entgegen. Dies stellt aber auch die Schuldenminderung, die der Kirchnerismus ausgehandelt hatte, in Frage. Während die



Die Kampagne der Linken, Macris Wahl zu verhindern, scheiterte.

Regierung Macri sich in der Wirtschaftspolitik auf das traditionelle Agro-Exportmodell und eine Freihandelspolitik orientiert, hat sie sich in sozialpolitischen Fragen eher zurückgehalten. Hier ist weniger ein direkter Rückbau als eine zunehmende Privatisierung zu erwarten.

Die ersten Schritte der Regierung Macri deuten an, in welche Richtung die lateinamerikanische Rechte gehen will. Für die lateinamerikanische Linke ist die Frage, welche neuen Antworten sie auf die konservativ-liberale Offensive findet und wie weit sie in der Lage ist, ihrer Regierungspolitik eine veränderte Ausrichtung zu geben. ■

Dr. Joachim Becker ist a.o. Professor an der Wirtschaftsuniversität in Wien und Mitherausgeber von W&E. Abdruck mit freundlicher Genehmigung von Weltwirtschaft & Entwicklung (www.weltwirtschaft-und-entwicklung.org)

NEUE KRÄFTEVERHÄLTNISSE IN VENEZUELA

Erstmals seit dem Beginn der „bolivarianischen Revolution“ gelang der Opposition ein durchschlagender Wahlerfolg. Bei den Parlamentswahlen am 6. Dezember 2015 erreichten die GegnerInnen von Präsident Nicolás Maduro eine Zweidrittelmehrheit. Unklar ist bisher, ob sie damit die maximalen Befugnisse der Nationalversammlung tatsächlich ausschöpfen können. Denn das Oberste Gericht suspendierte drei oppositionelle Mandate und ein chavistisches Mandat aus dem Bundesstaat Amazonas wegen mutmaßlichen Stimmenkaufs. Weitere Konflikte zwischen Regierung und Opposition sind vorprogrammiert.

Von Tobias Lambert

Das neue Jahr begann in Venezuela mit tief greifenden politischen Veränderungen. Erstmals seit dem Amtsantritt des ehemaligen Präsidenten Hugo Chávez (1999 bis 2013) verfügen dessen AnhängerInnen nicht mehr über die Mehrheit im Parlament. Die turbulente konstituierende Sitzung der neuen Nationalversammlung am 5. Jänner ließ erahnen, dass dem Land unruhige Zeiten bevorstehen. Aus Protest gegen eine vermeintliche Verletzung der Geschäftsordnung verließen die chavistischen Abgeordneten geschlossen den Sitzungssaal – der oppositionelle Abgeordnete Julio Borges hatte geplante Gesetzesvorhaben vorgestellt, obwohl der erste Sitzungstag eigentlich ausschließlich der Verteidigung der ParlamentarierInnen vorbehalten ist. Die Opposition lud VertreterInnen der US-Botschaft in Caracas ein und ließ die Konterfeis von Simón Bolívar und Chávez abhängen. „Bringt das Zeug nach Miraflores“ [dem Präsidentenpalast], rief der neue Parlamentspräsident Henry Ramos Allup,

„oder seinen Töchtern und Witwen“. Der langgediente Politiker der früheren sozialdemokratischen Regierungspartei *Acción Democrática* ließ keinen Zweifel daran, dass dies aus seiner Sicht erst der Anfang war. „Innerhalb von sechs Monaten“ wolle er „die Regierung auf verfassungsgemäße Art austauschen“.

Bei den Parlamentswahlen am 6. Dezember hatten die RegierungsgegnerInnen in dem gesellschaftlich stark polarisierten Land einen historischen Triumph eingefahren. Bei einer hohen Wahlbeteiligung von knapp 75 Prozent gewann das Oppositionsbündnis Tisch der demokratischen Einheit (MUD) 112 der insgesamt 167 Parlamentssitze – ein Mandat mehr als für die Zweidrittelmehrheit erforderlich. Die regierende Vereinte Sozialistische Partei Venezuelas (PSUV) und ihre kleineren Verbündeten erreichten nur noch 55 Abgeordnete. Mit insgesamt 7,7 Millionen Stimmen (56,5 Prozent) erzielte die Opposition das beste Ergebnis ihrer Geschichte, lag allerdings nur knapp über ihrem Er-

gebnis bei der Präsidentschaftswahl 2013. Sie überflügelte die PSUV, für die nur gut 5,6 Millionen Menschen (41 Prozent) stimmten, sogar in zahlreichen ihrer bisherigen Hochburgen.

Unklar war bis zuletzt jedoch, ob die Opposition die umfangreichen Gestaltungsmöglichkeiten der Zweidrittelmehrheit (siehe Kasten) tatsächlich ausspielen kann. Die Wahlkammer des Obersten Gerichts (TSJ) suspendierte Ende Dezember zunächst drei oppositionelle Abgeordnete und ein chavistisches Mandat aus dem Bundesstaat Amazonas wegen mutmaßlichen Stimmenkaufs. Damit nahm das Gericht die Beschwerde einer chavistischen Ex-Kandidatin an. Sollte das TSJ zu dem Ergebnis kommen, dass tatsächlich Stimmen gekauft wurden, könnte die Wahl im Staat Amazonas wiederholt werden. Die Opposition kündigte umgehend an, die Suspendierung zu ignorieren und verteidigte die drei betroffenen Abgeordneten einen Tag nach der offiziellen Konstituierung des Parlaments. Auch wenn sie dies nach einem Urteil des Höchstgerichts wieder zurücknahm, befanden sich damit zwei politische Gewalten Venezuelas in offenem Konflikt.

Prekäre Einheit der Opposition

Jenseits ihres jetzigen Wahlerfolges steht die Opposition intern vor immensen Herausforderungen. Die über 20 Parteien des MUD, die ideologisch von rechtsaußen bis sozialdemokratisch reichen, einte bis-

DIE BEFUGNISSE DES PARLAMENTS

Die venezolanische Nationalversammlung ist ein Einkammerparlament, in dem zwischen drei verschiedenen Mehrheiten unterschieden wird.

Die einfache Mehrheit von 84 Stimmen reicht aus, um zum Beispiel den Staatshaushalt zu verabschieden, den/die Parlamentspräsident/in zu bestimmen sowie einfache Gesetze und eine Amnestie zu beschließen.

Mit einer Dreifünftelmehrheit von 100 Stimmen können die Abgeordneten zweimal pro Wahlperiode den/die Vizepräsident/in absetzen oder dem Präsidenten/der Präsidentin gesetzgeberische Vollmachten erteilen.

Die Zweidrittelmehrheit von 111 Stimmen ermöglicht es den Abgeordneten, die Mitglieder der anderen Gewalten des Staates wie die der Wahlbehörde oder des Obersten Gerichts zu wählen, Referenden anzusetzen oder eine Verfassungsreform einzuleiten, über die dann die Bevölkerung abstimmen müsste. Mit Billigung des Obersten Gerichtes (TSJ) könnte die Nationalversammlung zudem die Mitglieder der Wahlbehörde und der Bürgergewalt, die der Kontrolle der öffentlichen Verwaltung dient, abwählen. Beide Organe fungieren laut Verfassung neben Exekutive, Legislative und Judikative als eigenständige staatliche Gewalten. Gemeinsam mit der Bürgergewalt könnten wiederum die Richter des

Obersten Gerichtes abberufen werden. Der Präsident hat kein Vetorecht, sondern kann die Gesetzgebung allenfalls verzögern, indem er das Parlament um Nachbesserungen bittet. Das Oberste Gericht kann Gesetze jedoch aufheben, wenn es zu der Ansicht kommt, dass sie gegen die Verfassung verstoßen. Als Korrektiv der Nationalversammlung sieht die bolivarianische Verfassung aber auch direktdemokratische Elemente vor. So könnten der Staatspräsident oder zehn Prozent der eingeschriebenen WählerInnen ein Referendum über die Aufhebung von Gesetzen erzwingen. Für festgelegte Bereiche wie den Staatshaushalt, Steuererhebung, Amnestie, Menschenrechte oder internationale Verträge ist dies allerdings nicht möglich.

Tobias Lambert

her ausschließlich die Ablehnung des chavistischen Projektes. Nach dem Tod von Hugo Chávez im März 2013 waren innerhalb der Opposition Spannungen über die einzuschlagende Strategie hervorgetreten. Während der Flügel um Ex-Präsidentenchaftskandidat Henrique Capriles auf einen Wandel durch Wahlen setzte, warb der radikale Flügel im Februar 2014 unter dem Slogan *la salida* (der Ausgang) aggressiv für den Sturz der Regierung. Gewalttätige Proteste führten zu 43 Toten, darunter Oppositionelle, ChavistInnen, Polizisten und Militärs. Die Regierung machte für die Gewalt vor allem Leopoldo López verantwortlich. Der Koordinator der Partei *Voluntad Popular*, die im neuen Parlament als viertgrößte Oppositionspartei 15 Abgeordnete stellt, sitzt seit knapp zwei Jahren in Haft. Im vergangenen September wurde er wegen Aufhetzung zur Gewalt, Beschädigung von Privateigentum, Brandstiftung und Bildung einer kriminellen Vereinigung in einem umstrittenen Verfahren zu 13 Jahren und neun Monaten Gefängnis verurteilt.

Mit dem jetzigen Wahlerfolg scheint sich also die Strategie von Capriles durchgesetzt zu haben. Doch war es López' Ehefrau Lilian Tintori, die unablässig durch die Welt tourte, um Venezuela als Diktatur zu brandmarken und politische Unterstützung außerhalb des Landes zu erreichen. Mit Erfolg: Zahlreiche SpitzenpolitikerInnen und sogar der Papst empfangen die ehemalige Kite-Surferin, Fernsehmoderatorin und Reality Show-Teilnehmerin. López, dessen Partei innerhalb des MUD nicht gerade den Ruf genießt, sich übermäßig um die Einheit verdient zu machen, inszeniert sich derweil als Star und Märtyrer.

Wie aus den unterschiedlichen Haltungen und Egos innerhalb des MUD eine funktionierende politische Arbeit erwachsen soll, muss sich erst noch erweisen. Oberste Priorität hat ein Amnestiegesetz für alle von der Opposition als politische Gefangene bezeichnete Personen, darunter López. Laut Henrique Capriles besteht die wichtigste Aufgabe darüber hinaus darin, Venezuela aus der Krise zu führen. „Ich weiß, dass es viele Themen gibt“, so der amtierende Gouverneur des nördlichen Bundesstaates Miranda nach der Parlamentswahl, „aber die Hauptsorge der Venezolaner ist ihre Wirtschaft“.

Präsident Maduro teilt diese Sorge, sieht die schwierige Wirtschaftslage aber vor allem Interventionen von außen ge-



Foto: Ralf Leonhard

Werden in Venezuela demnächst auch die diversen Freiheitshelden „abmontiert“?

schuldet. Es habe „der Wirtschaftskrieg gewonnen“, betonte er in seiner Ansprache am Wahlabend, „eine Strategie, um das kollektive Vertrauen im Land zu verletzen.“ Die Regierung beschuldigt die Privatunternehmen, gezielt Waren zurückzuhalten oder mit enormen Profiten aus dem Land zu schmuggeln.

Wirtschaft im Sinkflug

Maduro vermied es erneut, eigene Versäumnisse für die tiefgreifende Krise zu benennen, die sich seit Chávez' Tod stetig verschärft hat. 2015 lag die Inflationsrate bei über 200 Prozent. Das System der festgelegten Wechselkurse und Devisenkontrollen, das 2003 eingeführt wurde, um Kapitalflucht zu unterbinden, ist völlig aus den Fugen geraten. Je nach Zweck des Devisentausches gibt es offiziell drei unterschiedliche Wechselkurse zwischen 6,3 und 200 Bolívars. Auf dem Schwarzmarkt werden für einen US-Dollar bereits über 800 Bolívars gezahlt. Viele Produkte des täglichen Bedarfs sind nicht erhältlich, vor den Geschäften bilden sich regelmäßig lange Schlangen. Laut den privaten UnternehmerInnen liegt dies vor allem an den staatlich festgelegten Preisen für einige Produkte und der Devisenknappheit. Mittlerweile ist es wesentlich lukrativer, sich kleinen und großen illegalen Devisengeschäften zu widmen oder staatlich subventionierte Lebensmittel unter der Hand weiter zu verkaufen, als regulär arbeiten zu gehen.

Hinzu kommt, dass die von Chávez anfangs anvisierte Diversifizierung der Wirtschaft und Ankurbelung der heimischen Produktion gescheitert sind. Die venezolanische Wirtschaft hängt nach wie vor völlig vom Erdölexport ab, aus dessen Einnahmen die umfangreichen Sozialprogramme finanziert werden. Der Preis für die wichtigste venezolanische Devisenquelle befindet sich allerdings im freien Fall. Erbrachte ein Barrel Erdöl (159 Liter) im Jahr 2014 noch durchschnittlich 88 US-Dollar, sank der Weltmarktpreis im Jänner 2016 unter 30 Dollar.

Das wichtigste Ziel der Regierung ist es, die Sozialprogramme trotz der gefallen Erdölpreise aufrecht zu erhalten. Bisher beschränkt sich Maduros Krisenpolitik vor allem auf Ankündigungen, denen kaum Taten folgen. Das zeigt sich beispielsweise in der geplanten Debatte über die Beendigung der Benzinsubventionen, die das Land jährlich bis zu 15 Milliarden US-Dollar kosten. Passiert ist seitdem nichts. Ebenso erging es dem Kampf gegen Korruption, den sich Maduro bereits in seinem ersten Amtsjahr auf die Fahnen geschrieben hatte. Drängende Themen wie das Ende der Benzinsubventionen oder eine grundlegende Neuordnung der Devisenpolitik erfordern allerdings umfassende politische Maßnahmen, um die Folgen für die ärmere Bevölkerung gering zu halten. Aus der vertrackten Situation können also nur ein breiter gesellschaftlicher Konsens und ein tragfähiges politisches Kon-

⇒ von Seite 17: VENEZUELA

zept führen. Doch da die Regierung mit dem Rücken zur Wand steht, wird genau das immer schwieriger umzusetzen sein.

Zwischen Neubeginn und Machtverlust

Andererseits bietet die klare Wahlnerdelage auch Chancen auf Veränderungen. Maduro forderte eine „kritische und selbstkritische und handlungsorientierte Debatte“ und bildete seine Regierung zunächst teilweise um. In den kommenden drei Jahren sollen der „Wirtschaftskrieg“ und der Aufbau einer produktiven Ökonomie im Zentrum der Politik stehen. In den wirtschaftspolitischen Ressorts sind nun Repräsentanten verschiedener Parteiflügel vertreten. An der chavistischen Basis und bei den verbündeten Parteien ist Maduros Führungsstil indes längst nicht mehr unumstritten. Debatten darüber, wie die Revolution und ihre Errungenschaften gerettet werden können, sind bereits in vollem Gange. Noch ist völlig offen, ob die Mobilisierungsfähigkeit der chavistischen Basisbewegungen weiter abnehmen wird oder das neue politische Kräfteverhältnis dazu führt, dass sie wieder aktiver werden. Angesichts der beginnenden Diskussionen erinnerte Maduro eindringlich an Chávez' letzten öffentlichen Auftritt vor drei Jahren. Damals hatte dieser ihn nicht nur im Falle seines Todes als Nachfolger bestimmt, sondern auch zur politischen Einheit gemahnt.

Viel Zeit, das einst unerschütterliche Vertrauen in den regierenden Chavismus wieder zu gewinnen, bleibt Maduro nicht. Laut Verfassung könnte die Opposition nach der Hälfte seiner Amtszeit, also ab kommendem April, Unterschriften für ein Abwahlreferendum sammeln. Die dafür notwendigen 20 Prozent der eingeschriebenen WählerInnen dürften reine Formsache sein. Damit die Abwahl gelingt, müsste allerdings nicht nur die Mehrheit dafür votieren. Ebenso müsste die Anzahl der Stimmen höher ausfallen als die 7,6 Millionen, mit denen Maduro 2013 in den Präsidentenpalast gewählt worden war. Auch das ist nach jetzigem Stand nicht mehr ausgeschlossen. Der Präsident selbst zeigt sich kämpferisch. Im Falle eines Abwahlreferendums werde er auf die Straße gehen, um „eine neue und machtvolle Mehrheit aufzubauen“. ■

PARLAMENT ÜBERPRÜFT LANDENTZEIGNUNGEN

Kleinbauern und Kommunen fürchten um ihre Landrechte. Der Agrarminister schloss die Rückgabe des Staatsbetriebes *Agropatria* an die alten Eigentümer aus.

Von Eva Haule

Die Nationalversammlung Venezuelas wird die unter der sozialistischen Regierung seit 1999 durchgeführten Verstaatlichungen von Ländereien und Betrieben untersuchen. Die Finanzkommission solle deren Produktivität „vor und nach der Enteignung“ ermitteln, heißt es in der Entschließung vom 27. Jänner, die das Oppositionsbündnis „Tisch der Demokratischen Einheit“ (MUD) mit seiner Mehrheit angenommen hat. Außerdem wurden die zuständigen Minister für Landwirtschaft und Fischerei zu Befragungen einbestellt.

Bei den Betrieben geht es zunächst vor allem um das staatliche Landwirtschaftsunternehmen *Agropatria*, das aus dem 2010 enteigneten spanischen *Agroisleña* hervorging und dem Landwirtschaftsministerium unterstellt wurde. Dem transnationalen Unternehmen war damals unter anderem der Verstoß gegen Umweltrichtlinien, die Hortung von Samen zu Spekulationszwecken und der illegale Verkauf von Düngemitteln vorgeworfen worden. Er habe wie ein Oligopol funktioniert, was in der Verfassung ausdrücklich verboten ist.

Agropatria vergibt unter anderem Kredite und verkauft Samen und Düngemittel zu günstigen Preisen an Kleinbauern. Der Staatsbetrieb steht jedoch seit langem in der Kritik, da er nicht in der Lage war, die von der Regierung geplante Agrarproduktion in Gang zu bringen. Trotz umfangreicher staatlicher Förderung von heimischer Herstellung importiert Venezuela noch immer den Großteil seiner Nahrungsmittel. Bauernorganisationen hatten zudem immer wieder den Bürokratismus, die Korruption und illegale Geschäfte in dem Unternehmen angeprangert. Auch fehle die Abnahmegarantie staatlicher Märkte für die Produkte der Kleinbauern, so dass sie mit Großanbietern konkurrieren müssen.

Der Minister für Agrarproduktion und Ländereien, Wilmar Castro Soteldo, hat eine Rückgabe von *Agropatria* an die früheren Eigentümer ausgeschlossen.

Das 2001 in Kraft getretene Landgesetz beschränkt in Venezuela den Großgrund-

besitz. Der Staat kann seitdem ungenutzte Böden übernehmen. Nach offiziellen Angaben wurden bislang rund fünf Millionen Hektar Agrarfläche enteignet und für die landwirtschaftliche Produktion nutzbar gemacht. Diese Ländereien haben Kleinbauern übernommen oder wurden in Gemeinschaftsflächen umgewandelt, die Genossenschaften, kommunale Räte oder Kommunen verwalten und für den lokalen und regionalen Verbrauch produzieren. Auch sie sollen nun einer Überprüfung unterzogen werden.

In einem Brief haben sich Kommunen aus dem Bundesstaat Lara jetzt an die Öffentlichkeit und an Präsident Nicolás Maduro gewandt und die Befürchtung geäußert, dass ihre Landrechte widerrufen werden. Mit dem Parlamentsbeschluss hätten „die noch immer von ihrem Sieg am 6. Dezember betrunkenen Bourgeois ohne Scheu ihre Zähne gezeigt, um sie ins Volk zu schlagen“. Sie verwiesen auf kürzlich erhobene Forderungen des Gouverneurs von Lara, Henri Falcón, die enteigneten Betriebe und Plantagen „an die früheren Besitzer zurückzugeben“, da sie nicht produktiv seien. Falcón hatte besonders der sozialistischen Kommune *El Maizal* in der Vergangenheit wiederholt vorgeworfen, sie produziere nichts. Diese Kommune bewirtschaftet seit 2009 gemeinschaftlich 2.237 Hektar enteignetes Land in den Bundesstaaten Lara und Portuguesa. 22 Kommunale Räte mit 7.500 Männern und Frauen bauen vor allem Mais und Café sowie Hülsenfrüchte und Gemüse an.

Die Kommunen rufen in ihrem Brief die Regierung auf, sie zu unterstützen und weisen auf die Erfolge ihrer fünf Fabriken sowie u.a. auf den Bau von 205 Häusern und zwei Schulen hin. Zugleich kritisieren sie den von Maduro neu gebildeten Nationalen Rat für Produktive Wirtschaft, an dem nationale und regionale Regierungsvertreter – unter ihnen auch Falcón – sowie Privatunternehmer beteiligt sind. Mit diesen Unternehmern sei kein Dialog möglich, die große Mehrheit trage nicht zur Produktion bei, sondern sei nur auf Vorzugsdollars aus, „um Produkte zu importieren, von denen sie die Hälfte zu Schwarzmarktpreisen verkaufen und die andere Hälfte nach Kolumbien schmuggeln“. Die Regierung solle stattdessen die Beratung und Planung für eine produktive Wirtschaft mit der organisierten Bevölkerung angehen, heißt es in dem Brief weiter.

Übernommen von www.amerika21.de

„EIN VON SEINEN BESITZERN DIREKT VERWALTETES LAND“

Es sollte eigentlich niemanden überraschen: Der erste Monat des neuen Präsidenten Mauricio Macri im Amt hat die Prognosen der unabhängigen Beobachter voll bestätigt, wie kürzlich die oppositionelle Zeitung Pagina/12 zusammenfasste: Nach einer von wenigen Perioden einer von den „Besitzern des Landes“ weitgehend unabhängigen Regierung ist die Staatsgewalt nun wieder direkt in deren Händen gelandet und wird ungeschminkt in ihrem unmittelbaren Interesse ausgeübt.

Die Zusammensetzung der neuen Regierung lässt darüber wenig Zweifel. So wurde der langjährige Argentinien-Chef von Shell Energieminister, und sonstige Minister- und andere Posten wie der des Zentralbankchefs sind fast durchgehend von Leuten besetzt, die die mächtigsten Unternehmen des Landes, insbesondere hier ansässige Multis und Banken, der Regierung „geliehen“ haben. Die Liste – Shell, GM, IBM, JP Morgan, Deutsche Bank, die argentinische Multinationale Techint etc. – liest sich wie ein „Who’s who“ der Wirtschaft. Der neuen Außenministerin und anderen werden Beziehungen zur CIA nachgesagt.

Was die ersten Maßnahmen des Macri-Teams betrifft, so ist die Richtung ebenfalls unzweideutig. Die krasse Peso-Abwertung fördert Agrarexporte, auf denen nunmehr auch viel weniger Exportsteuern lasten, und bringt eine Umverteilung der Einkommen zugunsten der Reichen; Importe wurden liberalisiert, Subventionen für Strom, Gas, Transporte etc. gekürzt und über 10.000 Beamte zum Teil aus politischen Gründen gefeuert; der Erdölsektor wird wieder kurzfristigen Profitkriterien unterworfen und das Land strebt nach neuen ausländischen Krediten und Investitionen. Macri-freundliche Medien werden begünstigt, die staatlichen unter Regierungskontrolle gestellt, was die Meinungsvielfalt einschränkt; regiert wird vielfach mit verfassungsrechtlich fragwürdigen Dekreten. Außenpolitisch geht es in Richtung Annäherung an die USA, mit denen die Beziehungen angespannt waren, bei gleichzeitiger Distanzierung von Venezuela und Kuba.

In historischer Perspektive ist der Rechtsruck nur im alten Gegensatz zu verstehen, der seit jeher die chronische Instabilität des Landes und seinen wirtschaftspolitischen Zickzackkurs erklärt: die extrovertierte, allzu große und übermächtige Hauptstadt, die auf ausländische Investitionen und Kredite, Agrarexporte und

dien inner- und außerhalb des Landes erfreulich sein mag, so war doch die drastische Abwertung des Pesos angesichts der wachsenden Divergenz zwischen offiziellem und Schwarzmarktkurs kaum vermeidbar und könnte neben negativen auch positive Folgen haben, wenn geeignete Begleitmaßnahmen dem damit verbundenen Inflationsschub Einhalt gebieten und die zuletzt durch die zu schnell gestiegenen Binnenkosten gebremste Produktion von Industriegütern und deren Exporte wieder fördern. Auf anderen Gebieten können liberale Maßnahmen wie der Abbau riesiger Subventionen und mancher Bürokratien sinnvoll sein, wenn auch nicht in der an die 90er Jahre erinnernden Form, und eine Reform der manipulierten offiziellen Statistiken ist sicher zu begrüßen, sofern sie wirklich stattfindet.

Die große Frage ist nun, wie schnell und brutal die

neue Regierung die Interessen der Mehrheiten ernsthaft beeinträchtigen wird, was wohl die mächtigen Gewerkschaften auf den Plan rufen würde, und ob die neue Opposition eine kohärente Strategie formuliert, um die ärgsten Auswüchse zu bremsen und einen Weg zur Rückkehr an die Macht zu finden. Selbstkritik war nie die Stärke der politischen Kräfte des Landes, sondern eher Bruderzwist und persönliche Fehden.

Der Peronismus wird wohl weiterhin die bestimmende Kraft bleiben, hat jedoch eine Regeneration nötig, um seine Wunden zu heilen und wieder zu einer einigermaßen geeinten Bewegung zu werden, die dem Macri-Team erfolgreich die Stirn bieten kann. Im Kongress und in den Provinzen ist er weiterhin stark vertreten. Mitentscheidend wird künftig sein, ob und wie sich die andere früher große Partei der „Radikalen“, die Macri zur Macht verholten hat, aber historisch das politische Zentrum vertritt, von dessen Exzessen distanziert und sich auf ihre Traditionen wie die ihres sozialdemokratischen Präsidenten Alfonsín (1983-89) besinnt. ■

Von Viktor Sukup



Mauricio Macri feiert den Wahlsieg

Konsumgüterimporte setzt, gegen das mehr auf Industrialisierung und Binnenmarkt orientierte Landesinnere; also die ewige Dichotomie zwischen „Unitariern“ und „Föderalisten“, ja „Zivilisation oder Barbarei“ in der Sicht einstiger Präsidenten wie Mitre, Sarmiento und Roca. Nur selten hat die „liberale“, aber oft Militärputsche ermunternde Oligarchie von Buenos Aires nichtkonforme Regierungen toleriert, diese aber möglichst bald wieder beseitigt, ob die „Radikalen“ Yrigoyens (1916–30), Perón oder jetzt die Kirchners, diesmal freilich mittels freier Wahlen, weil die neuen Zeiten nicht mehr die – anachronistisch gewordenen – offenen Diktaturen zulassen. Aber im Lauf der Jahrzehnte, insbesondere seit der letzten Diktatur (1976-83), ist der argentinische Kapitalismus immer mehr spekulativ und auf Pfründe konzentriert und immer weniger produktiv geworden. Macri, Sohn eines insbesondere bei den korruptionsträchtigen Privatisierungen der 90er Jahre reich gewordenen Milliardärs, ist ein typisches Produkt davon.

Auch wenn der Regierungswechsel eher nur für die konservativ-liberalen Me-

ZÄHMUNG DER ARGENTINISCHEN RECHTEN?

Vermutlich wird es in vielen Ländern Lateinamerikas zu politischen Verschiebungen kommen. Die Region kann aus dem Beispiel Macri und Argentinien lernen, wie ein konservativer Geschäftsmann, Bürgermeister und einstiger Präsident eines der beliebtesten Fußballklubs in Argentinien eine Periode politischer und wirtschaftlicher Stagnation dazu genutzt hat, rechte Politik radikal zu erneuern. Seine Wahl gab der Idee einer „demokratischen Rechten“ neuen Auftrieb, auch wenn für viele zwischen diesen beiden Begriffen ein erhebliches Spannungsverhältnis besteht.

Um das zu erreichen, hat Macris Plattform *Cambiamos* (Verändern wir!) einen liberaldemokratischen Diskurs und weiterhin geteilte Begriffe sozialer Rechte in ihre breit aufgestellte, aber deutlich gemäßigte Rhetorik integriert. In diesem Sinn kann Macris Sieg für die scheidende Präsidentin Cristina Kirchner und ihren verstorbenen Mann als Erfolg mit bitterem Beigeschmack verstanden werden, da er deutlich macht, wie weit ihre populistischen Regierungen den politischen Mainstream über mehr als eine Dekade hinweg nach links verschoben haben. Doch der Rhetorik von *Cambiamos* und der Zuversicht progressiver Kräfte über die Robustheit des populistischen Erbes zum Trotz: Die Politik, die Macri als Präsident umsetzen wird, ist ein ganz anderes Paar Schuhe.

Als Sebastián Piñera 2010 Chiles Präsident wurde, blickten die ArgentinierInnen verächtlich auf ihre Nachbarn herab und kritisierten das Eindringen eines Milliardärs in den Bereich der Politik. In den frühen 90er Jahren belächelte ganz Argentinien den Aufstieg von Sánchez de Lozada, dem bolivianischen Präsidenten, der Spanisch mit deutlich englischem Akzent sprach. Doch heute ist Macri der Erbe einer der führenden Wirtschaftsgruppen in Argentinien, und wie bei Sánchez de Lozada klingt sein Akzent fremd: Er enthält wenig vom Stakkato des üblichen argentinischen Spanisch. Er spricht den typischen Akzent von Argentinien Eliten.

Doch man soll sich davon nicht täuschen lassen: Es ist bemerkenswert, wie Macri in der Lage war, das mit seiner sozialen Klasse verbundene Stigma zu überwinden und eine breite, klassenübergreifende politische Bewegung zu schaffen.

Als erster Spitzenkandidat einer konservativen Koalition in Argentinien seit 1910 wurde Mauricio Macri am 22. November 2015 Sieger einer Präsidentschaftswahl. Konservative Bewegungen in der Region hat seither ein regelrechter Freudentaumel erfasst. Nur wenige Stunden nach dem Wahlsieg bezeichnete ein mexikanisches Boulevardblatt das Ereignis am anderen Ende Lateinamerikas nicht zu Unrecht als „ersten Schlag in 15 Jahren für den chavistischen Block“.

Von Ernesto Semán

Eine in den 60er Jahren herrschende Theorie behauptete, die Unfähigkeit der argentinischen Elite, in der Bevölkerung breite Zustimmung um ihre Interessen zu scharren, habe zu wiederkehrender politischer Instabilität und Militärputschen beigetragen. Macris Sieg scheint dieses Denken zu widerlegen: Er zeigt, wie ein konservativer Führer in einer unekämpften Wahl die Mehrheit einer sozial fortschrittlichen WählerInnenenschaft gewinnen kann. Macri hat erreicht, wozu keiner seiner konservativen Vorgänger in der Lage war: Er hat rechtes Denken zu einer bei Wahlen konkurrenzfähigen Option gemacht.

Zwiespältige Kirchner-Bilanz

Zur Erklärung der Rechtswende in Argentinien lassen sich viele Faktoren anführen. Seit 2003, als Néstor Kirchner an die Macht kam, hatten die Kirchner-Regierungen eine Reihe fortschrittlicher politischer Maßnahmen umgesetzt: massive Sozialprogramme, welche die Armut deutlich gesenkt haben; das Absichern einer niedrigen Arbeitslosenrate; eine positive Bilanz in Sachen Menschen- und Bürgerrechte, darunter die Verurteilung von Mitgliedern der Militärdiktatur (1976-1983) wegen Menschenrechtsverletzungen; und schließlich ein historisches Gesetz über gleichgeschlechtliche Ehen. Dank dieser Errungenschaften erreichte Cristina Fernández de Kirchner 2011 die Wiederwahl mit 54% der Stimmen.

Seither musste die Regierung aber eine Reihe von selbstverschuldeten Rückschlägen einstecken: Als 2011 die Wirtschaft zu stagnieren begann, wies sie Kritik an der Wirksamkeit vieler ihrer Reformen zurück. Gleichzeitig ignorierte sie neue Forderungen aus der Bevölkerung nach mehr Transparenz, sozialer Integration und Sicherheit. Einige auf falschen Einschätzungen über die Reaktion der wirtschaftlichen Akteure beruhende Entscheidungen verschlimmer-

ten die Lage. Für Gerardo Aboy Carlés, einen Soziologen an der Universität San Martín in Argentinien, hat sich der Peronismus unter Kirchner zunehmend vom demokratischen Argentinien entfremdet – und sogar vom Peronismus selbst.

Statt auf die sich wandelnden Anliegen ihrer Basis zu reagieren, handelten Funktionäre des *kirchnerismo* oft so, als hätte die Regierung immer recht, statt zu verstehen, dass „richtig“ oder „falsch“ Ergebnis einer Beziehung des Vertrauens mit ihren AnhängerInnen sein mussten, um gemeinsam die Prioritäten der Bewegung festzulegen. Angesichts dieser Probleme ist beachtlich, dass Kirchners Kandidat Daniel Scioli nur drei Prozent der Stimmen für den Sieg gefehlt haben.

Macri argumentierte, nur die Rechte Argentinien sei in der Lage, für eine breite Palette von Änderungswünschen zu stehen. Er präsentierte *Cambiamos* als das einzige verfügbare Instrument für politische Transformation im aktuellen Klima Argentinien. Er profitierte dabei von einer schlechten Wirtschaftslage und einem Gefühl nationaler Ermüdung nach zwölf Jahren Kirchner-Regierung. Er verkörperte rechte Politik nicht als ideologisches Mandat, sondern als soziales Konstrukt, das in der Lage sei, selbst nicht per se konservative Interessen zu vertreten.

Wie genau hat Macri das geschafft? Auch wenn sein politischer Aufstieg außerhalb der beiden mächtigsten Parteien Argentinien verlief – der liberalen UCR und des Peronismus –, nahm er Teile der politischen Rhetorik beider Parteien in *Cambiamos* auf. Er bettete *Cambiamos* in den breiteren Rahmen der Verteidigung republikanischer Werte ein – für historisch mit Militärputschen assoziierte Bewegungen kein leichtes Unterfangen. Als wichtiges Atout am Wahltag sollte sich sein Bündnis mit Alfonsíns Erben innerhalb der UCR erweisen.



Macri gab sich im Wahlkampf erfolgreich volksnah

Strategie mit Zuckerbrot ...

Der im Rückblick für Macris Sieg wohl bedeutendste Tag war der 19. Juli 2015, als er erklärte, er werde nicht alle Kirchner-Reformen rückgängig machen. In einer Rede nach dem knappen Sieg seiner Partei in den Lokalwahlen von Buenos Aires erklärte er, das allgemeine Kindergeld, das größte und erfolgreichste Sozialprogramm der Kirchner-Jahre, werde beibehalten. Er fügte hinzu, die Nationalisierung von Argentiniens nationaler Fluglinie, eine der umstrittensten wirtschaftlichen Maßnahmen während Cristina Kirchners Präsidentschaft, werde er nicht aufheben. Mit nur wenigen klaren Worten betonte Macri öffentlich, dass der Staat im Fall seiner Wahl weiterhin eine wichtige Rolle in der Wirtschaft spielen werde, vor allem durch eine Sozialpolitik zugunsten der Armen.

Das war ein entscheidender Schachzug. Die radikalen Kirchner-Gegner murrten zwar, blieben ihrem Kandidaten aber treu. Damit fand der Begriff soziale Rechte in *Cambiamos* Eingang. Ein breites Spektrum an WählerInnen, für die soziale Rechte seit Jahrzehnten untrennbar mit Demokratie verbunden waren, öffnete sich für den konservativen Kandidaten, was im 20. Jahrhundert nie der Fall gewesen war.

Natürlich ist die Rhetorik von *Cambiamos* nach wie vor von Klischees geprägt, die ihren Ursprung in den Modernisierungstheorien vergangener Jahrzehnte haben. Dazu gehören Schreckensbilder über die Risiken kollektiven Handelns, über die Schattenseiten garantierter staatlicher Zuschüsse und die Angst vor der

Einschränkung der individuellen Freiheit durch einen starken Mann. Doch in der oft extremen Furcht vor Populismus spiegelt sich nur dessen Einfluss und bedrohliche Nähe wider. Noch Ende der 1940er Jahre hatte Macris Großvater, ein italienischer Immigrant, sich in einer Siedlung niedergelassen, die Eva Perón in paternalistischer Weise für neue Immigranten geöffnet hatte: ein Beispiel jenes Populismus, gegen den Macris Koalition heute wettet.

Sollten sich aus Chiles Erfahrung mit Sebastián Piñera irgendwelche Rückschlüsse darauf ziehen lassen, was Argentinien während einer konservativen Präsidentschaft bevorsteht, dann mag die Zukunft nicht so trostlos werden, wie es viele auf der Linken befürchten. Wie Jennifer Pribble, Politikwissenschaftlerin an der Universität Richmond, feststellt, hat Piñera „keine der unter der Regierung Bachelet erfolgten Sozialreformen zurückgenommen“. Sie weist aber auch darauf hin, dass Piñera angesichts einer boomenden Wirtschaft kaum Motive für die Kürzung von Sozialausgaben hatte. Wirtschaftliches Wachstum, hohe internationale Kupferpreise und die gesicherte Finanzierung für die gesetzlich vorgesehenen Sozialprogramme standen einer radikalen Revision der Sozialpolitik entgegen.

... und Peitsche?

Macri aber wird Gründe für einen Kurswechsel haben. Die argentinische Wirtschaft geht in ihr viertes Jahr mit wenig oder ohne Wachstum. Die Preise für Soja sind so niedrig wie seit zehn Jahren

nicht. Macris Wirtschaftsberater haben schon angekündigt, das hohe Budgetdefizit zu senken. Und die Inflation lag 2015 bei 25 Prozent. Außerdem verfügen nicht alle Sozialprogramme Argentiniens über eine gesicherte Finanzierung und sind damit leichter angreifbar. In diesem Kontext hat Macris Wirtschaftsteam bereits einige Maßnahmen angekündigt (Anm.: und inzwischen auch umgesetzt). So sollen die Exportsteuern für Sojabohnen gekürzt und für Rindfleisch, Weizen und Mais überhaupt abgeschafft werden, Subventionen für öffentliche Dienstleistungen und Transport gestrichen werden.

Dadurch soll das Budgetdefizit gesenkt und Auslandsinvestitionen gefördert werden, doch ziehen solche Einsparungen oft mehr Inflation nach sich. Wenn uns die Geschichte etwas gelehrt hat, dann drohen radikale Versuche zur Reduzierung des Budgetdefizits dieses eher zu erhöhen. Das würde den Druck in Richtung eines konservativeren Sparprogramms und damit verbundener Zwangsmaßnahmen verstärken. Es verwundert nicht, dass *The Economist* unter dem Eindruck von Macris Sieg raschere und weitergehende Reformen voraussagte, als sie von manchen erwartet wurden.

Macri wird sich auch von der Außenpolitik des letzten Jahrzehnts verabschieden. So hat er bereits angekündigt, er werde den Ausschluss Venezuelas aus dem *Mercosur* verlangen. Auch wenn es dafür bisher in der Region wenig Unterstützung gibt, wird die komplexe innenpolitische Dynamik Venezuelas Macri wohl Gelegenheit für weitere Angriffe liefern – mit Rückendeckung aus Washington. Für den Rest Lateinamerikas von größerer Bedeutung aber wird Macris Innenpolitik sein. Inwiefern es der neuen Regierung gelingen wird, bei der breiten Bevölkerung Anklang zu finden, während sie gleichzeitig versucht, ihren ideologischen Grundsätzen treu zu bleiben, wird wohl über Erfolg oder Scheitern von Macris Präsidentschaft entscheiden. Konservative Bewegungen in der Region werden jedenfalls die kommenden Entwicklungen am Rio de la Plata mit Argusaugen verfolgen. ■

Der Autor unterrichtet Geschichte an der Universität Richmond. Erstveröffentlicht am 2.12.2015 auf <https://nacla.org>. Übersetzung und Kürzung: Hermann Klosius

LATEINAMERIKAS ROLLE RÜCKWÄRTS

Es war eine illustre Gesellschaft, die gegen Jahresende beim Ersten Parteikongress der FMLN am Mittags-tisch zusammensaß: der guatemaltekeische Guerillaführer Pablo Monsanto, die ehemalige Außenministerin der 2009 in Honduras weggeputschten Regierung Zelaya, Patricia Rodas, und ein paar der führenden Köpfe des Gastgeberlandes El Salvador. Das Hauptthema, um das es ging, war die Antikorruptionskampagne, der kurz zuvor der guatemaltekeische Ex-Präsident Otto Pérez Molina zum Opfer gefallen war, und bei dessen Absetzung die US-amerikanische Botschaft laut Monsanto eine besondere Rolle gespielt hat. „Ich habe es ja immer gesagt“, hakte Patricia Rodas ein, „das Drehbuch für die Offensive der Rechten, die derzeit in ganz Lateinamerika stattfindet, wurde von Barack Obama geschrieben.“

Linke Kontroverse über die Korruptionsbekämpfung

„Das soll uns aber nicht daran hindern, unsere eigenen Gesetze gegen die Korruption zu verschärfen“, konterte der salvadorianische Infrastrukturminister Gerson Martínez, der noch am gleichen Nachmittag einen diesbezüglichen parteiinternen



Weltsozialforum in Porto Alegre, Jänner 2016

Beschluss beim FMLN-Kongress zur Abstimmung brachte. Ganz im Gegensatz dazu stand die Haltung der Regierung Daniel Ortegas in Nicaragua, die zuvor die uruguayische Koordinatorin des UNDP-Büros (Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen) in Managua des Landes verwiesen hatte, weil sie in einer Pressekonferenz in Panama erklärt hatte, sie könne sich durchaus vorstellen, „dass sich

Nach dem Wahlsieg Macris in Argentinien, dem drohenden Impeachment Dilma Roussefs in Brasilien, der Abwahl der Chavisten in Venezuela und dem angekündigten Rückzug Rafael Correas ins Privatleben fragen sich in Europa viele, ob Lateinamerikas Linke noch zu retten ist. Die Beantwortung dieser Frage hängt von ihrer Fähigkeit ab, sich jenseits von Staat und Regierungsgeschäften neu zu artikulieren.

Von Leo Gabriel

die Ereignisse in Guatemala auch in anderen Ländern Zentralamerikas wie Nicaragua wiederholen könnten.“

Die Kontroverse bezüglich der angeblichen und wirklichen Korruptionsfälle hat inzwischen fast alle linken Regierungen in Lateinamerika erfasst: In Argentinien war Cristina Kirchner in der entscheidenden Vorwahlzeit deswegen unter politischen Beschuss geraten, und auch Dilma Roussefs Beliebtheitswerte sind jäh abgestürzt, obwohl den beiden nicht einmal vorgeworfen werden konnte, Staatsgelder für Parteizwecke verwendet zu haben. Im Fall von Brasilien sprechen die Parteigänger der linken PT deshalb jetzt sogar von einem „Putschversuch der Rechten“.

Tatsache ist, dass in Lateinamerika (und nicht nur dort) die Korruption schon seit jeher zum systemimmanenten Geschäft der Politikerkaste gezählt hat. In Ländern wie in Kolumbien oder in Mexiko sagt man den VertreterInnen der Regierungs-, aber auch so mancher Oppositionspartei nach, ein besonders Naheverhältnis zu den Drogenkartellen und zum organisierten Verbrechen zu haben. Trotzdem stellt sich immer eindringlicher die Frage, warum in dieser politischen Konjunktur die Korruption ausgerechnet der Linken zum Verhängnis wird.

Die Wurzel des Übels

Eine tiefgreifende Antwort darauf gab der namhafte portugiesische Soziologe und Politikwissenschaftler Boaventura de Souza Santos beim kürzlich in Porto Alegre, Brasilien, abgehaltenen *Foro Social Mundial Temático* (Thematisches Weltsozialforum), welches das brasilianische Organisationskomitee des WSF gerade deshalb einberufen hatte, um dem vermeintlich drohenden „Putsch“ gegen Dilma Youssef entgegenzuwirken.

„Die Linke in Lateinamerika muss endlich aufhören, sich mit einem Teil der Oligarchie in ihren jeweiligen Ländern zu verbünden“, sagte Souza Santos, „denn die Oligarchien begreifen diese Allianzen immer nur als ein taktisches Bündnis, das so lange währt, bis sie die Chance sehen, wieder mit ihren eigenen Parteiapparaten an die Regierung zu kommen.“

Mit anderen Worten: Die sich an der Regierung befindlichen Linksparteien sind in eine Falle der mächtigen Konzerne getappt – egal ob sich nun Rafael Correa in Ecuador mit den kanadischen Minenkonzernen oder Dilma Roussef mit der skandalträchtigen *Petrobras* verbündet hatte; und diese Falle ist jetzt zugeschnappt, weshalb die PräsidentInnen jetzt davor zittern müssen, die nächsten Wahlen zu verlieren. Anscheinend schnappt diese Falle auch dort zu, wo die linken Staatschefs alles daran gesetzt haben, regierungseigene Großkonzerne aufzubauen, wie das in Venezuela und in Bolivien der Fall ist.

Wie dem immer auch sei: Korruption ist nur ein Symptom. Die Wurzel liegt in einer unheiligen Allianz, die nicht von ungefähr gerade in einer Zeit des wirtschaftlichen Niedergangs auseinanderbricht, in der die Frage nach der Umverteilung neu gestellt werden muss. Denn angesichts verfallender Erdöl- und Rohstoffpreise und angesichts der Krise auf den Finanzmärkten geht es nicht mehr darum, ein paar Bräusen vom Tisch der Reichen aufzuklauben, um damit auch noch so lobenswerte Sozialprojekte zu finanzieren, sondern um längst fällige Strukturreformen, die einfach ohne Kämpfe der Bewegungen an der Basis, d.h. nicht nur der Linksparteien, nicht durchgesetzt werden können. ■

Der Autor hat kürzlich Brasilien und Zentralamerika bereist.

NEUE REGIERUNG, NEUE PROZESSE

Am 6. Jänner gab die guatemaltekeische Staatsanwaltschaft überraschend die Festnahme von 18 hochrangigen ehemaligen Militärs bekannt. Sie werden beschuldigt, zwischen 1981 und 1988 in 88 Fällen Menschenrechtsverletzungen und Verbrechen gegen die Menschheit begangen zu haben. Dabei geht es um Massaker an ZivilistInnen und gewaltsames Verschwindenlassen in der ehemaligen Militärbasis 21 in Cobán, dem heutigen Trainingskommando für friedenserhaltende Operationen CREOMPAZ.

Von Jeff Abbott

Diese Maßnahme setzte die Regierung des neuen Präsidenten Jimmy Morales schon eine Woche vor dessen Amtseinführung unter Druck. Denn seine Partei, die Front der Nationalen Konvergenz (FCN-Nation) hat enge und gut dokumentierte Verbindungen zum Militär, auch zu einigen der angeklagten Offiziere im Ruhestand.

geführt. Eine Woche nach dem Paukenschlag der Staatsanwaltschaft reagierten Verteidigungsminister General Williams Agberto Mansilla Fernández und sein Stellvertreter General Alfredo Sosa Díaz auf die Anklage mit der Forderung an das Verfassungsgericht, Artikel 8 aus dem Nationalen Versöhnungsgesetz zu streichen. Das Gericht entschied aber gegen diesen

Antrag. Daraufhin begann Morales mit der Suche nach einem Nachfolger für Sosa Díaz und leitete ein Verfahren gegen Mansilla ein.

Hintergrund für die Anklage gegen die ehemaligen Offiziere sind die während des 36jährigen bewaffneten Konflikts vom Militär begangenen Verbrechen wie gewaltsames Verschwindenlassen

von Oppositionellen und Massaker. Laut der Wahrheitskommission der Vereinten Nationen waren dabei nahezu 45.000 Menschen zum Verschwinden gebracht und 200.000 getötet worden.

Zu den jetzt angeklagten Offizieren zählen u.a.: General Benedicto Lucas García, Armeechef während der Diktatur seines Bruders Fernando Romeo Lucas García (1978 bis 1982); General Manuel Antonio Callejas y Callejas, Chef des militärischen Geheimdiensts in den frühen 1980er Jahren; Edgar Rolando Hernández Méndez, einstiger Kommandant der Militärbasis 21 (heute CREOMPAZ); sowie Ismael Segura Abularach und Augusto Cabrera Mejía, ehemalige Offiziere dieser Basis. 12 der 18 Angeklagten wurden in der berüchtigten „School of the Americas“ ausgebildet.

Die Anklage stützt sich auf zwei von der guatemaltekeischen Staatsanwaltschaft seit über drei Jahren untersuchte Fälle. Beim ersten Fall, in dem vier Militärs, darunter Manuel Antonio Callejas y Callejas, angeklagt sind, handelt es sich um das gewaltsame Verschwinden des damals 14jährigen Marco Antonio Molina Theissen in Guatemala Stadt. Die Richterin entschied, zwei der Beschuldigten wegen Verbrechen gegen die Menschheit und zwei wegen gewaltsamen Verschwindenlassens anzuklagen und das Verfahren einzuleiten. Für die weiteren Ermittlungen hat die Staatsanwaltschaft zwei Monate Zeit.

Beim zweiten Fall, in den 14 Offiziere verwickelt sind, geht es um Operationen in der Militärbasis 21 bzw. CREOMPAZ in Cobán, der Hauptstadt von Alta Verapaz. Für Generalstaatsanwältin Thelma Aldana sind die dortigen Vorfälle „einer der umfangreichsten Fälle gewaltsamen Verschwindenlassens in Lateinamerika“. 2012 haben dort forensische Anthropologen mit der Untersuchung geheimer Gräber begonnen und bisher von den 558 exhumierten Überresten 97 identifiziert.

Auf Antrag der Staatsanwaltschaft wurde am 18. Jänner das Verfahren gegen elf der Beschuldigten eingeleitet. Gegen drei wird wegen angeblicher juristischer Fehler vorerst kein Prozess geführt, sie dürfen jedoch das Land nicht verlassen. Die Richterin gab der Staatsanwaltschaft drei Monate Zeit, um die Ermittlungen abzuschließen und dann zu entscheiden, ob eine Hauptverhandlung eröffnet wird.

„Erinnerung an das Schweigen“, der Bericht der guatemaltekeischen Wahrheitskommission, dokumentiert einige der Leidensgeschichten der fast 250.000 Opfer des Konflikts. So sperrten am 2. Juni 1982 Soldaten Baldomero Chiquin, einen 16 Jahre alten Maya Q'eqchi aus Pambach, Alta Verapaz, gemeinsam mit anderen Mitgliedern seines Dorfes in die lokale Schule. Nach drei Stunden wurde er – wie 69 andere Männer – weggebracht. Die Soldaten erzählten den Frauen der Ortschaft, die Männer würden zur Armee eingezogen. Sie wurden nie mehr lebend gesehen.

Im Jahr 2013 identifizierte die Stiftung für Forensische Anthropologie Guatemalas per DNA-Test Chiquins Überreste in einem Massengrab in der Militärbasis



Ex-Oberst und jetzt FCN-Abgeordneter Ovalle Maldonado

Am schwersten wiegt, dass Edgar Justino Ovalle Maldonado, die rechte Hand von Morales, in den Fall verwickelt ist. Als im September 2015 gewählter FCN-Abgeordneter genießt er aber Immunität. Die Staatsanwaltschaft hat ein Verfahren zur Aufhebung dieser Immunität eingeleitet. Sollte es erfolgreich sein, kann er wie die anderen angeklagten Ex-Militärs für Kriegsverbrechen vor Gericht gestellt werden. Das ist auf Grund von Artikel 8 des im Jahr 1996 beschlossenen Versöhnungsgesetzes möglich, der für Offiziere, die wegen Genozid, Folter oder gewaltsamen Verschwindenlassens angeklagt werden, jede Amnestie ausschließt. Sowohl Ovalle Maldonado wie auch Präsident Morales haben bisher zu diesem Fall geschwiegen.

Innerhalb der neuen Regierung haben die Anklagen zu einem heftigen Konflikt

Interview mit Andrés Pastrana

Vom 18. bis 20. November organisierte der Europarat in Straßburg das „Weltdemokratie-Forum 2015“. Im Rahmen dieser Veranstaltung hielt der ehemalige kolumbianische Präsident Andrés Pastrana Arango ein Referat zum Thema „Leaders countering extremism“. Danach sprach er mit **Andreas Teltscher** über den Friedensprozess in Kolumbien. Im Anschluss Ausschnitte aus dem Gespräch.

Wie sind die Perspektiven für den Friedensprozess in Kolumbien?

Das hängt davon ab, von welcher Seite Sie es sehen. Ich habe mich schon während meiner Amtszeit (1998-2002) für einen Friedensprozess eingesetzt. Obwohl wir keinen Frieden erreicht haben, haben unsere Bemühungen den Weg geebnet für die Situation, in der wir jetzt sind. Und wie sieht diese Situation heute aus? Nach 60 Jahren Gewalt im Land – seit meiner Geburt habe ich nicht einen Tag in Frieden erlebt in Kolumbien – ist das Land gespalten. Laut Umfragen ist ungefähr die Hälfte der Bevölkerung für die FARC und die Friedensverträge, die Hälfte dagegen. Aber wir brauchen einen Konsens in der gesam-

ZUR PERSON

Andrés Pastrana Arango, geb. 1954, schon sein Vater war zwischen 1970 und 1974 Präsident, arbeitet als Journalist und ist Stadtrat von Bogotá. 1988 wurde er vom Medellín-Kartell entführt, konnte aber entkommen. 1990 wurde Pastrana zum Bürgermeister von Bogotá gewählt und von 1998 bis 2002 war er Präsident Kolumbiens. Als Präsident initiierte er Friedensgespräche mit der FARC und stimmte der Einrichtung einer „demilitarisierten Zone“ zu, die als Rückzugsgebiet der Guerilla diente. Die Verhandlungen mit der FARC scheiterten.

ten Bevölkerung zum Thema Frieden. Denn wer unterschreibt den Friedensvertrag? Der Staat oder die Regierung? Der Staat unterschreibt. Und der Staat heißt: Wir alle. Denn wenn nur die Regierung unterschreibt, dann könnte nach drei Jahren, bei einem Wechsel der Regierung, alles umfallen und die Verträge werden nicht eingehalten.

Darum muss der Staat unterschreiben. Darum muss es in der Bevölkerung einen Konsens geben. Die Regierung wird ein Referendum abhalten, so wurde es zumindest angekündigt. Wie das Referendum ausgehen wird, hängt von der Fragestellung ab. Lautet die Frage „Wollen Sie Frieden?“, werden alle mit JA stimmen. Wer in Kolumbien will keinen Frieden? Lautet die Frage aber „Wollen Sie dieses Abkommen?“, dann bin ich mir nicht so sicher. Aber es muss einen breiten Konsens in der Bevölkerung geben. Daran müssen alle Verhandlungspartner, vor allem auch die FARC, interessiert sein.

Was ist der entscheidende Unterschied zwischen den Verhandlungen während Ihrer Amtszeit und jetzt?

Wir haben nie verhandelt. Ich hatte nie eine ernsthafte Möglichkeit zur Verhandlung. Wir haben zwar geredet, vorbereitet und Pläne erstellt, aber leider ist es aufgrund der wiederholten terroristischen Anschläge der FARC damals nie zu richtigen Verhandlungen und zu irgendeiner Übereinkunft gekommen. Jetzt wird verhandelt und es gibt Abkommen.

Was sind Ihrer Meinung nach die Knackpunkte in dem Vertrag?

Wir kennen den Vertrag noch nicht. Seltsamerweise wurden Hände geschüttelt, ein „*Acuerdo de Justicia transicional*“ unterzeichnet, aber bis heute ist kein Text eines Friedensvertrages bekannt. Wenn Sie heute nachfragen, heißt es nur, es gibt noch keine Verträge. Das heißt, ich kenne den Vertrag nicht und kann ihn daher auch nicht analysieren und beurteilen. Es gibt nur die Information der Regierung und der FARC, dass sie Abkommen unterschrie-

Kolumbien:

FRIEDENSVERTRAG HEISST NICHT ENDE DER GEWALT

ben haben, aber ich kenne die Details nicht.

Stellen wir uns vor, es ist Frieden in Kolumbien, alle Verträge sind unterschrieben. Welche Rolle wird die FARC dann spielen ?

Die FARC ist eine durch und durch ländliche, rurale Organisation, nicht wie die ELN, die starke urbane Strukturen hat. Ich glaube, viele der KämpferInnen, vor allem auch solche, die schon als Kinder von der FARC rekrutiert wurden, wollen einfach nur dort bleiben, wo sie sind, irgendwo am Land, wo sie immer zuhause waren. Deshalb muss man landwirtschaftliche und soziale Programme in diesen Gebieten anbieten. Wenn Sie die Regierung fragen, dann gibt es nur zwischen 7.000 bis 10.000 KämpferInnen. Sagen wir, es sind tatsächlich 15.000 oder 20.000 Kämpfer. Das sind auf ganz Kolumbien verteilt immer noch sehr wenige Leute, dennoch muss man ernsthafte Programme der Wiedereingliederung für diese ehemaligen KämpferInnen ausarbeiten und anbieten.

Die Regierung muss in die ländliche Entwicklung und Infrastruktur investieren. Es gibt schon einige sehr erfolgreiche Initiativen und dieses Problem ist lösbar. Aber dazu werden Mittel benötigt, die die kolumbianische Regierung im Moment nicht hat. Man hofft zwar immer noch auf die Hilfe von Europa, aber Europa hat im Moment die Mittel selber nicht. Die Hilfe der USA und die Möglichkeiten der eigenen Wirtschaft sind eingeschränkt, und wir werden da sehr kreativ sein müssen, was die Lösung des sogenannten Postkonflikts anlangt.

Was wird mit den sechs Millionen internen Vertriebenen geschehen?

Das ist ein enorm wichtiges Thema, ein Schlüsselthema. Es gibt in Kolumbien eine unendliche Zahl von durch Gewalt Vertriebenen. Es ist nicht ganz klar, wie viele Menschen davon betroffen sind. Es gibt nur Schätzungen (Anmerkung: das UNHCR schätzt 5-6 Millionen), aber es ist eine signifikante Anzahl von Personen. Es



bedarf einer ernsthaften Politik der Landverteilung, nicht nur für diese vertriebenen Bauern, damit sie wieder auf ihr Land zurückkehren können, auch für Paramilitärs und Guerillakämpfer, die Land besetzt haben. Wir müssen alle Mechanismen und Möglichkeiten ausschöpfen, damit diese Menschen zurückkehren können.

zen vergeben werden, müssten die Firmen Umweltgesetze erfüllen. Und diese Gesetze sollten streng sein. Klare, strenge Regeln, wie in Australien, Europa oder den USA, die erfüllt werden müssen. Es müsste einen legalen Rahmen geben, der klare Umweltnormen vorgibt, und Lizenzen ent-

sprechend dieser Normen vergeben werden. Da aber im Moment keine Lizenzen vergeben werden, wird das ausgenützt, die Umwelt zerstört, Bauern werden vertrieben und Indigenen wird das Land weit unter dem Wert abgekauft. Vor allem der Abbau von Coltan* ist sehr gewinnträchtig. Die Indigenen können nicht abschätzen, welche enormen Folgen das für sie haben wird. Meiner Meinung nach muss die Regierung den illegalen Bergbau frontal angreifen, viel stärker, als sie es bisher getan hat. Gleichzeitig ist es höchste Zeit, dass Lizenzen vergeben und Umweltstandards und legale Grundlagen geschaffen werden, um dem Land die natürlichen Ressourcen zu erhalten. ■

Vielen Dank für das Gespräch!

* Coltan wird in der Computertechnik, z.B. für Kondensatoren, verwendet, wichtiger Verarbeiter ist auch die Treibacher Industrie AG aus Althofen, Kärnten.

Endet mit dem Friedensvertrag Ihrer Meinung nach die Gewalt in Kolumbien?

Man muss klar sagen, und es ist hart das zu sagen: Die Unterschrift unter den Friedensvertrag ist nicht das Ende der Gewalt in Kolumbien, sicher nicht. Warum? Es gibt ja nach wie vor viele gewaltbereite Gruppen, wichtige Gruppen wie die Paramilitärs, die es immer noch gibt, auch wenn man sie jetzt vielleicht anders nennt. Aber auch die Drogenmafia ist weiterhin ein zentrales Element der Gewalt. Die Verwicklung der FARC in den Drogenhandel ist nach wie vor ein sehr komplexes Thema.

Ist Bergbau in Kolumbien ein weiterer Konfliktherd, der zu Gewalt und Vertreibungen von Bauern führt?

Ja, das ist ein weiterer wichtiger Auslöser für Gewalt, ein sehr wichtiges und besorgniserregendes Thema in Kolumbien. Der Drogenhandel ist das beste Geschäft der Welt, aber gleich danach kommt der illegale Bergbau. Auch die Umweltzerstörung ist enorm. Ich glaube, die Regierung ist nicht effizient genug bei der Vergabe der Bergbaulizenzen. Würden Lizen-

DER FRIEDE VON HAVANNA

Von einem historischen Moment sprachen die Medien, als Kolumbiens Präsident Juan Manuel Santos und der oberste Guerillachef Rodrigo Londoño Echeverri, alias Comandante Timochenko, einander am 23. September 2015 im Beisein des kubanischen Staatschefs Raúl Castro die Hand schüttelten. Seit mehr als drei Jahren verhandelt die Regierung mit der mächtigen marxistischen Guerrillabewegung FARC (*Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia*) über ein Ende des bewaffneten Konflikts, der seit mehr als 50 Jahren vor allem auf dem Land tobt und mehr als 200.000 Tote gefordert hat.

Zentrale Ursachen des Konflikts sind die extrem ungerechte Verteilung des fruchtbaren Landes und das Machtmonopol der traditionellen Parteien. Auf der Agenda stehen fünf Kapitel: die Landfrage, die politische Partizipation, die Frage der Opfer und ihrer Entschädigung, der Drogenhandel und die konkrete Beendigung des Konflikts.

Mehrere Teilabkommen sind bereits unterzeichnet. Dabei geht es um den Schutz der kleinbäuerlichen Produktion, um den Rückzug der Guerilla aus dem profitablen Drogengeschäft und um Sicherheitsgarantien. Von der Opposition besonders angefochten

wird die Einigung über eine Teilamnestie. Vor Gericht gestellt werden sollen nur jene Guerillakämpfer und Militärs, die für Massaker, Folter, Verschwindenlassen und andere Verbrechen gegen die Menschlichkeit verantwortlich gemacht werden. Für diese Verbrechen soll ein Sondertribunal geschaffen werden.

Das kapitalistische Wirtschaftsmodell und die politische Verfassung, so beschwichtigte Präsident Santos Unternehmenskraft und Kritiker der politischen Rechten, stünden nicht zur Disposition.

Die Verhandlungsparteien stehen jedenfalls unter Erfolgsdruck. Juan Manuel Santos will als Friedenspräsident in die Geschichte eingehen und dem Land neue wirtschaftliche Impulse verschaffen. Die FARC sind militärisch geschwächt. Den Plan, die Macht zu erobern und ein sozialistisches Regime in Kolumbien zu errichten, haben sie aufgegeben. Dafür fehlt ihnen sowohl die militärische Kraft als auch der Rückhalt in der Bevölkerung.

Präsident Santos macht jetzt Druck. Er will die Verhandlungen bis 23. März abschließen und wirbt bereits für internationale Unterstützung für die Umsetzung des Abkommens, die viel Geld kosten wird.

Ralf Leonhard

KATASTROPHE MIT ANSAGE

Nach Brasiliens größter Umweltkatastrophe ist der Fluss Rio Doce tot. Die Menschen am Fluss stehen vor dem Nichts, die Trinkwasserversorgung zigtausender Menschen ist bedroht. Doch die Lobby der Bergbauindustrie verhindert einen Kurswechsel.

Von Jürgen Kreuzroither

Donnerstag, 5. November 2015, acht Uhr morgens in Brasília: Im Nationalkongress endet die Frist für den schon 2007 eingebrachten Gesetzesvorschlag PL 436/2007. Demnach sollte der Abschluss einer Unfall- und Schadensversicherung gegen Dammbrüche für alle Stauwerke im Land, ob zur Trinkwasser- oder Energiegewinnung oder bei Bergbau- und Mülldeponien, obligatorisch werden. Der Gesetzesvorschlag war zuvor 70 Mal Gegenstand in verschiedenen Kommissionen. Zuletzt war er im Oktober wegen befürchteter „Mehrkosten für die Öffentliche Hand und die KonsumentInnen“ abgelehnt worden. Eine letzte Widerspruchsfrist von einigen Wochen verstreicht danach ohne eine weitere Eingabe eines Parlamentariers, womit das Schicksal der Gesetzesinitiative am 5. November endgültig besiegelt ist.

Siebeneinhalb Stunden später: 875 Kilometer südöstlich von Brasília, in den Bergen von Minas Gerais bricht der Damm des Deponiebeckens Fundão der Erzbergminen Germano und Alegria. Seit Wochen haben Erweiterungsarbeiten stattgefunden. Denn die Eigentümerin, *Samarco Mineração S.A.*, die je zur Hälfte den Bergbaugiganten *Vale* aus Brasilien und *BHP Billiton* aus Australien gehört, hat die Ausbeute des dortigen Minenkomplexes rasch gesteigert. Und jede Tonne gewonnenes Reinerz zieht die gleiche Menge Abraum nach sich, der in riesigen Staubecken unter Wasserzugabe deponiert wird. In der Deponie Fundão hat sich ein Volumen angesammelt, das 20.000 gefüllten Olympiaschwimmbecken entspricht. Ein vom Bergbauunternehmen selbst bestelltes Gutachten erklärte den Behörden, dass die Erweiterungsarbeiten unabdingbar seien, weil die Dämme die Belastungsgrenze erreicht hätten. Die „Optimierungsarbeiten“ müssten im Interesse eines reibungslosen Betriebs bei laufender Förderung erfolgen.

Um zwei Uhr Nachmittag, so berichten ArbeiterInnen den Medien nachher, habe es erste „merkwürdig knirschende Geräusche“ am Damm gegeben. Um halb vier dann die Katastrophe: Der Damm bricht. Eine erste Flutwelle aus Klärschlamm ergießt sich ins Tal. Durch die in Bewegung geratene Masse wird auch der Damm des zweiten Klärbeckens, Santarém, in Mitleidenschaft gezogen. Die meterhohe Schlammwelle bewegt sich direkt auf das 600-Seelen-Dorf Bento Rodrigues zu und erreicht dieses nach 11 Minuten. 13 BewohnerInnen hatten keine Chance, denn es gab keine Sirenen. Die waren im Bau- und Umweltplan nicht vorgesehen, obwohl die Warnfrist von nur 11 Minuten von den Ingenieuren berechnet worden war. Die Einrichtung einer Telefonwarnkette wurde als ausreichend empfunden!

Bento Rodrigues existiert nicht mehr. Die Schlammlawine ergoss sich in das Flussbett des Rio Doce und erreichte am 22. November die Atlantikküste des Bundesstaates Espírito Santo. Auch der „Süße Fluss“ ist nicht wiederzuerkennen: Auf einer Länge von 666 Kilometern ist er von einer „roten Betonwand“ eingefasst. Der Schlamm hat sämtliche Flora und Fauna entlang des Flusslaufes erstickt und bildet nach seiner Trocknung eine betonharte Schicht entlang der Ufer. Wie lang die Erholung des Flussökosystems dauern wird, dazu gibt es unterschiedliche Schätzungen.

Kein Wunder: Es ist bis dato nicht einmal sicher bekannt, woraus sich der Bergwerksschlamm eigentlich zusammengesetzt hat. Während *Samarco* betont, dass bei der Eisenerzförderung „keine nennenswerten toxischen Nebenstoffe anfallen“ würden – im Unterschied zur Gold- oder Aluminiumgewinnung – hat die Untersuchung eines lokalen Wasserversorgers 500 km flussabwärts sehr wohl Konzentrationen von Arsen, Quecksilber, Mangan,

Uran und Blei weit über den Grenzwerten ergeben. Die gefundenen Metalle können allerdings auch aus alten Flussablagerungen stammen, die durch die Flutwelle mitgerissen wurden. Der Bundesstaat Minas Gerais, am Ober- und Mittellauf des Rio Doce gelegen, ist schließlich seit Kolonialzeiten ein Zentrum der Bergbauindustrie.

Die „humane“ Seite des größten Minenunglücks in der Geschichte Brasiliens: 17 Menschen kamen ums Leben, zwei Perso-



Der Rio Doce ist heute ein Fluss ohne Leben

nen gelten als vermisst, 600 verloren ihr Zuhause, Zehntausende hatten tagelang kein Frischwasser. Es stellt sich die Frage nach der Kostentragung für Aufräumarbeiten und Entschädigungen. Zunächst sah es so aus, als würden sich die beiden Eigentümer von Samarco, BHP Billiton und Vale, abputzen. Samarco sollte allein für die Schäden aufkommen, wäre daraufhin zweifellos liquidiert worden und hätte mit seinem vergleichsweise geringen Vermögen dem brasilianischen Staat den Schaden praktisch allein überlassen.

Als zudem bekannt wurde, dass Samarco bis dahin der lukrativste Eisenerzförderer Brasiliens war – 2014 blieben bei einem Umsatz von 2,5 Milliarden US-Dollar mehr als 40 Prozent (!) Gewinn – ließ der öffentliche Aufschrei ob des sich abzeichnenden Eigentümerverhaltens nicht auf sich warten. Dabei fand es der australische Chef von BHP Billiton immerhin noch der Mühe wert anzureisen und sein Bedauern auszudrücken, während sich die Verantwortlichen der brasilianischen Vale wochenlang in Schweigen hüllten.

Mitte Dezember die Wende: Ein Gericht beschließt, auch Vermögen der beiden Muttergesellschaften von Samarco einzufrieren. Daraufhin erfolgt noch vor Weihnachten die Einigung in einem Schlichtungsverfahren. Demnach bezahlt Samarco jeder Familie, die umgesiedelt werden muss, eine monatliche Unterstützung von umgerechnet 185 Euro plus 20% pro Familienmitglied und stellt Grundnahrungsmittel zur Verfügung. Des Weiteren erhält jede Familie eine Einmalentschädigung in Höhe von 4.600 Euro. Personen, die Familienangehörige verloren haben, erhalten zusätzlich 23.000 Euro. Die monatliche Unterstützungszahlung erfolgt bis zum Abschluss der Umsiedelung.

Mit dem Deal verfehlte Samarco allerdings das Ziel, die eingefrorenen Konten mit etwa 70 Millionen Euro freizubekommen. Auch BHP Billiton und Vale sehen sich mit Forderungen des brasilianischen Staates von rund 4,6 Milliarden Euro konfrontiert.

Angesichts der Publizität dieses Falles werden die Bergbaukonzerne diesmal vielleicht wirklich zahlen müssen. Den BrasilianerInnen sind durch dieses Unglück jedenfalls die Macht dieser Konzerne und die damit zusammenhängenden Missstände im Bergwerkssektor bewusst geworden: Umweltstrafen werden selten bezahlt. Die Steuern auf Rohstoffförderung sind sehr niedrig und Steuerschlupflöcher und Subventionen gibt es zuhauf.

Auch werden plötzlich Berichte von Umwelt- und MenschenrechtsaktivistInnen zur Kenntnis genommen, die von ähnlichen Verhältnissen wie im Unglücksgebiet berichten. Nur zwei Autostunden entfernt liegt der 16.000-EinwohnerInnen-Ort Raposos, wo oberhalb ein zehnmal größere Schlammbecken entsteht.

So sind größere „Unfälle“ schon angelegt, denn: Auch die Verquickungen zwischen Minenkonzernen und Politik werden jetzt beleuchtet. Viele Bundesstaaten machen deutliche Zugeständnisse bei Sicherheitsüberprüfungen und Umweltauflagen. Ob da ein Zusammenhang mit den regelmäßig fließenden Wahlkampfspenden besteht? Und: Im brasilianischen Kongress wird unbeirrt an einem Gesetz gearbeitet, das den Minenbetreibern größere Rechte einräumen und den Einfluss der Zivilgesellschaft bei neuen Bergbauvorhaben schwächen soll. Die Bergwerksindustrie kann sich auf fast 200 Abgeordnete stützen. Nur die Agrarkonzerne haben noch mehr Macht. ■

DIE VERDAMMTEN DIESER ERDE

Neue Welle der Gewalt gegen Brasiliens Indigene

Trotz des Genozids, der von der europäischen Kolonisierung Brasiliens angetrieben wurde, fünf Jahrhunderte andauerte und dem neun Zehntel der indigenen Bevölkerung zum Opfer fielen, ist Brasilien mit 310 Völkern immer noch das Land mit der größten ethnischen Vielfalt in Lateinamerika. Doch wir wissen nicht, wie lange noch. Denn Menschenrechtsverletzungen an indigenen Völkern sind weiterhin ein aktuelles Thema.

Von Neimar Machado de Sousa und Kristina Kroyer



Foto: Fiona Watson/Survival

Im Bundesstaat Mato Grosso do Sul ist die Liste der Verstöße gegen die Rechte indigener Menschen so lang und umfangreich, dass sie in mehrere Kategorien eingeteilt werden kann: Vertreibung von traditionell besiedeltem Land, Ernährungsunsicherheit, Verschmutzung des Trinkwassers, moderne Sklaverei, physische Gewalt bis hin zu Mord und dem Inbrandsetzen ganzer Siedlungen, sexuelle Gewalt gegen Frauen und Minderjährige, symbolische Gewalt durch das Verbrennen heiliger Objekte sowie der mangelnde Zugang zu schulischer und medizinischer Betreuung.

Mato Grosso do Sul ist einer von 27 Bundesstaaten Brasiliens und befindet sich in der Region des Mittleren Westens an der Grenze zu Paraguay und Bolivien. Das Gebiet umfasst 350.000 km², wobei mehr als die Hälfte der verfügbaren Agrarfläche für die Herden der 23 Millionen Rinder reserviert sind, die hier für globale Märkte gezüchtet werden. Die Guarani Kaiowá-Bevölkerung hingegen wurde seit 1915 systematisch von ihrem Land vertrieben und

lebt heute auf kaum 0,07% ihres ursprünglichen Territoriums. Die indigene Bevölkerung im Bundesstaat beläuft sich auf 71.000 Personen, wobei die Guarani Kaiowá nicht nur am meisten von Gewalt betroffen sind, sondern mit 45.000 Menschen auch die größte indigene Gruppe im Bundesstaat darstellen.

Zu den Ursachen der gewaltsamen Situation in Mato Grosso do Sul zählt die Zwangsvertreibung der Indigenen in kleine und demographisch überfüllte Reservate während der Militärdiktatur Brasiliens (1964-1985). Doch auch durch den großflächigen Anbau von Zuckerrohr für die Produktion von Zucker und Alkohol hat sich der Druck auf indigene Gemeinden in den letzten zwanzig Jahren zunehmend verschärft. Dies wird an den Mord- und Suizidraten deutlich. Innerhalb der letzten zwölf Jahre haben um die 600 Guarani Kaiowá im Bundesstaat Suizid begangen und beinahe 400 Indigene wurden ermordet. Die autoaggressive Gewalt steht in direkter Verbindung mit der prekären territorialen Situation und der zunehmenden

⇒ von Seite 27: BRASILIEN

und kulturell untragbaren räumlichen Konzentration, die dieses Volk erlebt. Indigene Führungspersonlichkeiten, die es wagen, das Schweigen über die historischen und gegenwärtigen Ungerechtigkeiten zu brechen, werden mit Mord bedroht und Opfer paramilitärischer Übergriffe. Daher sind diese Fälle unter der lokalen Bevölkerung kaum bekannt. Dies ist auf das Schweigen der Medien zurückzuführen, die von den privatwirtschaftlichen Sektoren kontrolliert werden, welche wiederum vom systematischen Landraub an der indigenen Bevölkerung profitieren.

Im Laufe des letzten Jahres hat sich die Gewalt gegen indigene Gemeinden in Mato Grosso do Sul so sehr verschärft, dass in der Gemeinde Nhanderu Marangatu im Verwaltungsbezirk Antonio João das Militär eingreifen musste, um das Überleben der dort lebenden Guarani Kaiowá zu sichern. Nhanderu Marangatu ist eines jener umkämpften Gebiete, in denen indigene Familien versuchen, das Land, von dem sie gewaltsam vertrieben wurden, wieder einzunehmen und somit ihre verfassungsrechtlich und in internationalen Abkommen zugesicherten Rechte geltend zu machen. Hier wurde Ende August 2015 der Guarani-Anführer Simeão Vilhalva (24) von schwer bewaffneten Männern getötet, die von den ansässigen Landbesitzern angeheuert wurden. Die Felder und Weiden besagter Farmer erstrecken sich über Ländereien, die bereits als indigene Territorien identifiziert wurden. Wie üblich, wenn es sich um indigene Opfer handelt, wurden die Mörder und Auftraggeber nicht verurteilt. Hingegen kam es zu anti-indigener Stimmungsmache von Seiten des Verbandes landwirtschaftlicher Produzenten, um Vorurteile gegen die indigene Bevölkerung zu verstärken. Wochenlang wurde die indigene Bevölkerung im Bezirk daran gehindert, Lebensmittel in der Stadt zu besorgen – ein Umstand, der aufgrund von Lebensmittelmangel in der Gemeinde zu einer schwerwiegenden humanitären Krise führte.

Laut Regierungsdaten werden in Mato Grosso do Sul jährlich 4,6 Millionen Rinder geschlachtet. Das sind 12.000 pro Tag. Innerhalb der letzten Jahre wurden 28 neue Fabriken für die Produktion von Ethanol aus Zuckerrohr gebaut. Zusammen mit den 14 bereits länger existierenden gibt es im Bundesstaat somit mittlerweile 42 Ethanolfabriken. Die Sojaproduktion beträgt

mehr als fünf Millionen Tonnen pro Jahr und macht aus dem Bundesstaat einen attraktiven Absatzmarkt für multinationale Unternehmen, die landwirtschaftliche Produktionsmittel anbieten. Die steigenden Investitionen durch Unternehmen und Investmentbanken in den Landwirtschaftssektor in Mato Grosso do Sul schüren schließlich die Gewalt gegen die indigene Bevölkerung. Sie führen einerseits zur ständigen Reduktion ihrer Territorien und der Vertreibung von ihren Ländern, andererseits zu ihrer Ausbeutung als billige Arbeitskräfte in der Zuckerrohrproduktion. Der brasilianische Staat spielt in der Unterstützung privater Produzenten für den Exportsektor eine zentrale Rolle. Dies zusammen mit der unterlassenen Umsetzung der Rechte indigener Völker, die in der Verfassung von 1988 festgeschrieben wurden und die Demarkierung und den Schutz indigener Territorien vorsehen, führt dazu,

dass der Genozid an der Guarani Kaiowá-Bevölkerung täglich fortgesetzt wird.

Vor diesem Hintergrund riefen indigene Bewegungen und unterstützende Organisationen im Oktober 2015 eine Kampagne ins Leben, die zum Boykott des europäischen Imports von Soja, Rindfleisch, Zuckerrohr und Agrartreibstoffen aus Mato Grosso do Sul aufruft und verdeutlicht, dass diese Waren auf dem Rücken indigener Völker produziert werden. ■

Neimar Machado de Sousa ist Doktor der Bildungswissenschaften und Professor der kolonialen Geographie und Geschichte an der interkulturellen Fakultät FAIND der staatlichen Universität in Dourados UFGD.
E-mail: neimarsousa@ufgd.edu.br

Kristina Kroyer hat an der Universität Wien Internationale Entwicklung und Translationswissenschaften studiert und arbeitet derzeit bei HORIZONT3000. In ihrer Forschungsarbeit hat sie sich intensiv mit den Zukunftsperspektiven der Guarani Kaiowá-Jugend beschäftigt. E-mail: kristina.kroyer@gmx.at

BEWAFFNETER ANGRIFF AUF GUARANI

Eine indigene Gemeinde in Südbrasilien wurde vor kurzem erneut von mehreren Bewaffneten angegriffen. Die Schützen, die von lokalen Viehzüchtern engagiert wurden, trafen in zirka 10 Lastwagen auf dem Land der Guarani im Bundesstaat Mato Grosso do Sul ein. Sie beschossen mehrfach das Dorf der dort ansässigen Guarani-Gemeinde und steckten Berichten zufolge mehrere Häuser in Brand. Die Angriffe auf die Guarani wiederholten sich seitdem jede Nacht.

Es wird angenommen, dass die Viehzüchter sich für einen Wiederbesetzungsversuch des Landes durch die Guarani rächen wollen. Obwohl indigene Völker nach brasilianischem und internationalem Recht auf ihrem angestammten Land leben dürfen, wurden die Guarani zugunsten von Farmen und Plantagen von ihrem Land vertrieben. Die Viehzüchter schicken oft bewaffnete Truppen, um die Guarani anzugreifen und ihre AnführerInnen umzubringen – auf diese Weise versuchen sie, die Guarani weiterhin von ihrem angestammten Land fernzuhalten.

Am 13. Januar 2016 jährte sich zum 13. Mal der Mord an Marcos Veron, einem indigenen Anführer der Gemeinde Takuras, in der auch die aktuellen Angriffe stattfinden.

Einsatzkräfte der Grenzsicherheitsorganisation DOF (*Departamento de Operações de Fronteira*) befinden sich im Gebiet, haben die Gewalt gegen die Guarani jedoch bisher nicht verhindern können. Laut Aussagen der Gua-

rani leistet die DOF Unterstützung für die Viehzüchter. Der Leiter der Menschenrechtskommission des Brasilianischen Kongresses sagte, die DOF handle „als private Sicherheitsfirma, um (die Guarani-)AnführerInnen einzuschüchtern“. Es sei „absolut möglich, das Problem zu lösen. Jeder sollte darüber sprechen“.

Guarani-Anführerin Valdelice Veron äußerte sich folgendermaßen: „Wir bitten Menschen von überall auf der Welt um Hilfe. Wir sind hier auf unserem angestammten Land und wir werden nicht gehen.“

Die neuesten Angriffe sind Teil des seit langem andauernden Konfliktes zwischen Farmern und den Guarani. Dabei sind die Guarani völkermörderischer Gewalt, Sklaverei und Rassismus durch Vertreter der Agrarindustrie ausgesetzt.

Stephen Corry, Direktor von Survival International, sagte: „Dieser Angriff auf die Guarani steht nicht für sich allein: Er ist Bestandteil eines endlosen Kreises der Gewalt gegen die Guarani. Die Gewalt ist systematisch – und sie wird durch die Tatsache, dass Sicherheitskräfte tatenlos zusehen, noch verschlimmert. Die Kultur der Straffreiheit, mit der wir es zu tun haben, kostet Leben und droht die Guarani zu zerstören. Brasilien muss den Guarani ihr angestammtes Land zurückgeben – dies ist die einzige Lösung.“

Meldung von Survival International vom 25.1.2016

ZENTRALAMERIKANISCHE FRAUEN AUF DER FLUCHT

Mit Touristen- und humanitären Visa an MigrantInnen könnte die mexikanische Regierung beginnen, die fehlgeschlagene US-gesteuerte Grenz militarisation hinter sich zu lassen.

Von Gabriela Díaz Prieto und Sarah Gammage

In einem Anhaltelager in den USA wartet Norma auf den Bescheid ihres Asylanspruchs. Sie hat ihren Heimatort in El Salvador, der von den *maras* der M-18 kontrolliert wird, Ende 2014 verlassen. Sie wurde von Mitgliedern der Bande entführt, vergewaltigt und anschließend in eine Mülltonne geworfen – als Nachricht für ihren Mann, einen salvadorianischen Polizeibeamten. Als sie Anzeige wegen Körperverletzung erstattete, wurde die Situation durch Morddrohungen gegen Norma und ihre Familie noch schlimmer. Ohne realistische Möglichkeit auf Schutz in El Salvador, heuerte Normas Mann einen Schlepper an, um sie durch Mexiko in die USA zu bringen. Die Reise entpuppte sich als Albtraum.

Das nördliche Dreieck von Zentralamerika ist eine der gefährlichsten Regionen der Welt, vor allem für Frauen wie Norma. Auf einem weltweiten Index für Frauenmorde belegen El Salvador, Guatemala und Honduras die Plätze eins, drei und sieben. Zudem wurden in den letzten Jahren die politischen und rechtlichen Möglichkeiten zur Verteidigung von Frauenrechten eingeschränkt und Gewalttaten gegen FrauenrechtsaktivistInnen haben sich laut der Mittelamerikanischen Initiative von MenschenrechtsverteidigerInnen in diesen drei Ländern zwischen 2012 und 2014 mit mehr als 1.600 gewalttätigen Angriffen und 32 Morden verdoppelt.

Aufgrund der zunehmenden Gewalt versuchen immer mehr Frauen über die Grenze von Mexiko in die USA zu gelangen. Die Zahl der von den Grenzpatrouillen festgenommenen Frauen hat sich von 2013 auf 2014 verdreifacht. Mehr als 68.000 Familien haben 2014 die US-Grenze erreicht, 2015 waren es 40.000. Von den tausenden Asylansuchen wurde aber nur ein winziger Prozentsatz bewilligt.

Wie in Normas Fall ist oft Familienzugehörigkeit das ausschlaggebende Motiv



Die Honduranerin Clementina Murcia González mit Bildern ihrer beiden verschwundenen Söhne

der um Asyl ansuchenden Frauen: Mit alarmierender Regelmäßigkeit sind es Frauen, Mütter, Töchter und Schwestern von verfolgten männlichen Familienangehörigen. Andere wurden selbst Opfer von Gewalt, vielfach weil sie öffentlich gegen Gewalttäter oder kriminelle Banden in ihren Gemeinden auftraten. Es fliehen aber auch Mütter mit ihren Kindern, um sie vor der gewaltsamen Rekrutierung durch kriminelle Banden zu schützen.

Der UNHCR-Bericht „Frauen auf der Flucht“, der die dramatische Situation der Frauen in Zentralamerika und den fehlenden humanitären Schutz in Mexiko beschreibt, unterstreicht die Wichtigkeit von koordinierten Aktionen auf regionaler Ebene zur Verteidigung der Menschenrechte von Migrantinnen. Solche regionalen Aktionen könnten durchgeführt werden, ohne dadurch die Grenzsicherung zu beeinträchtigen. Bisher haben Mexiko und die USA jedoch vorwiegend Maßnahmen zur Grenzsicherung ergriffen, die auf Kosten von Menschenrechten – im speziellen jener von MigrantInnen – gehen.

„MigrantInnen jagen“

2014 wurde in El Salvador, Guatemala und Honduras das Programm „Allianz für Wohlstand“ zur Bekämpfung von Armut, Gewalt und Arbeitslosigkeit, Hauptfaktoren für die Migration aus Zentralamerika, gestartet. Das Programm wird

aus Mitteln der US-Strategie für Engagement in Zentralamerika finanziert, die für 2016 eine Milliarde US\$ zur Verfügung hat. Auch wenn die USA für den Sicherheitssektor in Zentralamerika seit 2008 mehr als 640 Millionen US\$ bereitgestellt haben, wurden die Ursachen für Migration und die aufkeimende humanitäre Krise bisher nur ungenügend bekämpft.

Ebenfalls seit 2008 haben die USA und Mexiko die Mérida-Initiative entwickelt und umgesetzt, unter anderem mit dem Ziel einer „dem 21. Jahrhundert entsprechenden Grenzstruktur“. Seit 2013 hat die mexikanische Regierung mit aktiver US-Unterstützung einen Sicherheitsplan für die Südgrenze des Landes verwirklicht. Die US-Unterstützung umfasst zwölf Marinestützpunkte entlang der Grenzflüsse Mexikos, drei 161 km lange Sicherheitslinien an den Grenzen zu Belize und Guatemala, technische Hilfe in Form von Kommunikations- und Überwachungstechnologien sowie das Training der Grenzkontroll-Einheiten. 2015 wurden die Mittel für die Mérida-Initiative vom US Kongress über die ursprünglich vorgesehenen 115 Millionen Dollar hinaus um weitere 79 Millionen Dollar aufgestockt, explizit um Mexikos Südgrenze zu sichern. Mit diesen Investitionen glauben die USA, potentielle MigrantInnen abhalten und die Zahl der illegalen Übertritte an der eigenen Grenze verringern zu können.

Foto: Federico Barahona

⇒ von Seite 29: FRAUEN AUF DER FLUCHT

Aus US-amerikanischer Sicht gibt es auch tatsächlich beachtliche Erfolge dieser Zusammenarbeit: 2015 ist die Zahl der an den Grenzen der USA festgenommenen zentralamerikanischen MigrantInnen von 239.000 auf 110.000 um die Hälfte gesunken.

Nicht so aus mexikanischer Sicht: Hier hat die US-gesteuerte Strategie, die Migration nach Norden durch die Befestigung von Mexikos Südgrenze einzudämmen, nur zu einem Ansteigen der Menschenrechtsverletzungen gegenüber den MigrantInnen geführt. NGOs sprechen offen von einer „Jagd auf MigrantInnen“. Es überrascht nicht, dass die Anzeigen gegen Mexikos Nationale Einwanderungsbehörde (INM) im ersten Jahr der Umsetzung des Programms um 39% und die Zahl der in Mexiko festgenommenen ZentralamerikanerInnen im selben Zeitraum um 70% gestiegen sind.

Mit direkter Gewalt, oft mit Waffen, durch Mauern entlang der Gleise und durch Erhöhung der Geschwindigkeit der Züge versuchen nun die mexikanischen Behörden, MigrantInnen systematisch am Besteigen der Züge Richtung Norden zu hindern. Durch diese Eindämmungsmaßnahmen sehen sich MigrantInnen gezwungen, alternative Routen zu suchen. Viele dieser Routen wurden bis vor kurzem überproportional von Frauen genutzt. Seit Einsetzen des verstärkten Grenzschutzes im Süden weichen aber auch immer mehr Männer auf die von Frauen genutzten Schleichwege aus.

Von Frauen benützte Routen

Die meisten Frauen migrieren nicht in der am besten dokumentierte Form: auf Lastzügen und spezielle MigrantInnenunterkünfte nützend. Frauen verfolgen verborgenerere Wege und Strategien: Sie heuern Schlepper und Schmuggler an, deren Leistung sie oft durch eine Kombination von Hausarbeit, sexuellen Diensten und Geld bezahlen. Sie wählen eher abgelegene Routen und Transportnetzwerke, weichen Straßensperren zu Fuß aus oder suchen auf ihrem Weg Richtung Norden streckenweise auch Mitfahrgelegenheit in Lastwägen. Da es entlang der Fernstraßen keine MigrantInnenunterkünfte gibt, steigen Frauen oft in zweifelhaften Hotels ab und setzten sich dadurch zusätzlichen Gefahren aus, fernab vom Schutz durch die

Kirche oder zivilgesellschaftliche Organisationen.

Seit Beginn des Programms an der Südgrenze sahen sich männliche Migranten in Mexiko gezwungen, ihre traditionellen Routen aufzugeben, um entweder auf Straßen auszuweichen oder zu Fuß durch Wildnis und Wüste zu wandern. Entlang bekannter Migrationsrouten wurde daher die Überwachung verstärkt, indem häufig mobile Straßensperren errichtet und Dokumente von allen MigrantInnen verlangt werden. In der Regel müssen sie dabei die Polizisten bestechen, wenn sie die Reise fortsetzen wollen.

Obwohl die Strategie der Frauen sie oft schneller in den Norden bringt als auf traditionellem Weg, setzen Frauen sich dadurch allen möglichen Gefahren aus, nicht nur was sexuelle Gewalt und Missbrauch anlangt. Doch die Berichte weiblicher Migrantinnen zeigen, wie Frauen diese Herausforderungen als notwendiges Übel in Kauf nehmen, um ihr Ziel zu erreichen.



Fußspuren in der Wüste nahe der US-mexikanischen Grenze

Aus Mangel an Beweisen

Die problematischsten Aspekte ihrer Flucht stellen laut UNHCR für die Frauen die Festnahme und das Stellen des Asylanspruchs dar. Tatsächlich wird trotz der umfangreichen Gesetzgebung in Mexiko Migrantinnen kaum internationaler Schutz als anerkannte Flüchtlinge oder humanitäre Hilfe gewährt.

Zudem werden festgehaltene MigrantInnen von Mexikos Nationaler Einwanderungsbehörde (INM) kaum über die Möglichkeit von Asylansuchen informiert, geschweige denn werden systematische Interviews geführt, um den Anspruch einer Person auf Flüchtlingsstatus oder humanitären Schutz festzustellen. Die mexika-

nische Hilfskommission für Flüchtlinge (COMAR) ist völlig überfordert, mit nur 15 BeamtInnen die steigende Zahl der Ansuchen im Land zu bearbeiten. Als Resultat hat Mexiko 2014 nur 322 Aufenthaltsgenehmigungen aus humanitären Gründen erteilt und nur 277 Personen erhielten zwischen Jänner und September 2015 Flüchtlingsstatus. 43% davon waren Frauen und 4,3% Kinder. Die meisten Ansuchen werden „aus Mangel an Beweisen“ abgelehnt.

Im Fall von Patricia, einer honduranischen Frau, die durch Mexiko nach Norden migrierte, scheiterte der Asylantrag fast an den mexikanischen BeamtInnen, obwohl die US-Behörden später entschieden, dass Patricia glaubwürdige Gründe für ihre Angst vor Verfolgung und Folter in ihrem Heimatland habe: „Die mexikanischen Beamten sagten mir, ich hätte keine Beweise. Sie wollten Beweise... Ich hatte aber keine Fotos, die zeigten, wie er mich verletzt hat. Sie vermittelten mir, wenn ich Fotos hätte, wäre es einfacher gewesen.“

Angemessene Schutzstandards für Familien und Kinder, die festgehalten und deportiert werden, werden ebenfalls kaum eingehalten. Kinder sollten laut Gesetz speziell vom Nationalen Institut zum Schutz von Minderjährigen (NIPI) betreut werden. Trotzdem werden die meisten Kinder ohne Rücksicht auf physische und psy-

chische Gefahren mit Erwachsenen zusammen untergebracht und deportiert. Während die USA 3 von 100 festgenommenen Kindern deportieren, schickt Mexiko 77 von 100 zurück.

Befestigte Grenzen hinter sich lassen

Im Oktober 2015 warf Washington der mexikanischen Regierung vor, keine ordentlichen Verfahren zu gewährleisten und die Menschenrechte der MigrantInnen nicht zu schützen und zahlte daher einen Teil der Hilfgelder nicht aus. Allerdings ist die Höhe der zurückgehaltenen Gelder (fünf Mio. Dollar) im Vergleich zur US-Finanzhilfe seit 2008 (über drei Milliarden) so gering, dass dies kaum Einfluss auf die

Menschenrechte der MigrantInnen gehabt haben kann.

Mexiko ist zahlreiche Verpflichtungen eingegangen, als es mehrere internationale Menschenrechtsabkommen unterzeichnete: das Internationale Übereinkommen zum Schutz der Rechte von WanderarbeiterInnen und ihrer Familien, das Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) und dessen Empfehlung No. 26 zu WanderarbeiterInnen, die UN-Kinderrechtskonvention und die Genfer Flüchtlingskonvention.



Foto: Mizue Aizeki

Blick mit Grenzzaun von San Diego Richtung Tijuana

Mexiko nun weitere Mittel zur Verfügung zu stellen, um die Einhaltung dieser Konventionen zu gewährleisten, könnte ein erster Schritt zum Schutz der Rechte von MigrantInnen sein.

Mexikos INM braucht dringend eine Stärkung seiner Fähigkeit, die Migrationsströme unter Einhaltung aller Menschenrechte zu verwalten. Angemessene Praktiken und Kriterien müssen entwickelt und angewendet werden, um entscheiden zu können, ob MigrantInnen internationalen Schutz brauchen (wie zum Beispiel im Fall potentieller Opfer von Entführungen, sexueller Ausbeutung oder anderen Menschenrechtsverletzungen), und sie an die entsprechenden Institutionen weiterzuleiten, damit ihnen zu ihrem Recht verholfen wird.

Es braucht spezielle Ausbildungen für BeamtInnen, um genderspezifische Risiken von Migrantinnen zu verstehen und zu erkennen, wann Frauen Recht auf Asyl und Flüchtlingsstatus haben. Die USA könnten durch die Merida-Initiative eine Schlüsselrolle dabei spielen, die Fähigkeit der mexikanischen Behörden zu erhöhen, Migrantinnen in ihrer schwierigen Situation

zu identifizieren, zu schützen und zu unterstützen.

Außerdem könnte die mexikanische Regierung zeitlich beschränkte Touristenvisa an alle potentiellen Einreisenden ausstellen, um die Risiken und Gefahren zu reduzieren, die mit der erzwungenen Illegalität der Flüchtlinge verbunden sind, und die Zahl der humanitären Visa erhöhen. Das würde die Gefahren für MigrantInnen im Transit reduzieren und eine effektivere und transparentere Betreuung der Flüchtlinge und Asylsuchenden ermöglichen.

Solche Maßnahmen würden zudem den von Mexiko in seinem Sonderprogramm für Migration 2014-2018 eingegangenen Verpflichtungen entsprechen, insbesondere der „Förderung einer internationalen Mobilität und von Migrationsformen, die Entwicklung begünstigen und die Menschenrechte respektieren“.

Was jedenfalls benötigt wird, ist ein integraler Lösungsansatz durch regionale Zusammenarbeit, der die Mobilität der Menschen in Zentralamerika und Mexiko fördert und gleichzeitig die Menschenrechte von MigrantInnen schützt. Investitionen in den Grenzschutz haben sich offensichtlich als ungenügend erwiesen. Wenn die betroffenen Staaten nicht auf die wachsende humanitäre Krise innerhalb und jenseits ihrer Grenzen reagieren und die Rechte ihrer BürgerInnen, auch wenn sie sich im Ausland aufhalten, nicht verteidigen, wird das weitere Menschenrechtsverletzungen mit sich bringen. Wenn die USA weiterhin in die Abschottungsmaßnahmen in Mexiko, einem Land mit schwacher Regierung und korrupten Institutionen, investieren, wird das Entführen, Erpressen, Foltern und Verschwindenlassen von MigrantInnen nicht aufhören. Es ist höchste Zeit, etwas dagegen zu tun. ■

Gabriela Díaz Prieto arbeitet mit dem *Institute for Women in Migration* (IMUMI) in Mexiko. Sarah Gammage ist Direktorin am *International Center for Research on Women* in Washington, D.C. Nela Perle hat den auf <https://nacla.org/> am 7.1.2016 erstveröffentlichten Beitrag übersetzt und gekürzt.

⇒ von Seite 23: GUATEMALA

21/CREOMPAZ; seine Arme und Beine waren noch gefesselt. Als er entführt wurde, war Oberst Ovalle Maldonado, heute der wichtigste Berater von Präsident Morales, kommandierender Offizier dieses Stützpunkts.

Chiquins Schicksal ist nur eine von tausenden solchen Geschichten in Guatemala. Zwar geht es im Verfahren gegen die angeklagten Offiziere nicht um jedes einzelne dieser Verbrechen, aber die Anschuldigungen gegen sie sind typisch für den staatlich geförderten Terror vor allem gegen die indianische Bevölkerung Guatemalas während der blutigsten Phase des langen bewaffneten Konflikts. Das Militär führte einen schmutzigen Krieg gegen jeden und jede, der oder die vom Staat als „innerer Feind“ betrachtet wurde.

„Jahrzehntelang herrschte in der guatemalteckischen Gesellschaft Angst davor, über das Verschwinden von Familienangehörigen zu sprechen“, erzählt Solomán Estrada, Direktor des Museums der Märtyrer in Guatemala Stadt. Sein Bruder ist 1984 zum Verschwinden gebracht worden. „Wir hoffen, dass wir durch die Prozesse diese Leidensgeschichte für die Familien der 45.000 durch das Militär Verschleppten beenden können.“

Nur wenige Tage nach Bekanntgabe der Verhaftungen rief Hauptmann Byron Lima Oliva, derzeit wegen des 1998 verübten Mordes an Bischof Gerardi im Gefängnis, die Familienangehörigen und UnterstützerInnen der angeklagten Offiziere dazu auf, „ihre Rechte zu verteidigen“ und Kundgebungen für ihre Freilassung zu organisieren. Die Anhänger des Militärs beschuldigen die Staatsanwaltschaft, Guatemala spalten zu wollen; sie solle lieber ehemalige Mitglieder der Guerilla verfolgen. Es gab auch bereits größere von Militärkreisen organisierte Demonstrationen und Proteste gegen die für Überlebende und RichterInnen nicht ungefährlichen Festnahmen, darunter mediale Kampagnen, die versuchen, das Vorgehen als illegal zu diffamieren.

„Wir versuchen nicht Guatemala zu spalten“, hält Estrada entgegen. „Wir wollen bloß Gerechtigkeit sehen für das Verschwinden unserer Angehörigen.“ ■

Der Autor ist unabhängiger Journalist; der Beitrag wurde am 26.1. auf <https://nacla.org> erstveröffentlicht. Übersetzung und Ergänzungen: Hermann Klosius

KURZNACHRICHTEN

Auswahl von Meldungen aus dem wöchentlichen Pressedienst lateinamerikanischer Agenturen POONAL und anderen (jeweils angegebenen) Quellen; deutsche Ausgabe bei: Nachrichtenpool Lateinamerika, Köpenicker Str. 187/188, D-10997 Berlin
Tel: +49-30/789 913 61, Internet: <http://www.npla.de>
E-mail: poonal@npla.de; als Email-Abo kann POONAL bei obiger Adresse gegen Spende bestellt werden.

USA-MEXIKO-ZENTRALAMERIKA

Massenabschiebungen zum Jahresbeginn

Die USA haben von Jänner bis September 2015 über 235.000 Menschen nach Mexiko und Zentralamerika abgeschoben. Und auch im neuen Jahr setzen die Behörden ihre Abschiebewelle fort: Bereits am Morgen des 2. Jänner wurden in mehreren US-Bundesstaaten zeitgleich Häuser durchsucht und über 120 Männer, Frauen und Kinder verhaftet und in ein Abschiebezentrum nach Texas abtransportiert. Die Polizei- und Zollbehörde ICE, die dem US-Heimatschutzministerium untersteht, hat die Razzien hauptsächlich in den Bundesstaaten Georgia, Texas und North Carolina durchgeführt. Das Ministerium teilte mit, dass die verhafteten MigrantInnen ohne Erlaubnis aus Mexiko und Zentralamerika eingereist seien und wieder dorthin deportiert werden sollen. Die verhafteten Familien hätten bereits gerichtlich einen Ausreisebefehl erhalten und alle Einspruchsmöglichkeiten ausgeschöpft, so die Behörde weiter.

Wie die Behörde ICE gegenüber der Zeitung *Nuevo Georgia* mitteilte, ist die Operation Teil eines im November 2014 angekündigten Schwerpunkts bei der Einwanderungskontrolle. Seitdem ist die Hauptaufgabe der Behörde, „Individuen zu verhaften und abzuschicken, die eine Gefahr für die nationale und öffentliche Sicherheit sowie den Grenzschutz darstellen“. Das betreffe Einzelpersonen und Familien, die vor allem seit 2014 bei einem illegalen Grenzübertritt aufgegriffen wurden und die nach dem 1. Jänner 2014 einen Abschiebebefehl erhalten haben.

Kika Matos, Sprecherin der Organisation FIRM, die für eine legale Einwanderung kämpft, kritisierte das Vorgehen der Behörden scharf. Die Abschiebung von Familien, die vor der Gewalt in ihren Her-

kunftsländern fliehen, sei „keine angemessene Antwort auf die humanitäre Krise in Zentralamerika“. Matos rief die Regierung von Präsident Obama auf, „sofort damit aufzuhören, Razzien durchzuführen und Familien zu terrorisieren und zu zerstören.“

Im Jahr 2015 haben die USA gemeinsam mit den Regierungen von Mexiko, Guatemala, Honduras und El Salvador Informationskampagnen gestartet, in denen vor den möglichen Gefahren gewarnt wird, die eine Reise in den Norden mit sich bringen würde. Wer ohne Erlaubnis die Grenze überquere, werde deportiert. Seit dem Sommer 2014 ist die Zahl der Abschiebungen zentralamerikanischer MigrantInnen stark angestiegen und beläuft sich auf durchschnittlich 14 Abschiebeflüge pro Woche.

LATEINAMERIKA

IV. Treffen der Celac in Quito

Der derzeit in Brasilien grassierende Zika-Virus gehörte ebenso zu den Diskussionsthemen beim IV. Treffen der *Celac* (Gemeinschaft der Staaten Lateinamerikas und der Karibik) wie der Friedensprozess in Kolumbien. Brasiliens Präsidentin Dilma Rousseff mahnte eine schnelle Zusammenarbeit der Organisation im Kampf gegen das Zika-Virus an, das bald die gesamte Region betreffen dürfte. Das kolumbianische Staatsoberhaupt Santos erklärte, der Krieg in Kolumbien sei der einzige Konflikt der Welt, der im Dialog beendet wird. Der UNO-Sicherheitsrat werde jetzt die Beobachter für die vereinbarte Waffenübergabe der FARC-Rebellen auswählen, deren Mission von der *Celac* einmütig unterstützt wird. Die Verhandlungen mit dem ELN bezeichnete Santos als vertrauensvoll und zeigte sich zuversichtlich, dass auch hier schnelle Fortschritte zu verzeichnen sein werden. Der dominikanische Präsident Danilo Medina, der von seinem ecuadorianischen Amtskollegen die Präsidentschaft der *Celac* übernahm, verwies darauf, dass der Kampf gegen Armut und Ungleichheit weiterhin eine wesentliche Aufgabe in der Region sein werde: „La-

teinamerika ist nach Asien die Region mit dem größten Wachstum der Mittelschicht, aber mit den afrikanischen Ländern südlich der Sahara die Region mit der größten Ungleichheit.“

www.quetzal-leipzig.de

GUATEMALA

Verfahren wegen systematischer Vergewaltigungen indigener Frauen

Die jüngste Geschichte Guatemalas ist geprägt von einem langen und schmerzhaften Bürgerkrieg. In den 36 Jahren von 1960 bis 1996 wurden die Rechte der Maya-Bevölkerung systematisch mit Füßen getreten. 83,3 Prozent der Menschenrechtsverletzungen wurden an der Maya-Bevölkerung begangen. Im Zuge des Konflikts wurden Maya-Frauen Opfer von Vergewaltigung, Missbrauch und sexueller Versklavung. Der Fall der Frauen von *Sepur Zarco* soll nun im Februar vor Gericht kommen. In dem im Nordosten des Landes gelegenen Ort waren Frauen der Maya-Bevölkerung systematischer sexualisierter Gewalt ausgesetzt. Nun werden die Opfer vor Gericht aussagen.

Dass es nun zu den Verfahren kommt, ist zu einem wesentlichen Teil auf die Arbeit von Frauenverbänden zurückzuführen. Diese leisteten Unterstützung bei der Einreichung der Klagen und sammelten und dokumentierten Aussagen der Opfer. Die heute über 50-jährigen Frauen leiden an schweren posttraumatischen Beschwerden. Seit 2009 betreut die „Allianz gegen das Schweigen und die Straflosigkeit“ die Betroffenen und setzt sich für eine gerichtliche Verurteilung der Verbrechen ein.

Die Gemeinde *Sepur Zarco* befindet sich im Nordosten des Landes an der Grenze zwischen den Departments Alta Verapaz und Izabal. Während des Bürgerkriegs waren hier etwa sechs Einheiten zur Folterung und Ausrottung der Maya-Bevölkerung stationiert. Im Jahr 1982 nahm das Militär alle Männer des Ortes gefangen. Die Frauen, die allein zurückblieben, wurden versklavt und sexuell missbraucht.

Sechs Monate lang wurden die Frauen von den guatemalteckischen Soldaten ausgebeutet. Im Drei-Tages-Rhythmus mussten sie in dem Militärcamp antreten, kochen, putzen und die Uniformen waschen. Dabei wurden sie immer wieder vergewaltigt, von einzelnen Soldaten oder von ganzen Gruppen.

Manche Frauen erzählen, dass man ihnen Spritzen setzte und sie zwang, Medikamente einzunehmen, um Schwangerschaften vorzubeugen. Bei einem Tribunal gegen sexuelle Gewalt im Jahr 2010 beschlossen die Frauen, vor Gericht zu gehen, und reichten im Jahr 2011 Klage ein. Es ist das erste Mal, dass ein Verbrechen gegen Frauen nach internationalem Recht vor nationalen Gerichten verhandelt wird.

Nach Ansicht der Kommission für die geschichtliche Aufarbeitung wurde sexuelle Gewalt während des Bürgerkriegs vom Staat massiv gezielt und systematisch als politisches Handlungsmittel gegen Aufständische eingesetzt. Sexuelle Gewalt gilt somit als Verbrechen gegen die Menschlichkeit, als Kriegsverbrechen sowie als Bestandteil von Genozid. Daher bleibt zu wünschen, dass die Zeuginnenaussagen und das Ergebnis des Prozesses national und international wahrgenommen werden und eine neue Etappe der Diskussion und geschichtlichen Aufarbeitung des eklatanten Rassismus in Guatemala in Gang gesetzt wird.

Pamela Leiva Jacquelin, IWGLA

COSTA RICA-NICARAGUA-KUBA

Erste KubanerInnen können Reise fortsetzen

Für die rund 8.000 KubanerInnen, die seit Mitte November in Costa Rica und in geringerer Zahl in Panama festsitzen, scheint das Warten bald ein Ende zu haben. Am Abend des 12.1. startete ein erster Flug von Costa Rica nach El Salvador. Vorausgegangen waren zähe Verhandlungen zwischen den Staaten Zentralamerikas. Zunächst durften aber nur 180 Menschen im Rahmen eines Pilotprojektes weiterreisen.

Am 16. November hatte Nicaragua die Grenze für kubanische MigrantInnen dicht gemacht. Seither schieben sich die Regierungen Costa Ricas und Nicaraguas die Schuld an dem humanitären Ernstfall auf costa-ricanischer Seite zu. Und seither ist durch nachkommende Migrierende die Zahl der KubanerInnen in den eilig eingerichteten Aufnahmeeinrichtungen auf fast 8.000 angewachsen.

Wochenlang hatte Costa Rica mit seiner Forderung auf Granit gebissen, Nicaragua möge die Weiterreise ermöglichen. Auch anschließende Verhandlungen mit

Honduras, El Salvador und Guatemala blieben lange Zeit erfolglos. Nun gibt es also eine Lösung zwischen Costa Rica, El Salvador, Guatemala und Mexiko, das 'widerspenstige' Nicaragua wird überflogen.

555 US-Dollar kostet die Reise pro Person, darin enthalten der Flug vom costa-ricanischen Flughafen Liberia nach San Salvador, danach Busse Richtung Guatemala und zur guatemaltekisch-mexikanischen Grenze, Visumskosten und eine Krankenversicherung, der Weg quer durch Mexiko dagegen nicht. Üppig, wenn man bedenkt, dass ein Oneway-Ticket von San José nach San Salvador derzeit maximal 150 USD kostet und dass Busfahren in Zentralamerika nicht gerade teuer ist. Es scheint, dass neben dem offiziellen Beförderer, der Fluggesellschaft Avianca, auch andere Transporteure an dem Projekt verdienen.

555 US-Dollar, die die KubanerInnen übrigens selbst bezahlen müssen, denn weder Costa Rica noch andere Länder, noch internationale Organisationen wie die Internationale Organisation für Migration (IOM), die den Weiterreise-Deal vermittelt hat, beteiligen sich an den Kosten. Guatemala hatte sogar nur unter der Bedingung zugestimmt, dass die Durchreise der Migrierenden für das Land kostenneutral bliebe. So waren die 180 Menschen, die das erste Flugzeug nehmen durften, jene, die nach der langen Reise von Kuba über Ecuador, Kolumbien und Panama noch über genügend finanzielle Ressourcen verfügten. Sie mussten außerdem erwachsen und gesund sein und über ein gültiges costa-ricanisches Visum verfügen.

Diese Lösung finden längst nicht alle gut. Vor allem diejenigen nicht, die zuerst an der Grenze zu Nicaragua aufgehalten und nach Costa Rica zurückgeschickt worden waren. Denn diesen ersten fast 1.000 Menschen hatte die costa-ricanische Einwanderungsbehörde „deportiert“ in den Pass gestempelt, was nicht nur Nicaragua zum Anlass genommen hatte, keine KubanerInnen mehr ins Land zu lassen, sondern was nun auch bei der Weiterreise Probleme bereitet. Diese ersten finden es ungerecht, dass sie nun von allen später Gekommenen überholt werden.

Costa Ricas Außenminister Manuel González dämpfte die Hoffnung auf eine schnelle Weiterreise aller in seinem Land gestrandeten KubanerInnen. Bis das Warten an der costa-ricanisch-nicaraguanschen Grenze ein Ende hat, werden also sicherlich noch Wochen ins Land gehen.

Kern des Problems ist die unterschiedliche Behandlung kubanischer MigrantInnen gegenüber denen anderer Nationen durch die US-Einwanderungspolitik. Erstere werden als politische Flüchtlinge eingestuft und erhalten großzügige Aufenthaltsgenehmigungen, während MigrantInnen aus den zentralamerikanischen Staaten in der Regel abgeschoben oder in die Illegalität gedrängt werden.

Markus Plate

DOMINIKANISCHE REPUBLIK

Gericht verhindert Entkriminalisierung der Abtreibung

Nach der Annullierung der Strafrechtsreform bleibt der Schwangerschaftsabbruch in der Dominikanischen Republik auch weiterhin uneingeschränkt eine Straftat. Präsident Danilo Medina hatte am 19. Dezember 2014 die umfassende Reform des Strafrechts verkündet und damit die Einstufung der Abtreibung als Straftat in drei Fällen aufgehoben: wenn die Schwangerschaft ein Risiko für das Leben oder die Gesundheit der Mutter darstellt, wenn der Fötus nicht außerhalb der Gebärmutter überleben könnte oder im Falle einer Vergewaltigung. Nachdem jedoch religiöse und konservative Gruppen Einspruch eingelegt hatten, erklärte das Verfassungsgericht die Reform für verfassungswidrig.

Die Einwände gegen das von Präsident Medina vorgeschlagene Gesetz 550-14 richteten sich gegen die Artikel 107, 108, 109 und 110, die im Zusammenhang mit Schwangerschaftsabbrüchen stehen.

Für Erika Guevara Rosas, Direktorin des Regionalprogrammes für Amerika bei Amnesty International, bedeutet die Entscheidung mitten im 21. Jahrhundert einen Rückschritt für die Menschenrechte der Frauen. „Die Auswirkungen dieser Entscheidung werden katastrophal für die Frauen und Mädchen der Dominikanischen Republik sein. Sie werden weiterhin bestraft, diskriminiert und gezwungen, sich gefährlichen Abtreibungen zu unterziehen, da man ihnen den Zugang zu einer legalen medizinischen Behandlung verwehrt.“

Nach Daten verschiedener Gesundheitsorganisationen werden im Land jedes Jahr heimlich 85.000 Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen. Ungefähr 15.000 Frauen suchen mit schweren gesundheitlichen Beschwerden öffentliche Kranken-

TANGO – EIN KULTURTRANSFER

Als Philosophin und Tangotänzerin bezeichnet sich die Autorin des folgenden Beitrags, durch den sie uns eine der weltweit bekanntesten und populärsten Facetten lateinamerikanischer Kultur näherbringt – und hoffentlich Lust darauf macht, diesen Tanz, der von Argentinien aus einen Siegeszug um die Welt angetreten hat, auch selbst zu praktizieren.

Von Susanne Köb

Die Welt rund um den Tango ist in Argentinien zu einem ökonomisch relevanten Element geworden. Angeblich tanzen zwar nur 0,5 Prozent der Argentinier Tango, das wären aber allein in Buenos Aires ungefähr 60.000 Menschen. Es gibt ein riesiges Angebot von kolportierten 120 Milongalokalen¹ mit zehntausenden von Besuchern pro Woche und 150.000 Kursteilnehmern pro Jahr. Showpaare, Lehrer, Tanzkleidungs- und Schuhmanufakturen sowie viele Musiker leben dort und mittels Auslandstourneen und Produkt-Export vom Tango. Tanzbegeisterte aus dem Ausland, hauptsächlich aus den USA und Europa, tragen neben den unmittelbaren Ausgaben fürs Tangotanz die Kosten für ihre Reisen, hunderte von Millionen Euro pro Jahr. Der Tango bringt den Porteños² 135 Mio. jährlich ein.³

Staatliche Förderung

In Argentinien und Uruguay selbst wird der Tango heute staatlich gefördert. 1990 gründet der Dichter und Tangoexperte Horacio Ferrer die *Academia Nacional del Tango*, die sich der Lehre, Ausbildung und Dokumentation widmet. Es gibt Lehrorchester, Liederwettbewerbe und Musikschulen, wo man verschiedene Tango-Musikstile erlernen oder präsentieren kann. Der TV-Kanal *Solo Tango* strahlt ausschließlich Tango aus. Zeitschriften und Tangoführer erscheinen (z. B. *El Tangauta*), aber auch in den „normalen“ Medien wird dem Tango seit der Jahrtausendwende mehr Aufmerksamkeit geschenkt. In den 1990er Jahren veranstaltet man die erste *Expo Tango* sowie die Tangowoche *Semana del Tango*. Sie endet an Carlos Gardels Geburtstag, dem 11. Dezember. Dieser Tag wurde zum *Día del Tango* (Tag

des Tango) erklärt. Die Zahl der Festivals (z. B. *Cambalache*, *Tango Queer*) steigt. Seit August 2002 gibt es eine Tango-Weltmeisterschaft mit den Kategorien *Tango Show* und *Tango Salón*.

Symbol für Argentinien

Der *Tango argentino*⁴ ist aber international ein Symbol für Argentinien. Tangokenner meinen, dass sich wesentliche Züge der argentinischen Mentalität in Tangotext und Tangotanz verdichten: Lebensgefühle von Sehnsucht und Traurigkeit, der Hang zur Dramatik, das Temperament der Südländer, Improvisationsfähigkeit. Scheinbares Chaos und tatsächlich komplizierte Verhältnisse. Ein berühmter Showtänzer und Tangolehrer, Juan Copes, sieht den Tanz als Repräsentant „unseres Charakters, unserer Wurzeln und Identität“.

Tangoleidenschaft außerhalb Argentinien

Obwohl der Tangotanz ein Spiegeltypischer argentinischer Lebenseinstellungen zu sein scheint, ist er in die Welt exportiert worden und hat in wiederkehrenden Modewellen vor allem Menschen in den Großstädten fasziniert.

Der Tango ist ein Kind der Vorstadt. Es sind die Straßenecken und kleine Tanzflächen in den Hafenkneipen und Bordellen in Buenos Aires, wo der Tango entsteht. Die armen europäischen Einwanderer (ca. 1890-1930) gelten als seine Erfinder. Die erste „Rückwanderung“ nach Europa findet in den 1910/20er Jahren statt. Insbesondere in Paris, Mailand, Berlin und Wien⁵ entwickelt sich eine Liebe (und Polemik) gegenüber dem Tango. Europäisch „gezähmt“ und als *Salon-Tango* bezeichnet erfährt dieser – in Buenos Aires vormals verpönte – Tanz etwas später auch in den bürgerlichen Wohnzimmern der Porteños Anerkennung. Das könnte man als zweiten Kulturtransfer bezeichnen.

Die dritte Modewelle in Europa (und auch den USA⁶) beginnt in den 1980er Jahren und hält bis heute an.⁷ Sie geht auf die Erfolge des *Tango danza* (Kunsttango), in Tango-Shows (z. B. *Tango Argentino* am Broadway) und Tango-Filmen zurück (z. B. „*Tango Lesson*“ von Sally Potter und „*Tango*“ von Carlos Saura) und löst das größte internationale Revival seit 1910 in Paris aus.

Lehrer, Showtänzerinnen oder Choreografen bewegen heute in zahlreichen größeren Städten der sogenannten „westlichen“ Welt – von Oslo bis Kapstadt und von Lima bis Tokio⁸ – eine Tanzszene, die aus *clases* (Unterricht), Workshops, Milongas, Festivals, Konzerten und Tanzmarathons besteht. Das Unterrichtsniveau ist hoch und der Tanz authentisch (ohne „Kopfwurf“-Klischees).

Diese Begeisterung hat Kunst und Wirtschaft auch außerhalb der Rio de la Plata-Region inspiriert und eine ganze Reihe von anderen Artikeln und Nebenprodukten hervorgebracht, wie zum Beispiel Tango-Mode, Tango-Reisen oder Tango-Malereien. 2009 erklärt die UNESCO den Tango zum Weltkulturerbe.

Aber was ist Kultur? Kultur ist ein Set von Regeln, das die Formen des Denkens, des Wollens, Fühlens und Handelns ihrer Mitglieder bestimmt. Neben Werkzeugen, Siedlungsformen, Rechtsinstitutionen und Techniken des Umgangs mit der Natur gehören auch die Formen der Kommunikation dazu. In unserem Fall die Tanzkommunikation und Milonga-Etikette. Bei einem Tangotanzabend gelten traditionellerweise bestimmte *códigos*, also Regeln, wie man sich verhalten soll, insbesondere was das Auswählen des Tanzpartners betrifft (Auffordern, Ablehnen) und die Navigation auf der Tanzfläche.⁹

Kultur hat eine statische und eine dynamische Seite. Einerseits hebt sie sich von anderen ab und ist eine Einheit. Jede Kultur ist der „Mythos“, an den die Mitglieder so fest glauben, dass sie es nicht einmal bemerken. Es ist die Weltsicht, die selbstverständlichen Kriterien für Wahrheit, Plausibilität, Schönheit und Moral.

Andererseits ist Kultur ambivalent, rezeptiv und dynamisch. Kulturelle Grenzen sind nie rein und auch nicht ein für alle Mal definierbar. Der Mensch hat von Natur aus Kultur, weil nicht durch Instinkte festgelegt. Er hat einen inneren Abstand zu sich selbst und kann mit seiner kulturellen Identität experimentieren und sein Selbst-Sein ausdehnen¹⁰.

Tango – ein Kulturtransfer

Kulturen befruchten sich gegenseitig ständig. So beeinflusst auch umgekehrt der in den USA und Europa getanzte Tango denjenigen in Argentinien. Ein anderes

DIREKT AUS BUENOS AIRES
TANGO BALLET

TODSÜNDEN PECADOS CAPITALES

MIT DER PRIMA BALLERINA
DES TEATRO COLÓN
NADIA MUZYCA & ENSEMBLE

MUSIK ASTOR PIAZZOLLA

So 31. Jänner 2016 11h & 19h30
Mo 1. Februar 2016 19h30

MUTH
Konzertsaal der Wiener Sängerknaben
Augartensplatz 1, 1030 Wien
Info & Karten
www.muth.at (+43 1 347 80 80)

Kürzliches Gastspiel eines argentinischen Tango-Balletts in Wien

Beispiel sind die musikalische Genres *Tango Fusion* oder *Elektrotango*, die Stücke produzieren, die zu dem passen, wie Europäer Tango tanzen: viele und raumgreifende Figuren¹¹. Kulturexport ist also oft gleichzeitig ein Import oder ein Re-Import. Beim Tango war das schon zu Beginn so, als der europäisch „gezähmte“ Tango zum geographischen Ursprung zurückkehrt, aber nun auch in den bürgerlichen Wohnzimmern von Buenos Aires Aufnahme findet, wo er als vormaliger Hafentanz nicht gewürdigt worden war.

Der Tango ist extrem multikulturell. Viele Menschen verschiedenster Nationalitäten und Mentalitäten haben beigetragen, dass Tanz und Musik das wurden, was wir heute als Tango bezeichnen. Schon der Ursprung des Namens „Tango“ ist ungeklärt. Hypothesen gehen vom nigerianischen *Shàngò* bis hin zum lateinischen *tangere* (berühren). In den Annalen der ersten Generationen des Tango finden wir Hinweise auf viele Nationen: Einer der legendärsten Tänzer der Anfangszeit (Casimiro Ain) bekommt den Spitznamen, „der kleine Baske“, *el Vasquito*. Das beweist, dass

er der großen Gruppe der spanischen Einwanderer angehört. Die Sängerikone Carlos Gardel soll als Charles Gardes in Frankreich (oder doch Uruguay?) geboren worden sein. Einer der fleißigsten Komponisten und langlebigsten Orchesterleiter (1905-1995) heißt Osvaldo Pugliese. „Pugliese“ weist auf das italienische Apulien hin, Komponisten-Nachnamen wie Omar oder Brown auf arabisches bzw. englische Herkunft.

Musikalisch speist der Tango sich u.a. aus dem kreolischen Stegreifgesang der Gauchos, der kubanischen Habanera, dem Flamenco, aus

der „schwarzen“ Perkussionsmusik sowie aus Walzer, Polka und Mazurka und der italienischer Liedtradition. Das Leitinstrument des Tango ist das Bandoneon, erfunden vom Deutschen Hans Band. Nun scheint es fast folgerichtig, dass der Tango sich aufgrund seiner Vielschichtigkeit weiterhin weltweit verbreitet. ■

(2. Teil in der nächsten Ausgabe)

Mag. Susanne Köb ist Philosophin und Tangotänzerin in Wien sowie Autorin von „Reisephilosophie“ (2005) und „Tango macht glücklich“ (2014, www.tangomachtgluecklich.at).

¹ Ein Tangotanzabend heißt Milonga.

² Bewohner von Buenos Aires

³ aus „Tangodanza“ 3/2010. Bielefeld (vierteljährl.).

⁴ Der Tango argentino ist Musik und Tanz. Beide sind um 1880 ursprünglich in Buenos Aires und Montevideo entstanden. Da beide Städte am Delta des Río de la Plata liegen, müsste man korrekterweise vom „rioplatensischen“ Tango sprechen.

⁵ Aber auch in Tokio! Der Austausch ist so rege, dass sich dort u.a. spezielle Tango-Orchester bilden. Ab den 1950ern kommen berühmte argentinische Ensembles auf Tournee

ins Land des Lächelns und widmen Japan sogar Tango-Titel: z.B. „Saludo a Japón“ – Gruß an Japan (J. Canaro), „Tokio“ (Antonio Bonavena) oder „Fujiyama“ (A. Troilo).

Überraschenderweise hat auch Finnland eine eigene Entwicklung durchgemacht: Nach der ersten allgemeinen europäischen Begeisterung für den Tango werden deutsche Tangos ins Finnische übersetzt, es entstehen melancholische Kriegstangos mit einem erotikfernen Figurenrepertoire. Der finnische Tango reiht sich – im Gegensatz zu anderen Ländern – unter die diversen Paartänze (Walzer, Latin oder Humppa) volkstümlicher Tanzveranstaltungen ein. Heute schließt sich das Land gleichzeitig wieder dem europäischen Enthusiasmus für den authentischen Tango Argentino an.

⁶ Der Tango-Austausch davor mit den USA wäre ein eigenes Kapitel.

⁷ Musikalisch gesehen initiiert und prägt Astor Piazzolla den Tango Nuevo. Er kreierte ab Mitte der 1950er Jahre konzertante Tangokompositionen mit Anklängen an den Jazz (z. B. Album: „Tango Nuevo – Summit“). Einflüsse aus der modernen E-Musik verleihen seinem Tango das Lebensgefühl der pulsierenden Metropole. Heute schaffen bereits die „Enkel“ Piazzollas innovative Tangos. Man nimmt Anleihen aus Folklore, Pop und Rockmusik. Seit den 1990er Jahren „explodieren“ die Elektro-Tango und Fusion-Tango-Formationen. Nach Carlos Libedinsky, Komponist der CD „Narcotango“, ist diese Musik aus dem Bedürfnis entstanden, eine passende Begleitung zu dem zu finden, was in Europa als Tango getanzt wurde. Der Tango ist Teil der Weltmusik geworden. In Italien und Spanien fühlt man sich eher ans Original angepasst, in anderen Ländern wird der Tango mehr in die nationale Musiktradition übertragen, was genuine Kreationen hervorbringt. Das ist zum Beispiel der Fall in der Türkei, in Griechenland, beim Tango arabe oder Balkantango.

⁸ Österreich: Regelmäßig kann man – außer in St. Pölten – in allen Landeshauptstädten und in einigen Bezirksstädten (z. B. Steyr, Villach, Feldkirch) Tango tanzen.

⁹ z.B. nur auf der äußersten Spur tanzen, kein Zickzack und die rueda einhalten, also das gemeinsame gleichmäßige Drehen der Tanzpaare auf der Fläche.

¹⁰ vgl. Polylog, Zeitschrift für interkulturelles Philosophieren, Nr. 1, 20 und 27. Wiener Gesellschaft für interkulturelle Philosophie. www.polylog.net

¹¹ Ein anderes Beispiel: In Buenos Aires hat sich die Tätigkeit des sog. Taxitänzers entwickelt. Er bietet ausländischen Tänzerinnen Tanz und Abendbegleitung für die Milongas an.



BUCHBESPRECHUNG

STRUKTUREN DER GEWALT

Anne Huffscheid, Wolf-Dieter Vogel,
Nana Heidhues, Michael Krämer (Hg.):
**TerrorZones. Gewalt und Gegenwehr
in Lateinamerika**
Assoziation A, Berlin, Hamburg, 2015.
251 Seiten, € 18,50

Das Verschwinden bzw. Verschwindenlassen von 43 Lehramtsstudenten in mexikanischen Ayotzinapa im September 2014 lenkte auch im Ausland die Aufmerksamkeit auf Zustände, mit denen die Menschen in Mexiko schon seit langem leben müssen: die intime Verstrickung von Polizei, Politik und organisiertem Verbrechen. Was mit den unglücklichen Studenten passierte, die zu einer Demonstration unterwegs waren, ist bis heute ungeklärt. Sicher ist, dass sie von der Polizei aufgehalten wurden. Nach offiziellen Darstellungen wurden sie dann einer Drogenbande übergeben, die sie massakrierte und verbrannte. Der Bürgermeister der Kreisstadt Iguala und seine Frau sind auf der Flucht. Der Präsident verspricht Aufklärung, übernimmt aber keinerlei politische Verantwortung für ein System von Korruption und Gewalt, das ihm schwerlich verborgen geblieben sein kann.

Die Ereignisse von Ayotzinapa gaben den Anstoß für dieses Buch, das sich als Nachfolgeband der 2012 erschienenen *NarcoZones* versteht. *NarcoZones* setzte sich mit den Logiken, Routen und Räumen der kriminellen Ökonomien in Lateinamerika auseinander. Bei *TerrorZones* geht es um die Politiken des Terrors nicht nur in Mexiko, sondern in ganz Lateinamerika. An anschaulichen Beispielen wird dargestellt, dass Gewaltexzesse nicht als „das irrationale Gegenstück zu Moderne, Zivilisation oder Demokratie“ misszuverstehen seien, sondern „durchaus rational und funktional in diesen Kontexten funktionieren“ können. Nämlich um Macht zu demonstrieren, Kontrolle auszuüben, Gemeinschaft zu stiften oder Souveränität herzustellen.

Die Autoren erkennen ein Schema, das sich von den Militärregimes der 1970er Jahre dadurch unterscheidet, dass Gewalt dezentraler und unberechenbarer ausgeübt werde. Die Folge sei die Traumatisierung



der Opfer, die Generation von Angst und sozialer Lähmung.

Es geht nicht um die Beschreibung von Gräueltaten, sondern um den Umgang mit den Strukturen der Gewalt. So schildert ein Kapitel, wie in Kolumbien Opfer militärischer und paramilitärischer Gewalt ihre Traumata verarbeiten. In der Zielgerade der Friedensverhandlungen zwischen Regierung und FARC wird viel über Erinnern, Vergeben und Vergessen gesprochen. Und Opfer staatlicher Willkür sehen es mit gemischten Gefühlen, wenn der Staat ein Zentrum der Erinnerung einrichtet.

Wie organisieren sich die Menschen, um der Gewalt zu begegnen, ohne durch Gegengewalt die Spirale des Todes weiter anzutreiben? In Mexiko zeigen indianische Gemeinschaften, dass Selbstverteidigungsverbände etwas anderes sind als paramilitärische Gruppen, wie sie etwa von Viehzüchtern aufgestellt werden, die keine Schutzgelder an die Guerilla zahlen wollen.

In einem abschließenden Kapitel beschäftigt sich Wolf-Dieter Vogel mit der deutschen Verantwortung für die politische Gewalt in Mexiko. Das Sturmgewehr G 36 der Waffenschmiede Heckler&Koch erfreut sich auch in jenen Bundesstaaten größter Beliebtheit, in die wegen Menschenrechtsbedenken gar keine Rüstungsexporte gehen dürften. Die Recherche wirft ein bezeichnendes Licht auf die Doppelmoral im öffentlichen Diskurs, auf den

nonchalanten Umgang mit Verboten und auf die Rolle von Waffenlobbyisten.

Kann Mexiko aus den kolumbianischen Erfahrungen mit Drogengewalt und Staatsterrorismus etwas lernen? Diese Frage wird aufgeworfen und bleibt letztlich unbeantwortet. Leserin und Leser profitieren von der Lektüre aber mit Sicherheit.

Ralf Leonhard

STANDARDWERK ZUR US-DROGENPOLITIK

Robert Lessmann: **Der Drogenkrieg in den Anden. Von den Anfängen bis in die 1990er Jahre**

Springer VS, Wiesbaden 2015, 392 Seiten,
€ (D) 69,99, € (A) 71,95

Wie der Autor selbst in der Einleitung hervorhebt, handelt es sich bei dieser Neuauflage um ein historisches Buch, dessen Vorgänger unter dem Titel „*Drogenökonomie und internationale Politik*“ 1996 erschienen und seit Jahren vergriffen ist. Dass es zwanzig Jahre später eine zweite Auflage gibt, ist für eine Politik-bezogene Publikation ungewöhnlich, beweist aber seine ungebrochene Aktualität und Relevanz. Denn ebenso wie der Handel mit illegalen Drogen – trotz der vielen Milliarden Dollar, die im Kampf dagegen aufgewendet wurden – in Lateinamerika weiterhin floriert, ist der Drogenkrieg in der Region nach wie vor präsent. Zwar wird dieser Begriff von der Regierung Obama nicht mehr verwendet und ist es innerhalb der Vereinigten Staaten zu einer gewissen Liberalisierung gekommen, doch trotz dieser geänderten Rhetorik sind heute 4000 US-Soldaten in der Region im Einsatz gegen Drogen, patrouillieren Flugzeuge und Schiffe der USA entlang der vermuteten Transportrouten.

Die Einblicke, die Lessmanns Buch liefert, „unterstützen jene in der Region, die für bedeutende Reformen in der Drogenpolitik eintreten“, urteilt die angesehene Drogenexpertin Coletta Youngers vom *Washington Office on Latin America* in ihrem Vorwort. Denn die Erkenntnis, dass die bisher verfolgte Drogenpolitik zwar hohe Kosten verursacht sowie Konflikte und Gewalt geschürt hat, ohne ihre Ziele zu erreichen, hat auf dem Subkontinent eine bisher beispiellose Debatte über die Ausrichtung dieser Politik ausgelöst. Der



Drogenkrieg hat – in einer Art Balloneffekt – nur zur Verlagerung von Anbaugeländen und Handelsrouten geführt, aber über 40 Jahre nach seinem Beginn „haben in den meisten Ländern Lateinamerikas die mit Drogenhandel und –abhängigkeit verknüpften Probleme enorm zugenommen. In manchen Ländern ist die drogenbedingte Gewalt exponentiell gewachsen und die mit Drogen verbundene Korruption durchzieht die ganze Region“ (Youngers).

Erstmals haben amtierende lateinamerikanische Präsidenten dazu aufgerufen, das Scheitern des aktuellen Drogenkontrollregimes anzuerkennen, und mit ihrem Ruf nach Reformen selbst innerhalb der UN Gehör gefunden, die deshalb im kommenden April eine Sondergeneralversammlung zur Drogenproblematik durchführen wird.

Lessmanns Buch schildert einerseits am Beispiel von Bolivien und Kolumbien die katastrophalen Auswirkungen des Drogenkriegs in einer Zeit rasch eskalierender militärischer US-Präsenz; andererseits erklärt er, gestützt auf das Studium von Dokumenten in Washington, die der US-Politik zugrunde liegenden Tendenzen und Kräfte. Dass es sich in hohem Ausmaß auf solche Primärquellen stützt, ist eine der wichtigsten Stärken des Buches. Seine Lektüre sei allen empfohlen, die sich über die Wurzeln der Drogenpolitik der USA, ihre Auswirkungen in den betroffenen Ländern und die Vorzeichen eines möglichen Kurswechsels informieren wollen. Bedauerlich ist, dass der hohe Kaufpreis dafür eine nicht unwesentliche Hürde darstellt.

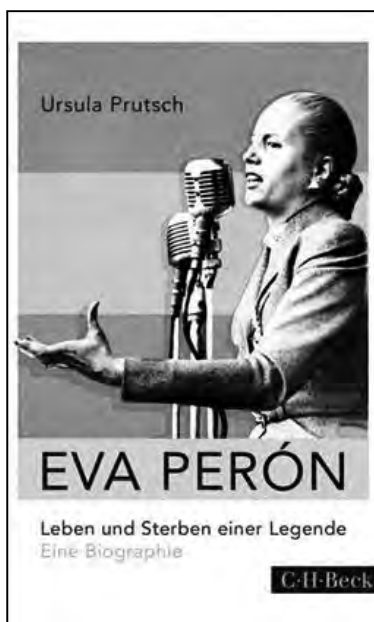
Hermann Klosius

MYTHOS EVA PERÓN

Ursula Prutsch: Eva Perón. Leben und Sterben einer Legende

Eine Biographie. München, C. H. Beck, 2015, 250 Seiten, € 17,50

Marie Langer, die leidenschaftliche Antifaschistin aus Wien, vor den Hitler-Schergen nach Buenos Aires geflüchtet (wo sie zur Mutter der argentinischen Psychoanalyse aufsteigen sollte), reihte sich, widerstrebend zwar, dem unübersehbaren Trauerzug hinter dem Sarg der am 26. Juli 1952 verstorbenen Eva Perón ein. Denn die Kommunistin aus Wien misstraute dem schillernden Populismus Peróns, erwies aber der klassenkämpferischen Gattin ihre Reverenz. In einigen Essays versuchte sie später eine psychoanalytische Deutung anhand der bösen Evita-Mythen (Blutsaugerin, Kinderfresserin), die in Buenos Aires in großbürgerlichen Kreisen zirkulierten, wo die „puta“ abgrundtief gehasst wurde. (Jorge Luis Borges bezeichnete die damalige Zeit verächtlich als „*época irreal*“.)



Sechs Dekaden später greift eine Österreicherin erneut das Thema auf: Ursula Prutsch, Professorin an der exzellenten Ludwig-Maximilian-Universität München und dort zuständig für die Geschichte der Amerikas, deren Themen sie kreativ aus kulturhistorischer Perspektive abhandelt. Nun wäre Eva Perón in Mitteleuropa

längst vergessen, gäbe es nicht das Blockbuster-Musical „Evita“, verkörpert von Madonna, und nicht gerade schmeichelhaft in Populär-Kitsch umgesetzt. Wer sich heute an Eva Perón versucht, muss daher akribisch die Zeit davor dokumentieren. Unsere Autorin kann zudem aus ihrem Forschungsarsenal Erkenntnisse von US-amerikanischen und britischen Archiven einspielen. Dies alles verdichtet sie zu einem nachdenklichen Biografie-Essay, der das an und für sich grobe Thema mit eleganter Hand anschlägt.

Die uneheliche, aus tiefster argentinischer Armutsprowinz geborene Eva Duarte durchschreitet bei unserer Autorin alle ihr zugeschriebenen positiven und negativen Positionen: als Märtyrerin, Wohltäterin der Armen, Kameradin (als Vorstufe zum Feminismus!), Mutter der Nation, Schutzmantel-Madonna, Heilige – Santa Evita eben; aber auch als Heuchlerin, Simulantin, Erpresserin, Diebin, Dämonin, korrupt und infam, den Reichtum der Nation vergeudend. Argentinier haben über all dies oft und ausgiebig geschrieben. V.S. Naipaul, später Literatur-Nobelpreisträger, grub auch noch den Tratsch „of her reputed skill in fellatio“ aus.

Unsere Autorin durchquert unbeirrt dieses Gestrüpp an polemischer Literatur und präsentiert ein ausgewogenes Bild der Heldin, deren Ikone Argentinien fixierte – bis heute, weil der Peronismus in immer neuen Metamorphosen (zuletzt im „*Kirchnerismo*“) auflebte.

Warum? Weil, so Prutsch, der Peronismus, als Paradox, allen Anhängern Glück versprach, ohne es auf die Dauer erfüllen zu können. Jedes Mal ging dabei das – vor potentiellem Reichtum berstende – Land fast bankrott: 1955, 1973-76, 2001, 2015. Und doch war der Peronismus, quasi als unterirdisch wucherndes Rhizom, nicht umzubringen. Solange der Evita-Mythos hält, wird es nicht austrocknen. Ob der liberal-bürgerliche Präsident Mauricio Macri, der bei der Stichwahl im November 2015 über den peronistischen Kandidaten triumphierte, daran etwas ändern kann, muss sich erst erweisen.

Wie auch immer: „So kann die Geschichte von Eva Perón auch als Lehrstück für das Handeln von Populisten gelten, heißen sie nun Hugo Chávez, Victor Orban, Jean-Marie und Marine Le Pen, Jörg Haider und Sarah Palin“, urteilt Prutsch kontrovers. Ein Grund mehr für eine Lektüre-Empfehlung!

Gerhard Drekonja

weiter Seite 38 ➔

⇒ von Seite 37: BUCHBESPRECHUNGEN

HAVANNA ZUM SCHMÖKERN

Lucia Mennel: *Havanna. Lesebuch*

Geschichten, Anekdoten und Einblicke in die Hauptstadt Kubas. Ausgewählt und zusammengestellt von Lucia Mennel

La Habana. Libro de Lectura

Historias, anécdotas e ideas de la capital de Cuba. Seleccionado y compilado por Lucia Mennel

unartproduktion, Dornbirn 2015, 255 S., € 22,-



⇒ von Seite 33: KURZNACHRICHTEN

häuser auf, nachdem sie sich einer illegalen Abtreibung unterzogen haben. Laut Amnesty zeigen die Zahlen, dass ein komplettes Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen deren Durchführungen nicht etwa verringert, sondern das Risiko für die Frauen erhöht, an illegalen und unsicheren Abtreibungen zu sterben. Für die Weltgesundheitsorganisation WHO führt das Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen zu einem „erschreckenden Nebeneffekt“ unter den Ärzten und zieht vor allem arme Frauen und Mädchen in ländlichen und abgelegenen Gebieten in Mitleidenschaft.

SPANIEN-EL SALVADOR

Spanien erlässt Haftbefehl gegen salvadorianische Militärs

17 salvadorianische Militärs sollen sich wegen des im November 1989 auf dem Gelände der Universität José Simeón Cañas verübten Massakers verantworten. Bereits 2011 waren internationale Haftbefehle gegen sie erlassen worden. Nun haben die spanischen Behörden erneut Haftbefehle an Interpol gesandt, die zur Ergreifung der 17 Militärs führen sollen.

Der spanische Richter Eloy Velasco setzte sich mit der Nationalen Zivilpolizei in El Salvador in Verbindung und bat um die Verhaftung und Auslieferung der 17 Mitglieder der Armee, deren Opfer in El Salvador auch als die „Märtyrer der Universität UCA“ geehrt werden.

Bereits bei der Eröffnung des Verfahrens im Jahr 2011 war Haftbefehl gegen die beschuldigten Militärs erlassen worden. Man legt ihnen zur Last, an der Ermordung von fünf spanischen und einem salvadorianischen Jesuitenpater sowie zwei weiblichen Hausangestellten beteiligt gewesen zu sein.

Nachdem die spanischen Behörden im Jahr 2011 die internationalen Haftbefehle beantragt hatten, wurde diese Anordnung von Interpol von der salvadorianischen Polizei ignoriert. Der Oberste Gerichtshof El Salvadors behauptete sogar, er habe die Haftbefehle als eine Anordnung, den Aufenthalt der Gesuchten ausfindig zu machen, verstanden, jedoch nicht als Aufforderung, sie zu verhaften. Erst 2015 erkannte der Oberste Gerichtshof die Haftbefehle gegen die Verantwortlichen an. ■

Die Herausgeberin, die als freischaffende Sozial- und Kulturanthropologin arbeitet, kennt Kuba aus eigener Erfahrung: Reisen und Forschungsaufenthalte, meist zum Thema Musik, brachten sie vor allem nach Havanna. Die Faszination, die diese Stadt bei vielen BesucherInnen auslöst, hat nun zu diesem Lesebuch geführt, das interessanterweise in einer Reihe erscheint, in der durchwegs Städte und Regionen in Vorarlberg, wo auch der Verlag seinen Sitz hat, zu „erlesen“ sind.

Das für uns scheinbar nahe Montafon und das scheinbar ferne Havanna literarisch zu erschließen, die Auseinandersetzung einzelner Personen mit dem Schnee oder dem Meer oder wofür immer beide als Metapher stehen, zu beschreiben oder zu kommentieren, diese Vorgangsweise hat in Ernest Hemingway einen berühmten Schutzpatron. Doch während sein Blick einer von außen ist, sind die Mosaiksteine oder auch Fragmente, wie sie die Herausgeberin nennt, hauptsächlich von KubanerInnen verfasst, wenn auch subjektiv ausgewählt und bestimmten Themen zugeordnet. Diese reichen von der Geschichte der Stadt und ihrer BewohnerInnen, von Afrokubanismus, Stadtpoesie und Liedern bis zu Religion, Magie, alten und neuen Mythen, wobei zu letzteren ja durchaus auch die Freiheitskämpfer und Revolutionäre gezählt werden. Da aber nicht nur Liebe durch den Magen geht, sondern auch das sogenannte Magische nicht am realen Genuss vorbeigehen sollte, gibt es als Abschluss einige Rezepte zum Nachkochen oder –mischen.

Der spannendste Teil des Buches sind jedoch die Lebensgeschichten und Kommentare der *Habaneras* und *Habaneros*, die sowohl im spanischen Original als auch in deutscher Übersetzung präsentiert werden: Oral history zu Papier gebracht und die Geschichte der kleinen Leute, die nicht immer ins TouristInnenklischee oder gerade aktuelle Stadtmarketing-Konzept passt, vor den Vorhang geholt. So betont auch die Herausgeberin, dass *luchar* (kämpfen), *inventar* (erfinden, improvisieren) und *resolver* (lösen) wesentlich für den kubanischen Alltag sind, und zitiert dazu eine kubanische Historikerin, die die kubanische Kultur als Zusammenspiel von horizontalen und vertikalen Elementen sieht. Dieses Improvisieren und sich nicht genau festlegen Lassen ist auch beim Lesen möglich: Kreuz und quer und nicht nur Seite für Seite kann das Buch erschlossen und Kuba facettenreich entdeckt werden.

Ein Kritikpunkt soll hingegen nicht unerwähnt bleiben. Wenn auch im Verlagswesen der Zeitdruck oft groß ist, so hätte sich dieses Buch ein genaueres Lektorat verdient. Druck- und/oder Tippfehler, aber auch manchmal zu wörtliche oder holprige Übersetzungen schmälern fallweise den Lesegenuss. Dennoch empfiehlt sich diese Sammlung an sehr unterschiedlichen Wahrnehmungen der kubanischen Realität (Aber was ist schon real?) sowohl als Reisevorbereitung und Informationsquelle wie auch als Nachlese, als Heilmittel gegen graue Wintertage oder *por el puro placer* ...

Brigitte Ghafouri-Schmidt



Die Kumpel von Tío

Filmvorführung und Lesung
in memoriam Werner Hörtnar
Montag, 29. Februar, 19:00 Uhr
Grüne Bildungswerkstatt Wien,
Esterházygasse 21, 1060 Wien

Über einen Zeitraum von 17 Jahren begleitet der Fotograf und Filmmaker Jean-Claude Wicky regelmäßig bolivianische Bergarbeiter mit seiner Kamera. Gemeinsam mit dem Autor René Poppe, der selbst als Bergmann in den Zinngruben Boliviens gearbeitet hat, hat er 2014 den Foto- und Erzählband „Die Kumpel von Tío“ veröffentlicht.

Dieser umfasst spannende, manchmal etwas unheimliche Geschichten von „unter Tage“, in denen Berggeister und vor allem der mächtige Besitzer aller Bergschätze, der „Tío“, das Schicksal der Kumpel in der Hand hat. Das Buch wurde von Helga Castellanos ins Deutsche übertragen, die auch die Lesung durchführen wird.

Auch filmisch hat Jean-Claude Wicky die Lebensrealität der bolivianischen Kumpel dokumentiert. In „Alle Tage ist Nacht“ sprechen sie über ihre Erlebnisse innerhalb und außerhalb des Bergwerks. Der Film, ein Zeugnis aufrichtiger menschlicher Begegnungen, wird im Anschluss an die Lesung gezeigt.

Veranstalter Grüne Bildungswerkstatt Wien in Kooperation mit *Librería Utopía* (<http://radicalbookstore.com/>)
Eintritt frei

Der Drogenkrieg in den Anden

Buchpräsentation
Mittwoch, 16. März, 20:00 Uhr
LAI-Europasaal, Türkenstr. 25, 1090 Wien

Ausgehend von Robert Lessmanns Buch (Springer-Verlag, Wiesbaden, 2015) werden *Coletta Youngers* (Washington Office on Latin America – WOLA), *Martin Jelsma* (Transnational Institute – TNI, Amsterdam) und Ehrengäste aus den lateinamerikanischen Delegationen der zeitgleich in Wien stattfindenden 59. UN Commission on Narcotic Drugs über den aktuellsten Stand der Dinge bei der Vorbereitung der UNO-Sondergeneralversammlung zum Thema „Drogen“ sprechen, die vom 19. bis 21. April in New York stattfinden wird. Moderation: *Ralf Leonhard* (IGLA, Lateinamerikaexperte, Korrespondent der Berliner Tageszeitung taz und freier Mitarbeiter des ORF)

Umkämpfte Natur in Lateinamerika

Sozial-ökologische Dynamiken im Wandel, Hörsaal 31, Universität Wien, Universitätsring 1, 1. Stock, Stiege 9
3. März, 18:30 bis 21:00

Vortrag von *Fernando Ruiz Peyré* und *Gerhard Rainer* im Rahmen des Sommersemesters 2016 „Umkämpfte Natur in Lateinamerika. Sozial-ökologische Dynamiken im Wandel“ des Universitätslehrgangs Interdisziplinäre LA-Studien (MA) <http://www.postgraduatecenter.at/lai/home/>

6. FrauenFilmTage

25.2. bis 4.3. im Filmcasino
(Eröffnungsfilm) und Filmhauskino am Spittelberg

Eröffnungsfilm ist Leyla Bouzids in Venedig 2015 mit dem Publikumspreis ausgezeichneten Film *Kaum öffne ich die Augen (As I Open My Eyes)*, der von Polyfilm im Frühjahr gestartet wird. Der Film spiegelt die Aufbruchsstimmung der Zeit vor dem arabischen Frühling wider. Kurz vor der Revolution stößt die junge Farah mit ihrer Musikband auf viele Grenzen. Ob die Hoffnungen der Menschen erfüllt werden, bleibt auch fünf Jahre danach eine offene Frage.

Trailer: https://www.trigon-film.org/de/movies/A_peine_les_yeux

Die Regisseurin Leyla Bouzid wird am Eröffnungsabend im Filmcasino anwesend sein.

Das Programm bietet auch heuer wieder einen vielseitigen Einblick in das weibliche Filmschaffen mit vielfältigen Themen: wirtschaftliche Selbstständigkeit, politische und persönliche Freiheiten und dazu eine Reihe humorvoller Filme, die mit Witz gesellschaftliche Missstände karikieren. Dazu gibt es auch eine Reihe aktueller polnischer Filme. Die Personale ist der Kamerafrau Eva Testor gewidmet, Ausschnitte aus ihrem abwechslungsreichen Oeuvre werden gezeigt.

Die Filmauswahl ist in fünf Schwerpunkte gegliedert: Internationales Filmschaffen, Frauen&Humor, Filmland Polen, Junge Frauen, Personale 2016.

Informationen zu Programm und Sondernveranstaltungen auf der Festival-Homepage: www.frauenfilmtage.at

Rückfragen an: susanne@auzinger-pr.com, 0664 / 263 9228.

Jenseits des Wachstums

Neue Energie-Wirtschafts- und Lebensmodelle
Beginn jeweils 19.30 Uhr, Aktionsradius Wien, 1200 Wien, Gaußplatz 11

Nach dem Thema *Arroganz des Helms, Widersprüche der Entwicklungszusammenarbeit*, im Februar stellt der Aktionsradius Wien im März die Wachstumskritik ins Zentrum seines Programms. Veranstaltungen in der Regel dienstags, Infos zu den einzelnen Terminen: office@aktionsradius.at, Tel. 332 26 94, www.aktionsradius.at

BAYER-Aktien

in Aktion!

Stimmrechte übertragen. Kritische BAYER-AktionärInnen unterstützen.

Wenn Sie BAYER-Aktien im Depot haben, nehmen Sie Ihre Verantwortung für Gesellschaft und Umwelt ernst. Übertragen Sie die Stimmrechte den Kritischen BAYER-AktionärInnen.

Bitte ausschneiden und zurücksenden: Coordination gegen BAYER-Gefahren • Postfach 150418, 40081 Düsseldorf • Fax 0211 - 33 39 40 • info@CBGnetwork.org

Ja, ich möchte mehr Informationen.

Ich besitze BAYER-Aktien und möchte meine Stimmrechte den Kritischen-AktionärInnen übertragen.

Ja, ich spende €

Ja, ich abonniere Stichwort BAYER für 30,- € im Jahr

Ja, die CBG braucht Rückenstärkung, ich werde Mitglied (ISWB-Abo ist im Beitrag enthalten).

Mein Beitrag soll im Jahr betragen (mind. 60 €/Jahr) €

Bitte abbuchen monatlich vierteljährlich

halbjährlich jährlich

Für Abo, Beitrag und/oder Spende bitte die Lastschrift ausfüllen.

Bitte deutlich schreiben (falls Platz nicht reicht, bitte Extrablatt beifügen)

Name, Vorname Alter Beruf

Straße, Hausnr. PLZ, Ort

eMail Telefon

Geldinstitut Bankleitzahl bzw. BIC

Konto-Nr. bzw. IBAN Datum, Unterschrift

Hinweis: Ich habe Inhaberschaft von sechs Wochen, beginnend mit dem 1. März 2016, über die Aktien der BAYER AG. Die Aktien sind im Depot bei der Bank für Sozialleistungen (BSL) hinterlegt. Ein Aktienkonto ist nicht notwendig. CBG/Ag/Pr/02_12/21/02/00/0002/02/8